

Asat Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wiederholungsnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 20-1  
40-1 Anzeigenabteilung Ketzweg (0 20 54) 10 15 94 / Verteilungsbüro  
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 FF, Griechenland 100 Dr.  
Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 Fr.  
Niederlande 2,50 fl, Norwegen 7,50 kr, Österreich 12 ös, Portugal 100 Esc.  
Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pes, Kanarische Inseln 150 Pcs.

### TAGESSCHAU

#### POLITIK

**Rentenversicherung:** Die Beiträge werden möglicherweise erneut - und damit bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr - angehoben. Die Finanzlage der Rentenversicherung hat sich entgegen bisherigen Erwartungen weiter verschlechtert. (S. 8)

**Kirche:** Angesichts der politischen Agitation einiger linksorientierter Pastoren in der evangelisch-lutherischen Kirche kündigte das durch Staatsvertrag geregelte Verhältnis von Kirche und Staat in Frage gestellt werden, erklärt die CDU-Abgeordnete Roitzsch. (S. 8)

**Extremismus:** Eine Verschärfung der Gesetze gegen die „Auswärtigen“ fordert Bundesjustizminister Engelhard. Jedes Auflockern von Neonazismus müsse auch durch gesetzliche Maßnahmen „an der Wurzel bekämpft“ werden. (S. 5)

**Kehtwendung:** Die Abgeordneten der Grünen können bei einem Einzug in den NRW-Landtag nach den Wahlen im Mai ihr Mandat über die volle Legislaturperiode ausüben, beschloß die Landesdelegiertenkonferenz in Abkehr vom Rotationsprinzip. (S. 2 und 4)

**Hilfe für Irak:** Die USA haben nach kuwaitischen Presseberichten Irak die Lieferung von 45 Kampfflugzeugen sowie anderer Militärgüter zugesagt. Das Verhältnis zwischen Irak und der UdSSR ist angespannt. Bagdad ist verärgert darüber, daß Moskau Waffen an Syrien liefert, die an Iran weitergeleitet werden.

**Weltkongress:** Überschattet von der Affäre um den freigelassenen Kriegsverbrecher Reder hat in Wien die Tagung des Jüdischen Weltkongresses begonnen. Kongresspräsident Bronfman sagte, der „Helden-Empfang“ für Reder in Österreich habe „Schock und Verärgerung“ ausgelöst. (S. 4)

**Warschauer Pakt:** Das Militär-Bündnis des Ostblocks soll im Mai erneuert werden. Unklar ist bisher, ob ein neuer Vertrag ausgehandelt oder der seit 1955 geltende Pakt in der bisherigen Form verlängert wird.

**Lehrer:** Im Angestelltenverhältnis tätige Lehrer haben keinen Rechtsanspruch auf Übernahme in das Beamtenverhältnis, entschied der Hessische Verwaltungsgerichtshof (AZ: 1 OE 3482 sowie 70/82).

## Engelhard: Verträge mit Leihmüttern sittenwidrig

### Gesetzesinitiative angekündigt / Verabredungen sind nicht einklagbar

MANFRED SCHELL, Bonn  
Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP) hat angesichts der Diskussion über Leihmütter klargestellt, daß in der Bundesrepublik „Kindesadoptionen aufgrund sittenwidriger kommerzieller Absprachen schon heute rechtlich nicht durchsetzbar sind“. In einem Gespräch mit der WELT sagte Engelhard, auch bei einer „Leihmutter-Adoption“ hat immer noch das Vormundschaftsgericht das letzte Wort. Es wird sich bei seiner Entscheidung, die Adoption zu bewilligen, ausschließlich am Wohle des Kindes orientieren und sich nicht an die kommerziellen Absprachen zwischen den Adoptivwilligen und der Leihmutter halten. „Zugleich vertritt der Bundesjustizminister die Auffassung: „Derartige vertragliche Absprachen unter den Beteiligten werden als sittenwidrig und damit als rechtlich unbeachtlich einzustufen sein.“

Zu Berichten, wonach im Ausland sogenannte Leihmütter-Vereinigungen gegründet worden seien, sagte Engelhard, derartige Vereinigungen seien nicht als „bloße Geschmackslosigkeit“

abzutun. Engelhard: „Wer seinen Körper gegen Entgelt vermietet, gibt ihn einer Art Prostitution hin.“ Dies gelte auch für die „entgeltliche Leihmutter“.

Der Minister sprach sich in diesem Zusammenhang erneut für eine „klare und eindeutige gesetzliche Regelung gegen kommerzielle Leihmütter aus“. In seinem Ressort liefen die Arbeiten für eine entsprechende Gesetzesvorlage „auf Hochdruck“.

Engelhard warnte nachdrücklich „alle Interessierten - kommerzielle Agenturen, Leihmütter wie adoptionswillige kinderlose Ehepaare - davor, sich auf einen Leihmütterhandel einzulassen“. Engelhard zur WELT: Wenn auch das geltende Recht auf das Problem der Leihmütter nicht vorbereitet ist und hier eine Reihe von Grauzonen enthält, so kann doch nach der derzeitigen Rechtslage niemand sicher sein, daß eine kommerzielle Transaktion zwischen der Leihmutter und adoptionswilligen Eltern auch tatsächlich den angestrebten Erfolg haben wird und das Kind später auch dahin kommt, wo es nach dem Plan der Beteiligten

hinkommen sollte. Auch bei einer Leihmutter-Adoption hat immer noch das Vormundschaftsgericht das letzte Wort. Es wird sich bei seiner Entscheidung, die Adoption zu bewilligen, ausschließlich am Wohle des Kindes orientieren und sich nicht an die kommerziellen Absprachen zwischen den Adoptivwilligen und der Leihmutter halten. Derartige vertragliche Absprachen unter den Beteiligten werden als sittenwidrig und damit als rechtlich unbeachtlich einzustufen sein. Etwaige Geldforderungen der Leihmutter können deshalb ebensowenig eingeklagt werden wie ein Herausgabe des Kindes, das die Leihmutter - aus welchen Gründen auch immer - nicht an die Adoptivwilligen herausgeben will.“

Darüber hinaus, so stellte der Bundesjustizminister klar, ist auch die gewerbliche Vermittlung von Leihmütter-Adoptionen durch das Adoptionsvermittlungsgesetz verboten. Wer also glaubt, sich bis zu einer gesetzlichen Regelung des Leihmütter-Problems etwaige Lücken im Gesetz zunutze machen zu können, der irrt sich.“

### DER KOMMENTAR

## Fehlgriffe

ENNO v. LOEWENSTERN

Am Ende bleibt das Kopf-schütteln über die Republik, deren politische Klasse sich von einem zwanzigjährigen hysterisch machen ließ. Die Schlesier-Führung hat sich von dem Autor des absurden Einmarsch-Artikels distanziert, die Schlesier-Jugend hat ihn hinausgeworfen - aber der Bundesaußenminister, immerhin gelernter Jurist, sagt allen Ernstes, eine „Handvoll Vertriebenen-Funktionäre“ treibe „Schindluder mit der Friedenspolitik der Bundesrepublik“.

Damit hätte es also die UdSSR sozusagen amtlich, daß der Erguß nicht die Tat eines verantwortungslosen Einzelnen, sondern einer Funktionsgruppe sei. Der Minister hat sich einen groben Fehlgriff geleistet. Er schuldet den Vertriebenen eine Entschuldigung. Im Grunde müßte sich natürlich auch Vogel entschuldigen - man könnte nach den Auftritten der letzten Tage schier glauben, daß die Vertriebenen vogelfrei für jede summarische Verächtlichung sind - aber dem Oppositionsführer sieht man wohl einiges nach.

Der Bundeskanzler also tut recht daran, sich nicht von der Dummheit eines Artikelschreibers irre machen zu lassen in seinem Vorhaben, zu den Vertriebenen zu sprechen. Sie haben mit diesem ühnen Artikel nichts zu tun, und sie haben ein Recht dar-

auf, daß dies anerkannt wird. Und sie haben nach langer Vernachlässigung durch Regierungen, die sich manchmal verteilten, als seien ihnen die Vertriebenen wichtiger als die Vertriebenen - sie haben ein Recht auf Zuspruch des Regierungschefs ihrer alten neuen Heimat, die ihnen viel verdankt.

Was die östliche Propaganda betrifft, von Tass („Fieberwahn“) bis ADN („neue Provokation der Ultras im Stil faschistischer Frontberichterstattung“) - noch ließ sich nicht ermitteln, was den Zwanzigjährigen bewog, ihr derart zuzuarbeiten. Aber greifen wir doch das Stichwort Frontberichterstattung auf. Es erinnert an eine militärische Operation, die vor wenigen Monaten nicht in einem Zeitungsartikel beschrieben, sondern praktisch eingeleitet wurde - die Besetzung der Bundesrepublik Deutschland durch sowjetische Truppen, komplett mit Funksprüchen über den Vormarsch auf Hildesheim usw. Das sowjetische Manöver kam im Bundesstag zur Sprache.

Was die SPD damals an Abweigerung zugunsten der Mächtigen-Eroberer vorrangig („Alter Hut“, „Stimmungsmache“, „Verhummung der Öffentlichkeit“), das würde kein anständiger Mensch zugunsten des jungen Spinners heute vorbringen.

## Der 8. Mai und das Ausland

Die Begehung des vierzigsten Jahrestags der Kapitulation entwickelt sich zu einem immer heftiger umstrittenen Thema. Politiker und Publizisten jeder Couleur beschäftigen sich mit der Frage: Feiern, Gedenken - in welcher Weise? Wie sieht man in anderen Ländern diesen Tag? Auslandskorrespondenten der WELT berichten. Seite 6

### WIRTSCHAFT

**Wohnungsbaubank:** Die Bundesregierung wird die für Anfang 1987 geplante steuerliche Neuordnung beim selbstgenutzten Wohnungseigentum möglicherweise um ein Jahr vorziehen und damit dringenden Wünschen der Bauwirtschaft nachkommen, teilte Minister Schneider auf der Baufachmesse in Essen mit. (S. 9)

**Richtpreis von 29 Dollar** pro Barrel empfohlen. (S. 9)  
**Soll nicht erfüllt:** Entgegen dem Planziel einer Erhöhung um 7,6 Prozent hat die Agrarproduktion in der UdSSR 1984 stagniert. Das Bruttozooalprodukt wuchs um 2,8 Prozent.

**Ölmarkt:** Über die Gestaltung der Ölpreise berät ab heute in Genf der Opec-Ministerrat. Der Marktbeobachtungsausschuß des Kartells will die Beibehaltung des

US-Aktien: Nach einem schwachen Start in der ersten Januarwoche geht es an den US-Aktienmärkten steil nach oben. Der Rückgang der Zinsen lockt private Investoren. (S. 9)

### ZITAT DES TAGES



„Wer seinen Körper gegen Entgelt vermietet, gibt ihn einer Art Prostitution hin.“

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) in einem WELT-Gespräch, in dem er sich für ein Gesetz gegen kommerzielle Leihmütter ausspricht. FOTO: SVEN SIMON

### KULTUR

**Verdunklung:** Nicht recht begeistert machte die deutsche Erstauflage eines neuen „Phädra“-Stücks in Darmstadt. „Verdunklung“ von Per Olov Enquist hinterließ bei den Zuschauern eher Verwirrung. (S. 15)

**Chamisso-Preis:** Der Türke Aras Ören wurde erster Träger dieser Auszeichnung. Sie wird künftig an Autoren verliehen, für die Deutsch eine Fremdsprache ist, deren Werke aber der deutschen Literatur zuzurechnen sind. (S. 15)

### SPORT

**Handball:** Der Turnverein Großwallstadt ist im Europapokal ausgeschieden. Die Wallstädter verloren bei Dukla Prag mit 15:24. (S. 14)

**Ski:** Der Schwede Gunde Svan gewann in Seefeld den Weltmeister-Titel im 50-km-Langlauf. Er hatte schon über 30 km gewonnen. (S. 12)

### AUS ALLER WELT

**Neuer Lebensstil:** Im Zuge der Reformen, die fast alle Bereiche des Lebens in China erfassen, ist erstmals auch ein Schönheitswettbewerb gestartet worden. Beurteilt werden Aussehen und Talente. Damit soll, so ein Funktionär, der „neue Lebensstil“ bei der Jugend gefördert werden.

**Verschollen:** Einer der letzten großen Abenteuer dieses Jahrhunderts, der französische „Surf-Baron“ Arnaud de Rosnay, ist offiziell für verschollen erklärt worden. (S. 16)

**Wetter:** Bewölkt, gelegentlich Niederschlag. Bis plus 5 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Mehrwagen:** Die Renaissance des Nationalen - Leitartikel von Carl Gustaf Ström S. 2

**Fernsehen:** Schlag nach beim alten Meyer... - „denkmal“, ein neues Quiz vom ZDF S. 7

**„Wilhelm Gustloff“:** Die Flucht endete in den eisigen Fluten der Ostsee S. 3

**Kernenergie:** Amerikas Atomwirtschaft befindet sich in einer Übergangsperiode S. 9

**Europa:** Pazifismus führt zur Knechtschaft - Chaban-Delmas auf Besuch in Bonn S. 4

**Bobsport:** Toni Fischer schwer gestürzt - „Es war ein Fahrfehler von mir“ S. 12

**8. Mai:** Ein Anlaß zum Feiern und auch zum Trauern - Diskussion beim „Forum Gießen“ S. 5

**Kultur:** „Katja Kabanowa“ an der Kölner Oper - Wenn die Wolga im Kreis herum fließt S. 15

**Forum:** Personalien und Leserbrief - an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 7

**Aus aller Welt:** Wunderroten aus Peine bleibt kalt - Behörden blockieren Genehmigung S. 16

## Kohl will vor den Schlesiern reden

### Vertriebenenpolitiker attackieren Genscher / Ausgewogene Erklärung Dreggers

ms. Bonn  
Bundeskanzler Helmut Kohl hält an seiner Absicht fest, auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier im Juni in Hannover zu sprechen. Dies wurde gestern der WELT in der Umgebung des Kanzlers erklärt. Kohl mache seine Überlegungen nicht von dem auf einhellige und scharfe Verteilung gestützten Beitrag eines 20-jährigen in der Verbandszeitschrift der Schlesier abhängig. In Hannover werde Kohl dann das notwendige dazu sagen und auch zu den Diskussionen über das Motto für das Schlesier-Treffen Stellung nehmen.

Der Autor des Artikels, Thomas Finke, ist inzwischen aus der CDU und aus der schlesischen Jugend ausgeschlossen worden. Belastend für die Koalition wird im Kanzleramt die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Bundesaußenminister Genscher und den Vertriebenenpolitikern und CDU-Bundestagsabgeordneten Hupka und Czaja angesehen. Beide haben sich mit scharfen Worten gegen die Aussage Genschers gewandt, eine Handvoll Vertriebenen-

funktionäre treibe Schindluder mit der Friedenspolitik Bonn. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger nahm gestern gegenüber der WELT zu den Vorgängen Stellung: „Die schlesische Jugend hat Herrn Finke durch sofortigen Ausschluss als das gekennzeichnete, was er ist, als einen jungen Mann, der nicht weiß, was er sagt. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass bezeichnet seinen Erguß als „Fieberwahn“ eines „verrückten“. Diese Übereinstimmung ist bemerkenswert. Wer unter diesen Umständen den Versuch macht, diesen Artikel als Schlagfotografie gegen die Vertriebenen einzusetzen, handelt unredlich.“

Ich stelle mich in dieser Situation vor die Vertriebenen und ihre Sprecher. Es bleibt ihr großes Verdienst, eine der größten und grauamsten Massenvertriebungen der Weltgeschichte (14 Millionen Menschen, von denen zwei Millionen unkommen) nicht zur Quelle von Haß und Vergeltung werden zu lassen. Dafür gibt es in der Weltgeschichte kein Beispiel. Mein Respekt gilt auch dem Vorsit-

zenden der Landsmannschaft, Herrn Hupka. Ob alle seine Meinungsäußerungen klug waren, darüber mag man streiten. An der Lauterkeit seiner Gesinnung und an der Ehrlichkeit seiner demokratischen Haltung sind Zweifel nicht möglich. „Vaterlandsliebe ist stiftliche Pflicht“, so sagte der Kölner Kardinal bei seinem Neujahrsempfang. Für uns Deutsche verkörpert sich das Vaterland vor allem in der Heimat. Und für Schlesier ist und bleibt Schlesien Heimat. Ich würde nicht anders denken, wenn ich mit meiner Familie und meinen Landsleuten aus Westfalen oder Hessen vertrieben worden wäre.

Trotzdem: Nationalitätenkampf im Stile der Vergangenheit öffnet uns nicht die Zukunft. Heute ist die Freiheit für beide Völker wichtiger als die Grenzfrage. Polen gilt nach seinem Selbstverständnis als Teil des Abendlandes. Unsere gemeinsame Zukunft kann daher nur ein einiges und freies Europa sein, dessen Grenzen an Bedeutung verlieren, so wie es in Westeuropa der Fall ist.“

## Zimmermann bedrängt Fiat

ms. Bonn  
An geheimgehaltenem Ort will sich in dieser Woche Bundesminister Friedrich Zimmermann mit dem Präsidenten des Fiat-Konzerns, Giovanni Agnelli, treffen. Die Begegnung soll in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Ort und Zeit werden allerdings aus Sicherheitsgründen nicht mitgeteilt. Vor allem Agnelli wird seit Jahren von terroristischen Gewalttätigen bedroht. Bei dem Treffen, das Zimmermann angeordnet hat, geht es vor allem um die Frage, ob und wie weit der Fiat-Konzern zur Produktion umweltfreundlicher Autos bereit ist. Fiat, mit einem beträchtlichen Export in die Bundesrepublik Deutschland, sperrt sich bislang vor allem dagegen, Fahrzeuge mit kleinerem Hubraum mit Katalysatoren auszurüsten. Dabei werden hauptsächlich die dadurch entstehenden Mehrkosten ins Feld geführt. Fiat, so heißt es, möchte deshalb eine „reduzierte Lösung“.

## Moskau bietet erste Garde auf

DW. Washington  
Die Sowjetunion hat für die bevorstehenden Genfer Verhandlungen mit den USA die erste Garde ihrer Abrüstungsexperten aufgebildet. Der vom Außenministerium in Moskau als Delegationschef und Unterhändler für den Komplex strategischer Waffen vorgestellte Viktor Karpow gilt als der erfahrenste Fachmann seines Landes für Fragen der Atomrisiko. Die Teams für Weltraumwaffen und Mittelstrecken-Systeme sollen von Julij Kwizinski und Alexej Obuchow geleitet werden.

Washington und Moskau hatten am Samstag gleichzeitig bekanntgegeben, daß die Anfang Januar vereinbarten Verhandlungen am 12. März in Genf beginnen sollen. Die Amerikaner werden es dabei mit einem Mann zu tun haben, der ihnen an gleicher Stelle schon bei den Verhandlungen über Abrüstung Strategischer Waffen (START) gegenübertrat. Seite 8: Neues Konzept

## Bonn begrüßt Reagans Besuch

DW. Bonn  
Die Bundesregierung hat den von US-Präsident Ronald Reagan angekündigten Besuch der Bundesrepublik Deutschland im Mai begrüßt. Regierungssprecher Peter Brossius sagte, dieser Besuch sei Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland. Über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung wünschten sich Freundschaft mit den USA und sähen in den Amerikanern den wichtigsten Partner.

Reagan hatte am Samstag in einem Rundfunkinterview den Staatsbesuch nach Abschluß des für den 2. bis 4. Mai geplanten Weltwirtschaftsgipfels in Bonn angekündigt. Reagans Sprecher Larry Speakes sagte später, der Präsident werde wahrscheinlich „einige Tage“ in der Bundesrepublik bleiben. Einzelheiten nannte Speakes nicht, auch sei noch nicht entschieden, ob Reagan am 8. Mai noch in Europa sein werde.

## Streit um Privatfernsehen an der Loipe

DW. Seefeld  
Bei den Nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Seefeld (Österreich) wurden die Fernsehkameras des privaten Fernsehens SAT 1 von der Polizei an den Langlauf-Loipen entfernt. Die geplante Berichterstattung konnte somit nicht stattfinden. Nach Aussage des Seefeldler Organisationskomitees habe man sich aus folgenden Gründen richtig verhalten:

Zum einen sei das Österreichische Fernsehen (ORF) mit seinen Eurovision-Verträgen exklusiv für die Berichterstattung verantwortlich gewesen. Die privaten Anstalten hätten ebenso wie die öffentlich-rechtlichen in Westeuropa via Eurovision Beiträge kaufen können.

Zum zweiten sei das private Fernsehen aus der Bundesrepublik Deutschland nicht als TV-Gesellschaft, sondern als Print-Medium - also als schreibende Presse-Organisation - akkreditiert gewesen.

Zum dritten habe man darauf aufmerksam gemacht, daß im jeweiligen

Zielbereich durchaus kurze Interviews mit Kamera und Mikrophon hätten durchgeführt werden können. Dies hätte nicht gegen die bestehenden Verträge zwischen der Eurovision und dem ORF verstoßen. Verstöße hingegen habe die geplante und nicht vertraglich abgesicherte Berichterstattung draußen im Wettkampfbereich an den Loipen.

Was sich in Seefeld zutrug, hat nun zu einer rechtlichen Auseinandersetzung und zu einer Prüfung durch die Rechtsanwaltschaften der beteiligten Anstalten geführt. Die Angelegenheit ist noch nicht ausgestanden, zumal es zuvor noch Sechstagerrennen in Bremen einen ähnlich gelagerten Vorfall zwischen den Kameraleuten des privaten Fernsehens und dem Veranstalter in Bremen gegeben hat.

Weil sich die meisten Veranstalter und vor allem ihre übergeordneten Organisationen, die internationalen Sportverbände, seit Jahren auch für internationale Großveranstaltungen per Vertrag abgesichert haben, be-

steht die Möglichkeit, daß sich ähnliches bei den alpinen Ski-Weltmeisterschaften in Bormio (Italien) von Mitte dieser Woche an wiederholen könne. Denn auch für diese Meisterschaften ist ebenso wie für die Veranstaltung in Seefeld letztlich der Internationale Skiverband (FIS) zuständig. Über den Internationalen Skiverband und dessen Weltcup-Komitee werden auch die Fernseh-Übertragungen für die einzelnen Weltcup-Rennen abgewickelt.

Roland Mader, der Präsident des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV) und gleichzeitig der erste westeuropäische Vize-Präsident des internationalen Verbandes, hat vor einiger Zeit schon davon gesprochen, private Fernsehanstalten einzurichten, die sich ausschließlich mit der Übertragung von Sportveranstaltungen beschäftigen. Notfalls sollten diese Anstalten und die Verbände so eng gekoppelt sein, daß Berichterstattung und Ausstrahlung in einer Organisation ablaufen können.

## Attentäter im Kontakt zur RAF

A. GRAF KAGENECK, Paris  
Die französische Polizei hat noch keine Spur von den Attentätern, die den 56-jährigen Direktor für den Waffeneinsatz im Pariser Verteidigungsministerium, Generalleutnant René Audran, ermordet haben. Sie ist aber überzeugt, daß es sich um eine Tat der französischen Terrororganisation „Action Directe“ unter der Führung des zur Zeit noch flüchtigen Jean-Marc Rouillan handelt. Audran wurde kaltblütig mit acht Kugeln aus einer großkalibrigen Pistole am Steuer seines Dienstwagens erschossen. Die Tat hatte keine Zeugen. Taxichauffeure wollen einige Tage vorher einen Wagen mit mehreren Insassen in der Nähe des Hauses länger Zeit parken gesehen haben. Eine Nachbarin, die die Schüsse gehört hatte, sah drei Männer, einen davon in dunkler Lederweste, fliehen. Audran fühlte sich bedroht. Am Sonntag vorher hatte er Spuren im Garten entdeckt, außerdem hatte er anonyme Anrufe erhalten.

Noch ehe die Polizei von der Tat erfuhr, hatte eine junge Frau bei der Nachrichtenagentur AFP und der Zeitung „Libération“ telefonisch die Aktion im Namen des „RAF-Kommandos Elisabeth van Dyck“ auf sich genommen. Elisabeth van Dyck war im Juni 1979 in Nürnberg von der deutschen Polizei erschossen worden. Am 15. Januar hatten die „Action Directe“ und die Rote Armee Fraktion in einem gemeinsamen Kommuniqué ihre Fusion und mit Beginn des Kampfes gegen die „multinationalen Strukturen der NATO“ angekündigt. Seite 2: Die Einheit West-Europas

## Smog-Alarm: Verordnungen überprüfen

hey, Bonn  
Deutliche Vorbehalte gegen die Smog-Alarm-Verordnung hat Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) angemeldet. Er will jetzt die Verordnung und deren Vollzug überprüfen, um „Mängel“ abzustellen. So seien Autofahrverbote, wie sie der Düsseldorfer Sozialminister Friedrich Fathmann (SPD) wegen der hohen Schwefelwerte vor einer Woche für Teile des Ruhrgebiets angeordnet hatte, „zweifelhafte“. Denn, so Riesenhuber gestern im ZDF, „Schwefel kommt nicht aus dem Auto“, und die gemessenen Stickoxyde, die von Kraftfahrzeugen ausgestoßen werden, seien „niedrig“ gewesen.

Bei Smog-Gefährdung notwendige Maßnahmen müßten „einheitlich in der ganzen Region“ gelten. Es dürften zum Beispiel Städte an der „Rheinschiene“ oder am Rande des Ruhrgebiets nicht ausgenommen werden. Die Länder, die bei den Beratungen zum Bundesimmissionschutzgesetz auf ihre höhere Kompetenz „im Umgang mit den Problemen vor Ort“ bestanden hätten, müßten sie jetzt in der Praxis beweisen.

Weiter hob Riesenhuber im Deutschlandfunk mit Blick auf den ersten großen Smog-Alarm hervor, wie notwendig die Nutzung der Kernenergie sei. Er bekräftigte das von der Bundesregierung im gesamten Bereich der Umweltpolitik verfolgte Konzept: Die Entschärfung von großen Kohlekraftwerken werde mit einem sehr „tempo“ betrieben. Der Auto-Katalysator werde schneller als in den USA und Japan eingeführt.

Ihre Entscheidung für das Jahr 1985  
Deutsche Kreuzfahrtradition  
»BERLIN«

Februar: Singapur - Bombay - Venedig  
März bis Mai: Ägäis - Schwarzes und Mittelmeer  
Juni bis August: Nordland - Spitzbergen  
September bis November: Ostsee - Atlantik

Ausführliche Prospekte und Auskünfte bei Ihrem Reisebüro oder direkt bei

PETER DEILMANN REEDEREI  
Am Harlesweg 19  
2000 Hamburg 19  
Telefon (040 81) 60 41

S. SOUSTONS  
Wolfsbühlstraße 2  
2000 Hamburg 1  
Telefon (040) 13 35-1

Name: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ Ort: \_\_\_\_\_

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Einheit West-Europas

Von August Graf Kageneck

Frankreich war auch bisher in der internationalen Terror-Szene nicht nur Zuschauer. Seine Diplomaten und Soldaten wurden im Libanon Opfer von Anschlägen, die an der Grenze zwischen Terror und Schießkrieg angesiedelt waren.

Den Studentenaufstand von 1968 hat diese Nation, die anders in ihrer Geschichte erlebt hatte, mit einem lächelnden und einem weinenden Auge überwunden. Und seitdem spielte sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung in den gesitteten Formen der Demokratie ab. So war Frankreich nicht einbezogen in den abstrusen Krieg, den die Utopisten der Roten Armee Fraktion oder der italienischen Roten Brigaden einer Gesellschaft erklärt haben, in der sie eine faschistische Diktatur erblickten.

Diese Schonzeit ist nun vorüber. Acht tödliche Schüsse aus einer 11,43-mm-Pistole, dem Kaliber der Berufskiller, auf einen hohen Beamten des Verteidigungsministeriums sind das Signal dafür, daß der Terror aus dem Hinterhalt, der seit Jahren Italien, Spanien, Großbritannien und die Bundesrepublik überzieht, auf französischen Boden übergreifen hat. Die beiden Terror-Organisationen Action Directe und Rote Armee Fraktion hatten dies der Öffentlichkeit am 15. Januar - man möchte sagen mit zynischer Fairness - in aller Form mitgeteilt.

Es war eine nahezu klassische Kriegserklärung, die zu beantworten ist. Auch Frankreich wird sich auf den Terrorismus einzustellen haben. Die vielbelächelte europäische Einigung wird auf eine neue Ebene gehoben, die Ebene der gemeinsamen Verteidigung nicht nur gegen äußere, sondern auch gegen gemeinsam kämpfende innere Feinde. Die Zeit, als man in Frankreich über Methoden der Terror-Bekämpfung in den Nachbarländern die Nase rümpfte, weil sie nicht dem Demokratieverständnis der Franzosen oder dem Sittenkomplex westlicher Völker zu entsprechen schienen, ist vorüber. Der Bedrohung, der ganz Westeuropa ausgesetzt ist, muß mit gemeinsamer Entschlossenheit entgegengetreten werden. Auch für die Heckschützen der Internationale des Terrors ist die Schonzeit vorüber.

Stern der Selbstjustiz

Von Heinz Barth

Der 37-jährige Bernhard Hugo Goetz, der vor Weihnachten in der New Yorker U-Bahn vier jungen Burschen niederschloß, ist ein ziemlich schmächtiger Zeitgenosse. Das mag dazu beigetragen haben, daß er von den schwarzen Teenagern in den Metro-Schächten Manhattans gewohntem Normalbehandlungs unterzogen wurde - erst die exploratorische Annäherung "Zigarette?", dann die strategische Umzingelung und schließlich die Drohung nach dem Fest-Tarif der Metro-Kriminalität: „Brother, what about five bucks?“

So ist es üblich in den Katakomben von New York, wo vierzig Überfälle Tagesdurchschnitt sind. Der Schmächtige, nicht zum ersten Mal überfallen, reagierte sofort. Er schoß seinen Revolver leer, für den er keinen Waffenschein besaß, und stellte sich eine Woche darauf der Polizei. Seither ist er zu einem jener Volkshelden aufgestiegen, wie sie zuweilen aus dem Zwielicht der unkontrollierbaren Metropolen auftauchen.

Was John Wayne für den Wilden Westen war, ist Bernhard Goetz für die New Yorker, von denen fast eine halbe Million ähnliche Metro-Erlebnisse hatten. Die dreißigjährige Staatsbürger der Grand Jury, die es jetzt ablehnten, ihn wegen vierfachen Mordversuches anzuklagen, sind - da gibt es keinen Zweifel - Volkes Stimme. Er muß sich nur gegen illegales Waffenbesitz verantworten, was einem Freispruch mit Stern und Schulterband der Selbstjustiz nahekommt.

Das wäre in den Jahrzehnten der amerikanischen Kollektiv-Neurosen undenkbar gewesen. Heute sammeln die New Yorker Geld für Goetz' Verteidigung. Doch bevor wir zu Feiern des „gesunden Volksempfindens“ aufbrechen, muß die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel gestellt werden, mit denen sich Goetz wehrte. Seine Angreifer waren vorbestraft und bewaffnet. Vier Schußverletzte sind freilich etwas viel und nur mit der Aussicht zu rechtfertigen, daß New Yorker künftig sicherer Metro fahren können. Es ist nie gut, wenn es eine Justiz - in Amerika wie anderswo - durch ihre Duldsamkeit der Kriminalität es soweit kommen läßt, daß sie der Selbstjustiz den Platz räumt.

Abhängige Abgeordnete

Von Detlev Ahlers

Es wäre undenkbar für eine normale Partei, einen ganzen Parteitag nur mit internen Fragen zuzubringen. Bei den Grünen jedoch wird tagelang nur um Mehrheiten in der Organisationsdebatte gestritten - und das wird dann als Beispiel für demokratische Partei-Strukturen verkauft. Es steht aber mehr dahinter: Die Grünen waren Sammelbewegung für Nein-Sager; jetzt spüren sie den Druck, dies durch einen Trichter in die Konstruktivität münden zu lassen. Das ergibt Strategiedebatten: wie wird diese Partei in ein paar Jahren aussehen? Ohnsiegen die Linkssozialisten, die Feministinnen, die Oppositionellen gegen die Fundamente des Staates, die Umweltschützer oder die Friedensbewegten? Jede Personalentscheidung ist eine Sachentscheidung.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Frage der Rotation zu sehen, ob also Abgeordnete verpflichtet werden, zur Hälfte der Legislatur ihr Mandat an einen vorher bestimmten Nachrücker zu übergeben. Einige Fraktionen in den Ländern, wie in Hamburg, haben bereits vollständig rotiert, wobei an der Elbe für das Überleben dieser heiligen Kuh eine andere geschlachtet wurde: die Parität von Frauen und Männern (denn zwei Nachrückerinnen wollten nicht mehr). Im Bundestag soll im Sommer rotiert werden - was auch persönlich zu nehmen ist: Viele Rotationsbefürworter sind die Friedensriege (Kelly und Co) und die Emanzenclique an der Fraktionspitze leid.

Der Urabstimmungsbeschluss der nordrhein-westfälischen Grünen Ende der letzten Woche, während der kommenden Legislaturperiode nicht zu rotieren, hat eine interessante Konsequenz: Es steht nur noch die Hälfte der vorausgerechneten Sitzzahl zur Verfügung, um eine Liste aufzustellen, die alle Strömungen nach ihrem jetzigen Gewicht berücksichtigt. Das wird schwerfallen. Er ist aber auch eine Stärkung der Parlamentarier dieser früher so außerparlamentarisch ausgerichteten Partei. Er ist vielleicht auch ein Schritt hin zur Verwirklichung des Grundgesetzes von der Unabhängigkeit des Abgeordneten, dem die Rotation widerspricht. Dazu gehörte allerdings noch die Aufhebung des imperativen Mandats, das die Abgeordneten zu Befehlsempfängern einer oft zufällig zusammengesetzten Mitgliederversammlung degradiert. Doch davon sind die Grünen noch weit entfernt.



„Richt euch!“

KLAUS BÖHLE

Renaissance des Nationalen

Von Carl Gustaf Ström

Als die Kommunisten - in den meisten Fällen mit Hilfe der sowjetischen Armee - nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Macht im Osten und Südosten Europas eroberten, wollten sie mit Hilfe der „Leninischen Nationalitätenpolitik“ die nationale Frage lösen - alten bürgerlichen, autoritären und faschistischen Herrschern war dies nicht gelungen. In Mitteleuropa und auf dem Balkan leben seit vielen Jahrhunderten verschiedene Nationen, Konfessionen und Kulturkreise nebeneinander und durcheinander. Die Grenzen der Volksgruppen überlappen sich. Slawen, Germanen (Deutsche), Magyaren, Türken und Romanen - dazu noch die baltischen Völker im Nordosten oder die Albaner im Südosten: die Nationalitätenkarte des östlichen Mitteleuropas ist ein buntes Teppich.

Heute, vierzig Jahre nach Ende des Weltkrieges, der im Osten und Südosten unseres Kontinents oftmals auch blutig als Nationalitäten- und Bürgerkrieg geführt wurde, stehen die kommunistischen Führer dieser Länder vor den gleichen, ja noch schwerwiegenden nationalen Konflikten als ihre „bourgeois“ Vorgänger. Erst diese Tage kam die Meldung von Konflikten der bulgarischen kommunistischen Behörden mit der über eine Million Menschen umfassenden türkischen Minderheit in Bulgarien. Dabei soll es Tote gegeben haben. Die bulgarischen Kommunisten wollen ihre Türken bulgarisieren - und die Türken wehrten sich.

Ein weiteres ernstes Problem stellt die Lage der Ungarn in Siebenbürgen, also in Rumänien dar. Die Beziehungen zwischen den kommunistischen Nachbarstaaten Ungarn und Rumänien werden stark von der Tatsache überschattet, daß man in Ungarn nach jahrelangem, ideologisch bedingtem Schweigen nun nicht mehr gewillt ist, die „großrumänischen“ Tendenzen des Bukarester Regimes hinzunehmen, die eine Entnationalisierung und Isolierung der über zwei Millionen Siebenbürger-Ungarn zur Folge haben.

Dann existiert zwischen Bulgarien und Jugoslawien die „mazedonische Frage“: die Bulgaren etwa, die ebenso wie die Deutschen als Verlierer aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgingen, sprechen immer wieder davon, daß Jugoslawisch-Mazedonien historisch und kulturell eigentlich bulgarischer

Boden sei und die von Jugoslawien proklamierte mazedonische Nation eigentlich aus Bulgaren bestehe. Zwischen Jugoslawien und Albanien schwellt wiederum der Konflikt um das Kosovo-Gebiet. Hier lebt eine kompakte albanische Bevölkerung unter jugoslawischer Herrschaft - und immer wieder kommt es zu „irredentistischen“ Demonstrationen der Albaner, so daß sich nachdenkliche Serben in Belgrad bereits fragen, wie lange Serbien dieses Territorium gegenüber dem wachsenden ethnischen und politischen Druck der Kosovo-Albaner noch behaupten kann.

Der wachsende albanische Nationalismus hat auf Seiten der slawischen Serben seinerseits nationale Reaktionen zur Folge. Weiter gibt es immer noch das kroatisch-serbische Problem - und neuerdings die Frage des kleinen Volkes der Slowenen, wie es gegenüber der serbisch-kroatischen Übermacht in Jugoslawien als Nation überhaupt bestehen könne.

Auch die Sowjetunion ist vor der Brisanz der nationalen Frage nicht gefeit. In der Ukraine herrscht Unmut darüber, daß Moskau angeblich überdurchschnittlich viele ukrainische Wehrpflichtige in den Afghanistan-Krieg schickt - um russisches Blut zu schonen. In den baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen gibt es Widerstand gegen die „Russifizierung“; gegen die Überflutung dieser kleinen, traditionell nach Westen orientierten und wirtschaftlich fortgeschrittenen Nation mit russischem Militär und russischen Zu-

wanderern. So befürchten die Esten, der Bau eines neuen Ostseehafens bei Reval (Tallinn) werde ein „Umkippen“ der Bevölkerungsmehrheit zugunsten des russischen Elements in der Hauptstadt Estlands mit sich bringen.

Und in Polen klagt die ukrainische Minderheit über Diskriminierung und sogar Verfolgung, in der Tschechoslowakei gehen die Slowaken gegen ihre ungarische Minderheit vor. Nicht jeder ist so ehrlich wie der bulgarische Parteichef Schwizow, der als Ziel der kommunistischen Politik in seinem Lande die Schaffung einer „homogenen bulgarischen Nation“ - also ohne störende Minderheiten - proklamierte.

Das Anwachsen der nationalen Komponente in allen kommunistischen Staaten führt zu deutlich sichtbaren Interessengegensätzen. Dies ist von der westlichen Welt bisher zu wenig beachtet worden. Von vielen wird der „Osten“ als monolithischer, gleichgeschalteter Block gesehen. Militärisch stimmt das zweifellos. Hier hat die Sowjetarmee überall das Heft in der Hand. Aber die nationale Differenzierung geht weiter: Die erstaunlichste oder, wenn man so will, natürlichste Beobachtung, die man seit einigen Jahren im kommunistisch regierten Teil Europas allenthalben machen kann, besteht in der Renaissance des Nationalen, der Wiederentdeckung der nationalen Geschichte, in einem neu erwachenden Stolz auf das eigene Volk und dessen Leistungen.

Es ist gefährlich, wenn manche kommunistischen Parteien diese Tendenz dazu benutzen, um Minderheiten zu diskriminieren und zu verfolgen. Aber sogar in diesem negativen Beispiel erkennt man die Macht, die heute in der kommunistischen Welt der nationalen Idee zugehört wird: so sehr fürchtet man das Nationale, daß man fremde oder schwer beherrschbare Nationalitäten unterdrückt.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie kommentiert das Asylrecht:

Als unsere Verfassungsväter einst das Recht auf politisches Asyl sogar ins Grundgesetz schrieben, hatten sie umso stärker hervortreten wird, je schwächer die Ideologie wird. Und an sie glaubt bald kaum jemand mehr.



Eine Minderheit im Osten: Albaner im jugoslawischen Kosovo. FOTO: SVEN SIMON

Für drei Bauarbeiter ein Staatsdiener für Baumaßnahmen

Groteske Fehlentwicklungen fesseln die Hamburger Politik / Von Uwe Bahnsen

Kassandrufe sind aus dem Hamburger Rathaus zu hören: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Henning Voscherau, der nicht zu Dramatisierungen neigt, hat seine Genossen vor einer „katastrophalen Entwicklung“ der hamburgischen Staatsfinanzen gewarnt. Es drohe für die Regierungspartei „jede politische und soziale Gestaltung“ unmöglich zu werden.

Für dieses düstere Szenario machte der Fraktionschef vor allem den „Würgergreif der Zinsausgaben“ als Folge der in den letzten Jahren sprunghaft gestiegenen Finanzierungsdefizite im Haushalt verantwortlich: „Während 1970 etwa je sieben Zehntel Steuermark für Zinsausgaben benötigt wurde, wird es 1988 voraussichtlich jede sechste Steuermark sein, wenn nicht entschieden weiter gegengesteuert wird.“

Im Klartext heißt das: Hamburg, das mehr noch als andere Bundesländer Jahr für Jahr über seine Verhältnisse gelebt hat, muß noch rigoro-

ser sparen als bisher - darüber sind sich die maßgeblichen Haushaltsexperten der SPD wie der oppositionellen CDU einig. Daß eine dauerhafte Konsolidierung des in eine schlimme Schräglage geratenen Haushalts nur durch den konsequenten Abbau der Personalausgaben erreicht werden kann, ist in diesem Kreis ebenfalls unbestritten, aber in der in dieser Sache von den Gewerkschaften mehr oder weniger abhängigen Hamburger SPD nur schwer durchzusetzen.

So muß nun an den Investitionen gestrichen werden, die bislang auf Kredit finanziert wurden. Naturngemäß geht das vor allem zu Lasten der Bauwirtschaft. Ein Blick auf dieses ganz besondere Sorgenkind der Hamburger Wirtschaft zeigt exemplarisch, woran die Hansstadt krankt:

Bauindustrie und Bauhandwerk in Hamburg beschäftigen derzeit noch rund 24 000 Arbeitnehmer. Angesichts der katastrophalen Auf-

tragslage ist mit weiteren Entlassungen zu rechnen. Eine Durchleuchtung des hanseatischen Behördenapparats ergibt, daß in der Verwaltung und in den staatlichen Unternehmen rund 8000 Mitarbeiter mit der Planung und administrativen Bearbeitung von Baumaßnahmen beschäftigt sind.

Auf drei Arbeitnehmer der Bauwirtschaft kommt also mittlerweile ein Staatsdiener, und die Entwicklung bewegt sich in Richtung auf eine Relation von zwei zu eins. Das Bauvolumen geht als Folge der staatlichen Sparzwänge zurück, die Zahl der Baubeamten und -angestellten in der Verwaltung aber bleibt im wesentlichen konstant.

Nun würde das Problem zwar nicht entschärft, wohl aber wäre der Kontext etwas positiver, wenn dieser so opulent mit Bediensteten besetzte Bauapparat wegen effizienter Arbeit von sich reden machen würde. Doch nicht einmal das kann konstatiert werden - bei allem Respekt vor

IM GESPRÄCH Schneckeburger

Performance statt Malerei

Von Peter Dittmar

Erst hatten sie keinen. Dann hatten sie zwei. Doch ein Jahr später hatten sie schon wieder keinen. Und nun haben sie wieder einen, die Kasseler. Er heißt Manfred Schneckeburger (46) und soll anno 1987 die documenta 8 ausrichten. Neu ist er in dem Gewerbe nicht. Zehn Jahre zuvor hat er bereits die documenta 6 inszeniert.

Zwar wollte man eigentlich nicht, daß ein Mann zweimal das „Museum der hundert Tage“ arrangiert. Aber als man sich im vorigen Jahr nach langer Qual für die Doppelherrschaft von Harald Szeemann und Ely de Wilde entschied, war man diesem Grundsatz bereits untreu geworden. Szeemann hatte bereits die documenta 5 gemacht. Die Managerei Szeemann/de Wilde, die eher eine Muschelrat als eine Verbindung aus Liebe war, erwies sich jedoch als nicht sehr dauerhaft. Im Dezember 1984 stellten die beiden Herren fest, daß bisher jeder von ihnen gewohnt war, alles allein zu entscheiden.

Also mußten sich die Kasseler erneut auf die Suche begeben. Ein Solovertrag mit Szeemann kam nicht zustande. Da waren wohl Hemmungen im Spiel, weil zu leicht der Eindruck hätte entstehen können, der eine hätte den anderen nur herausintrigiert. So galt es, jemanden zu finden, der kurzfristig zu haben war. Und das war Manfred Schneckeburger, der seit der documenta 6, seit 1977, nirgendwo fest angebunden war.

Schneckeburger hat derweil Bücher geschrieben. Über den Bildhauer Heinz-Günter Prager, über den Maler und Bühnenbildner Achim Freyer und über die „documenta“-Idee und Wirklichkeit. Aber auch vorher stand ihm offenbar nur bedingt der Sinn nach Amt und Würden. Von 1968 bis 1969 volontierte er an der Staatsgalerie in Stuttgart. Dann verläßt er die Stadt, in der er 1938 geboren wurde, um von 1970 bis 1972 an der Vorbereitung der großen Olympia-Ausstellung „Weltkulturen und moderne Kunst“ mitzuarbeiten. Da beschäftigt er sich vor allem mit der „primitiven“ Kunst, mit Magischen Zeichen, Idolen, Totem, Fetisch



Zum zweiten Mal documenta-Chef: Manfred Schneckeburger. FOTO: DE WIT

und Masken. 1973 übernimmt er die Direktion der KGM Kunststhalde, um sich dann ein Jahr später schon wieder für die documenta abwerben zu lassen.

Die documenta 6 stand unter dem Motto „Medien in der Kunst - Kunst in den Medien“. Damals wurden Video und Performance, Photographie und Experimentalfilm documenta-typisch. Die Malerei trat zurück, was wesentlich zu vielen unfreundlichen Kritiken beitrug. Schneckeburger selbst kümmerte sich vor allem um Plastik und Environment. Und er erwies sich als ein nachgebiger Chef.

Ursprünglich wollte er nur zwei Maler aus der „DDR“ einladen. Aber der „Verband Bildender Künstler“ in Ost-Berlin stellte ihm vor die Alternative: entweder sechs oder keinen. So kam die erste „Nationalausstellung“ der „DDR“ zustande, obwohl Schneckeburger vorher erklärt hatte: „Wir laden nur einzelne Künstler ein.“ Zum Schluß sprach man von der „unfertigen documenta“, die ihren Arrangements „regrecht über den Kopf gewachsen“ ist.

Nun heißt es also: auf ein neues. Nach Kassel wird der promovierte Kunsthistoriker, der mit einer Kunsthistorikerin verheiratet ist, diesmal nicht ziehen. Die Achte, meint er, könne man auch von Köln aus auf die Beine stellen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie meckert zur Arbeitslosigkeit:

Statt jungen Menschen zu helfen, begnüge sich die Bundesregierung mit „Sonntagsreden“. Diesen Vorwurf erbeut das für Bildungsfragen zuständige Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ilse Bruns. Sie behauptet, immer noch stünden 200 000 Bewerber ohne Lehrstelle da; diese vernachlässigten Jugendlichen parkten in der schulischen Weiterbildung, sie seien auf den Wartelisten der Arbeitsämter zu finden oder sie überwinteren, stattdessen nicht erfaßbar, zu Hause. Als Frau Bruns noch Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen war, hat sie unverantwortlich lange dafür geworben, daß mehr Lehrer ausgebildet werden - für die Arbeitslosigkeit? Jetzt beteiligt sie sich an der Stimmungsmache, daß die Bundesregierung jungen Menschen „die Lebensperspektiven“ verstelle. Ihre Zahlen sind aus der Luft gegriffen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie kommentiert das Asylrecht:

Als unsere Verfassungsväter einst das Recht auf politisches Asyl sogar ins Grundgesetz schrieben, hatten sie umso stärker hervortreten wird, je schwächer die Ideologie wird. Und an sie glaubt bald kaum jemand mehr.

tige und großzügige Asylgewährung eines Tages auch viele Menschen anlocken würde, denen unser Land wie das Schlafarfenland erscheint. Das unbarmherzige Wort „Wirtschaftsflüchtlinge“, das für diese Art von Asylanten gefunden wurde, gibt leider nicht wider, was diesen Teil des Asylantenstroms letztendlich speist: die Tatsache nämlich, daß die Reichtümer in dieser Welt ungleich verteilt sind, daß es wohlhabende Länder gibt und bitterarme - nicht allein Äthiopien. Bekämen die meisten dieser Leute daheim von ihrer Hände Arbeit sich und ihre Familien satt, hätten wir kein Asylantenproblem. Hunger, Elend, die Hoffnung auf ein wenig Besitz, das sind verständliche Beweggründe, die Heimat zu verlassen. Als juristische Gründe, diesen Menschen Asyl zu gewähren, reichen sie nicht aus.

KURIER

Die Wiener Zeitung kritisiert den Verteilungsminister:

Er war 40 Jahre im Gefängnis (sei-ne Opfer 40 Jahre unter der Erde). Er wurde für Massenerschießungen von Geiseln in Oberitalien verurteilt und jetzt freigesetzt. Und damit Schluß. Aber nein, der Verteidigungsminister der Republik Österreich, Friedhelm Frischenschlager, muß ein Reder ein widerliches Theater veranstalten. Er muß ihn persönlich heimholen und beim Bundesheer einquartieren. Walter Reder hätte auch vom Roten Kreuz abgeholt werden können. Das Bundesheer hat mit Geiselschießungen nichts zu schaffen.

SPD-Fraktionschef Henning Voscherau hat von den Abgeordneten seiner Partei „Mut und Kraft“ verlangt, um die Sparpolitik „langfristig durchzuhalten“ - und das über das Wahljahr 1988 hinaus. Das freilich wird nicht reichen, und der kompetente Notar weiß das auch. Notwendig ist mehr: eine gründliche und energische Durchforstung der staatlichen Tätigkeiten - jene „Aufgabenkritik“, die seit Jahren durch die Grundsatzdiskussionen der Hamburger SPD-Führung geistert und sich immer dann wie ein Phantom verflüchtigt, wenn einer der Spitzengonossen einmal verlangt, Worten auch Taten folgen zu lassen. Der Chef der Basler Prognos AG, Helfi Aehlelt, hat den vier Küsternländern soeben in einem Vortrag zu einer Gemeinkostenanalyse für die öffentlichen Verwaltungen geraten, um auf diesem Wege „Ressourcen für Zukunftsprojekte freizumachen“. Das ist der Weg, auf dem die Stadt ihren Finanznöten entrinnen kann.

# Die Flucht endete in den eisigen Fluten der Ostsee

Gettete und Bitter werden... am Mittwoch im Kampf an der Ostsee an einen der schrecklichsten Schiffsuntergänge erinnern: Vor 40 Jahren versank die „Wilhelm Gustloff“... Von Torpedos getroffen, riss sie über 5000 Menschen mit in die Tiefe. Nur 930 wurden gerettet.

Von UWE BAHNSEN

Es war eine der größten Katastrophen in der Geschichte der Seefahrt, doch ihre Spuren in den amtlichen Annalen des Zweiten Weltkriegs sind überraschend spärlich. Das Logbuch des sowjetischen U-Boots „S-13“, verwahrt in einem Leningrader Archiv, enthält unter dem Datum 30. Januar 1945 die lakonische Eintragung: „23.08: Drei Torpedos auf Backbordseite des Zieles gefeuert. Alles Treffler. Entfernung 400 bis 600 Meter. 23.08: Ziel beginnt zu sinken...“ Es war 21.09 Uhr deutscher Zeit.

19 Stunden später, am 31. Januar kurz nach 16 Uhr, zog Großadmiral Karl Dönitz in der Lagebesprechung bei Hitler in der Berliner Reichskanzlei ein Fazit der Tragödie: „Zum Verlust des Passagierschiffes Wilhelm Gustloff durch U-Boot-Torpedos auf dem Außenweg nördlich der Stolpe-Bank führt der Ob. d. M. aus, daß bei den umfangreichen Transporten in der Ostsee Verluste von vornherein in Rechnung gestellt wurden, und daß man es, so schmerzlich der Verlust auch im einzelnen ist, als ein besonderes Glück ansehen muß, wenn bisher nicht mehr Verluste eingetreten sind...“

Am 30. Januar hatte Hitler in seiner Rundfunksprache zum 11. Jahrestag der Machtübernahme düster „das grauenhafte Schicksal, das sich heute im Osten abspielt“, erwähnt. Die Schauplätze dieses Grauens nannte der Wehrmachtbericht vom selben Tage: „Zwischen der Ober- und Untersee der Oder wurden Durchbruchversuche starker russischer Kräfte verhindert. Im Ostraabschnitt und nördlich der Netze bei Driesen schwere Kämpfe; zwischen Schneidmühl und Kulin schieben sich die Russen weiter nach Norden vor...“

Die haushoch überlegenen sowjetischen Sturmdivisionen trieben eine riesige Flüchtlingsschwärme vor sich her - endlose Trecks von halb verunglückten, halb erfrorenen Greisen, Frauen und Kindern, die in panischer Angst vor den Greulen der Roten Armee nur ein Ziel kannten: nach Westen. Sie befürchteten, schon in wenigen Tagen könnten die Russen die Landverbindungen abschneiden, und hofften auf die Rettung über das Meer. So waren die Häfen an der Ostseeküste überfüllt. Auf Befehl von Dönitz hatte die Kriegsmarine unter Einsatz jedes auch nur halbwegs seetüchtigen Wasserfahrzeugs mit der Evakuierung dieser Menschenmassen begonnen - es wurde die vielleicht brillianteste seemannische und organisatorische Leistung des ganzen Krieges.

In Gotenhafen, dem heutigen Gdingen, warteten Ende Januar rund 100 000 Menschen in eisiger Kälte auf den Abtransport. Das größte der im Hafen liegenden Schiffe war die „Wilhelm Gustloff“, 25 494 Bruttoregistertonnen groß, im März 1936 als das Flaggschiff der NS-Ferienorganisation „Kraft durch Freude“ (KdF) in Dienst gestellt - damals ein „Schiff der Lebensfreude“, nun ein Schiff der letzten Hoffnung.

Im Herbst 1939 war der für 1465 Passagiere und 400 Mann Besatzung zugelassene Musikdampfer zunächst zum Lazarettschiff umgerüstet wor-

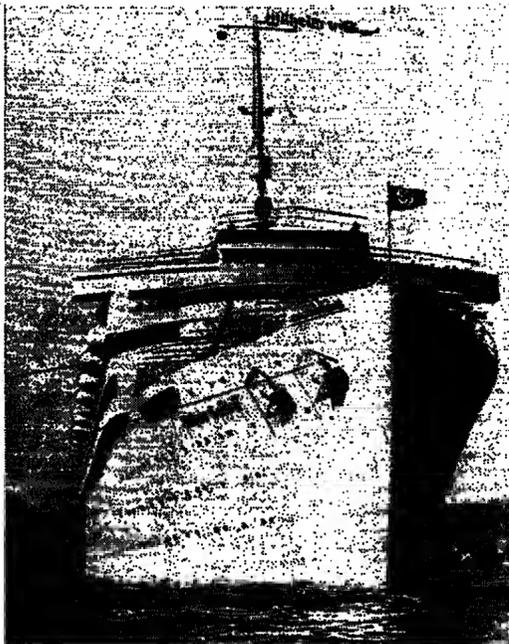
den, hatte dann aber bald als eines der Wohnschiffe für die künftigen U-Boot-Besatzungen gedient, die bei der 2. U-Boot-Lehrdivision in Gotenhafen ausgebildet wurden. Als im Januar 1945 die Gefahr durch die näher rückende Front von Tag zu Tag größer wurde, ließ Dönitz die „Operation Hannibal“ anlaufen - den schleunigen Abtransport der U-Boot-Ausbildungsabteilungen nach Westen. Die dafür eingesetzten Schiffe sollten zusätzlich so viele Flüchtlinge wie möglich an Bord nehmen.

Auf der „Wilhelm Gustloff“ übergab am späten Vormittag des 30. Januar, einem Dienstag, der Oberzahlmeister Luth dem Ersten Offizier Heese die vollständige Passagierliste (bewaffnete Posten hatten den Zugang zum Schiff scharf kontrolliert): 918 Soldaten und Offiziere der Kriegsmarine, 173 Besatzungsmitglieder, 373 Marinehelferinnen, 162 Verwundete, die am frühen Morgen des Vortages mit einem Lazarettzug in Gotenhafen eingetroffen waren, und 4424 Flüchtlinge.

Offiziell befanden sich also 6050 Menschen auf dem Schiff. Doch kurz nach dem Ablegen, gegen 13 Uhr, blockierten zahlreiche Boote, die mit Frauen und kleinen Kindern überladen waren, die Ausfahrt; die Mütter flehten: „Nehmt uns mit, rettet unsere Kinder!“ Über Seefahrerposten und Netzen kamen auch diese Flüchtlinge an Bord - wie viele es waren, ist ungewiß. Unter Schnee- und Hagelschauern glitt die „Wilhelm Gustloff“ schließlich von Schleppern gezogen, aus dem Hafen. Ihr Ziel war Kiel.

Mit einer Geschwindigkeit von rund 12 Knoten lief die „Wilhelm Gustloff“ bei Schneetreiben und stürmischer See auf einem Kurs parallel zur Küste in den Abend hinein. Die an Deck untergebrachten Flakgeschütze waren vereist. Um so schnell wie möglich durch das bedrohte Seegebiet hindurchzukommen, hatte Petersen gegen den Rat erfahrener U-Boot-Offiziere an Bord auf einen Zick-Zack-Kurs verzichtet und überdies entgegen den Tarnungsvorschriften Positionslichter setzen lassen, um die Gefahr von Kollisionen mit anderen Transport- und Begleitschiffen zu verringern.

So kam es, daß - nach sowjetischer Darstellung um 19.10 Uhr deutscher Zeit - auf dem U-Boot „S-13“ unter seinem Kommandanten, Kapitän 3. Ranges Alexander Marinesko, „der Wachhabende, Komsolezw Bootsman 2. Klasse A. Ja. Vinogradov... feindliche Schiffe entdeckte, welche langsam aus der Danziger Bucht herausführten. Marinesko beschloß, die Dunkelheit und den star-



Die „Wilhelm Gustloff“, von den Nazis gebaut zur „Freude“ der Arbeiter, endete als Borg für Flüchtlinge und Soldaten. FOTO: ULLSTEIN

ken Seegang ausnutzend, sich dem Konvoi zu nähern...“

„S-13“ belauerte die „Wilhelm Gustloff“ fast zwei Stunden hindurch in 400 bis 500 Meter Entfernung. Kurz nach 21 Uhr gab Marinesko den Befehl zum Angriff. Das U-Boot befand sich zwischen der Küste und der „Wilhelm Gustloff“. Um 21.08 Uhr zischten die Torpedos aus den Rohren 1, 3 und 4. Es hatte ein „Vier-Fächer“ werden sollen, doch der vierte Torpedo blieb im Rohr.

Das überfüllte Schiff wurde zuerst am Bug getroffen, tief unter der Wasseroberfläche neben den Mannschaftsräumen. Das Inferno begann in Sekunden: Diejenigen Besatzungsmitglieder, die nicht sofort getötet wurden, konnten sich nicht mehr retten, da die Schotten geschlossen wurden.

Der zweite Torpedo explodierte knapp unterhalb des trockengelegten Schwimmbades, das zu einem Notquartier für die Marinehelferinnen geworden war. Nur wenige Mädchen überlebten, weil sie in Kabinen zwischen Schwimmbad und Maschinenraum untergebracht waren.

Der dritte Torpedo schließlich traf mittschiffs den vorderen Teil des Maschinenraums, riß den Rumpf auf und zerstörte die Maschinen. Schnell mußten auch die anderen Schotten, so weit noch möglich geschlossen werden, um ein schnelles Sinken zu verhindern. Viele der Eingeschlossenen erschossen sich, bevor das Wasser sie erreichte. Unter Deck brach Panik aus, es begann der Kampf ums Überleben.

Eine der Marinehelferinnen, die wie durch ein Wunder mit dem Leben davonkam, schilderte später was geschah: „Wir gelangten durch ein Chaos von Drähten, Stangen, Metallteilen und auseinandergerissemem Blech auf die schmale Nottrappe, die durch den Maschinenraum zum acht Stockwerke höher liegenden Bootsdeck führte. Aber auch andere Menschen hatten in Todesangst diesen letzten Weg der Rettung gefunden. Der Kampf um jede Treppenstufe begann. Die Stärkeren versuchten, sich mit Fäusten und Ellenbogen durchzuringeln. Wer fiel, kam um, denn er zermürungslos traten die anderen über ihn hinweg.“

„Endlich hatten wir es geschafft“, berichtete die Gerettete weiter. „Wir flogen vom Druck der nachdrängenden Menschenmasse auf das vereiste Bootsdeck. Hier erwartete uns erneut die Hölle: ein Chaos schreiender Frauen und Kinder, verwundeter Soldaten, die sich nicht helfen konnten, zwischen die Kommandos an den Rettungsboote: „Nur Frauen und Kinder in die Boote - zurück die Männer.“ Pistolen schüsse hallten über das Deck - Frauen flehten ihre Männer an. „Mach Schluß mit uns allen, mach schnell!“

Es herrschte Windstärke sechs bis sieben; die Außentemperatur 17 Grad unter Null. Der Toteskampf der „Wilhelm Gustloff“ dauerte 66 Minuten. In den überfüllten Rettungsbooten begann der Kampf ums Überleben erneut. Während das Schiff mit explodierendem Kesselraum und heulenden Sirenen versank wehrten sich die Überlebenden in den Booten mit Fäusten, ja mit Pistolen gegen diejenigen, die in ihren Schwimmwesten im eisigen Wasser trieben und die Boote zum Kentern zu bringen drohten.

Torpedoboote der Kriegsmarine, die zur Bergung der Schiffbrüchigen an den Schauplatz der Tragödie geschickt waren, vertrieben „S-13“ mit Wasserbomben, doch das forderte erneut Opfer unter denen, die im Wasser noch auf Rettung hofften; andere wurden von Schiffsschrauben zerfetzt.

Die Überlebenden wurden in die Ostseehäfen transportiert, ein Teil nach Gotenhafen, wo die unheilvolle Fahrt der „Wilhelm Gustloff“ begonnen hatte. Das Wrack des Schiffes liegt in 45 Metern Tiefe, fast in drei Teile zersplittert, auf dem feinsten Meeresboden. Polnische Taucher sahen vor einigen Jahren unzählige Skelette im Wrack und auf dem Meeresgrund.

# Die Autofahrer werden älter - werden sie auch gefährlicher?

Gefährdet ein älterer Autofahrer den Verkehr mehr als ein jüngerer? Gleich größere Erfahrung mögliche körperliche Mängel wieder aus? Sollen ältere Autofahrer regelmäßigen Gesundheitstests unterzogen werden? Aber ab wann ist jemand alt? Fragen, die Antworten verlangen, denn um die Jahrhundertwende ist jeder vierte Autofahrer ein „Alter“.

Von H. H. HOLZAMER

Ich fahre immer ohne Hut, um nicht sofort als alter Autofahrer eingestuft zu werden“, sagt der Hamburger Rentner Wilhelm Klaus. „Die Jungen bauen zwar mehr Unfälle, aber uns will man, fallen wir nur mal auf, gleich an den Lappen.“

Mit „Lappen“ meint der alte Herr seinen Führerschein. Unrecht hat er nicht, denn die Verkehrsexperten haben den älteren Verkehrsteilnehmer als mögliches wachsendes Problem erkannt. Und zuletzt stand seine rechtliche „Behandlung“ auf der Tagesordnung des 23. Verkehrsgerichtstages in Goslar. „Regel muß sein, daß die Polizei, die Staatsanwaltschaft oder der Richter stets die Verwaltungsbehörden zu informieren hat, wenn ein Älterer auffällt“, schlug ein Rechtsexperte vor. Die Aufgabe der Verwaltungsbehörde ist dann zu überprüfen, ob der Betroffene noch die geistigen und körperlichen Voraussetzungen zum Lenken von Fahrzeugen, handele es sich nun um Mopeds, Motorräder oder Autos, erfüllt.

## „Alter“ ist juristisch schwer zu definieren

Daß diese Forderungen bislang noch keine Wirklichkeit sind, hängt wesentlich damit zusammen, daß sich der Begriff des „Alters“ juristisch schwer definieren und mit einer Zahl in Verbindung bringen läßt. Auch die Mediziner versagen ihre Hilfe. Ab 60 sei man alt, meinen die einen, ab 65 die anderen. Professor Herbert Lenzen aus München dagegen hält jede Festlegung für unrealistisch, wenn er feststellt: „Der Zeitraum, in dem ein Mensch altert, kann 50 Jahre umfassen, die einen sind erst Mitte 40, wenn sie Alterserscheinungen zeigen, die anderen Mitte 90.“

Auch das geschriebene Gesetz nennt keine Zahl. Es spricht in der Straßenverkehrs- und Straßenverkehrszulassungsordnung nur ganz allgemein von Fahrtüchtigkeit und seit der letzten Reform von der notwendigen Rücksicht auf „Ältere“. Die Rechtsprechung ergänzt im Sinne von Lenzen: „Hohes Alter genügt nicht zur Annahme von Fahrtüchtigkeit.“ Im Zweifel also für das Alter. Und wie zur Bestätigung rühmen sich die Münchner Taxifahrer eines Kollegen, der mehr als 80 Lenze zählt und die für Berufsfahrer erforderlichen Tests regelmäßig glänzend meistert.

Ist also in Wirklichkeit der Ältere als aktiver Teilnehmer am Straßenverkehr, als Lenker (und nicht bloß als Fußgänger) kein Thema. Oder nur Stoff für Witze, wie den von Opa, der im Radio die Warnung vor einem Geisterfahrer vernimmt und zu Oma sagt: „Was, einer? Hunderte!“

Doch, es gibt Statistiken, die daraus ein Thema machen. Klaus Lang vom HUK-Verband spricht von einer „gewissen Auffälligkeit“. Nach seinen Untersuchungen stellen „ältere

Kraftfahrzeugführer ab 60 Jahre 4,5 Prozent der Unfallverursacher, der Durchschnitt liegt bei 3,8 Prozent“.

Doch diese Zahlen gehen von 3 Millionen älteren Kraftfahrern (ca. 60 Jahre), nicht dagegen von den von ihnen zurückgelegten Kilometern aus. Wer weniger fährt, verursacht im Schnitt auch nicht so viele Unfälle. Zahlen einer Untersuchung des Volkswagenwerkes sprechen davon, daß zwei Drittel aller Älteren noch rund 15 000 Kilometer, die Durchschnittsleistung aller, zurücklegten.

Andere Zahlen sprechen davon, daß nur 18 Prozent der 60 bis 65jährigen, 11 Prozent der 65 bis 70jährigen und nur 7 Prozent der über 70jährigen eine „regelmäßige Fahrpraxis“ haben. Eine Aufgabe für den Rechen-schieber. Die Amerikaner haben ihrer Statistik eine hochgerechnete Kilometer-Leistung von 100 000 Meilen zugrundegelegt und kamen zu dem Ergebnis, daß insbesondere Frauen ab 75 mit steigender Tendenz auf Kollisionskurs kommen.

Scheint es so, als befänden sich die Untersuchungen selbst auf Schleuderkurs, will das Thema gleichwohl keiner ad acta legen, weil sich die Zahl der Alten am Steuer bis zur Jahrtausendwende in der Bundesrepublik auf etwa 25 Prozent aller Verkehrsteilnehmer erhöhen wird. Daher bemüht man sich, Detailprobleme aufzuzeigen, etwa besondere „Risikofaktoren“.

„Ein erhöhtes Risiko für die Allgemeinheit“, sagt Herbert Lenzen, „sind Träger von Herzschrittmachern, Dialyse-Abhängige und Empfänger von Psychopharmaka“, ohne dies jedoch näher zu belegen. Die verbandsorganisierten Augenärzte Deutschlands sehen klar, daß bei Dämmerung und Dunkelheit öfter Fahrverbote für Ältere auszusprechen sind. Denn, so ihre Statistik, 11 Prozent der 60 bis 60 Jährigen, 27 Prozent der 60 bis 70 Jährigen und 84 Prozent der über 70 Jährigen hätten „nachweislich“ Probleme mit ihrem nächtlichen Sehvermögen.

Hier, bei der Sehfähigkeit, scheint es noch die verlässlichsten Aussagen zu geben, denn auch eine Studie des Volkswagenwerkes spricht davon, daß 58 Prozent der Autofahrer ab 50 fälschlich davon überzeugt sind, ihre Sehkraft lange noch. Forschungsergebnisse mit ähnlichen Ergebnissen wurden vergangenes Wochenende auch in Goslar vorgetragen und mit der Forderung nach obligatorischen regelmäßigen Sehtests für Ältere (ab 60) verbunden. Obwohl wiederum andere darauf verwiesen, daß die Älteren ihre körperlichen Schwächen durch Erfahrung und defensives Fahren zu kompensieren wüßten.

Es gebe darüber hinaus, sagen die

Experten, „typische Fahrfehler alter Leute wie Spurwechseln, Einbiegen und die Beachtung der Vorfahrt“. Dies hänge mit muskulären Schwierigkeiten, den Kopf zu drehen, und mit ihrem Altersstarrsinn zusammen. „Nach meiner Meinung stimmt das nicht“, sagt demgegenüber Olaf Kiesewetter, Rechtsanwalt und Verkehrsspezialist. „Jüngere und Ältere machen die gleichen Fehler.“ Er ist daher strikt dagegen, daß nur Ältere sich Tests unterziehen sollten oder daß die Justiz der Verwaltung Meldung zu machen dürfe. „Damit werden die Älteren doch nur verunsichert.“

Kiesewetter berichtet, daß Ältere zu zitiern anfangen, wenn sie nur von der Polizei auf ihr Alter angesprochen werden, wüßten sie doch, daß auch bei Bagatellden der Führerschein auf dem Spiel stehen kann, wenn sie - wenn angezweifelt - ihre Fahrtüchtigkeit nachweisen müssen. „Ich weiß aus Erfahrung etwa bei Alkoholidellen, welche Angst sie bei Tests haben. Stocksteif und stehend füllen sie die Fragebögen aus, während die Jungen locker und entspannt dasitzen. Wenn sie etwas nicht verstehen, wagen sie nicht zu fragen, um sich nicht zu blamieren. So versagen viele ohne Grund.“

## Nicht einschüchtern, sondern aufklären

Der Rechtsanwalt tät dringend dazu, die Bedeutung des Führerscheinbesitzes für Ältere nicht zu unterschätzen. „Wenn der Rentner oder Pensionär zu Hause sitzt, bleibt ihm gegenüber seiner Frau als Prestige doch ob der Führerschein, daß er sagen kann, komm Mutterchen, ich fahr dich spazieren.“ Man müsse, sagt der Anwalt, nicht einschüchtern, sondern durch Aufklärung die Angst nehmen. Schon dadurch könnten Unfälle vermieden werden, daß der Ältere nicht mehr verkrampt am Steuer sitzt. Die geforderte Abgabepflicht an die Verwaltungsbehörden hält er für ausgemachten Unsinn: „Da wandert die Alte doch vom Kompetenzen zum Inkompetenzen, der nur nach Schema F entscheiden kann.“

Kiesewetter meint, Autozulassungen könnten sich darum verdient machen, auf bumaße Weise die Kenntnisse des älteren Autofahrers zu fördern, etwa über neue Verkehrszellen. Sicher gebe es Fälle, wo man einem Älteren beibringen müsse, daß es besser sei, den Führerschein abzulegen, aber dies müsse stets freiwillig geschehen, aber aufklärerisch und im freundlichen Ton.



Alter allein ist kein Grund für Gefährdung des Straßenverkehrs. FOTO: OBERTRIS

# Afrika wird totgefüttert



Afrika wird totgefüttert. Mit zehn Millionen Tonnen Weizen, die von den Industrieländern jedes Jahr nach Afrika verbracht werden. Zehn Millionen Tonnen Weizen, die die Getreideüberschüsse der USA, Kanadas und der EG verringern. Zehn Millionen Tonnen Weizen, die aus stolzen Bauern apathische Bettler machen. Geschäftig „nutzen“ die Hilfsorganisationen die Hungerkatastrophe in Äthiopien. Viele Millionen Mark an Spenden werden gesammelt und in „Projekte“ gesteckt, die die letzten Reste eines einst funktionierenden Wirtschafts- und Sozialsystems zerstören. Die Zeit ist nicht mehr fern, in der kein Afrikaner mehr als

Bauer seinen Acker bestellt oder als Nomade seinen Brunnen gräbt. Seine tägliche Ration Weizen bekommt er auch, ohne daß er etwas dafür tut. So wird jeder Widerstand gegen natürliche Katastrophen überflüssig. Mißernten werden hingenommen, ohne darüber nachzudenken, wie sie in Zukunft verhindert werden können. Nur eine Veränderung der ökologischen Verhältnisse - und nicht etwa eine weitere Steigerung der Weizenlieferungen - kann neue Hungersnöte verhindern. Es ist Zeit, daß umgedacht wird. Lesen Sie, wie die Ziele einer von Verantwortung für Mensch und Umwelt getragenen Entwick-

lungshilfe aussehen müssen. Außerdem im neuen Heft: Hoimar v. Dittfurth und die Unternehmer - Bürgerinitiative: Drei junge Frauen retten ein Vogelschutzgebiet - Wie Computer unser Leben verändern - Bio-Handel: Zwei Wege, Naturkost an den Mann zu bringen - Die Naturschatzsuche. Hauptgewinn: ein Sperrgrundstück - Ernährungsbericht 1984 - Porträt: Oskar Lafontaine - ein „Hoffungsträger“ strebt zur Macht - Interview mit Willy Brandt: Die SPD und die Grünen - Buckelwale: Reportage aus dem Nordmeer - natur-praktisch: 19 Sonderseiten praktische Ratschläge.

**natur**  
Jetzt im Handel. Das Umweltmagazin.

# Worms will Nordrhein-Westfalen zum „nationalen Modell“ ausbauen

### Der Oppositionsführer gibt sich siegesgewiß / Keine Leihstimmen an die FDP

DW, Bochum  
Knapp vier Monate vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 12. Mai gibt sich der Spitzenkandidat der CDU-Opposition, Bernhard Worms, optimistisch. Er sehe eine „gute Chance“ dafür, die seit fast 20 Jahren ununterbrochen regierenden Sozialdemokraten abzulösen, erklärte Worms am Samstag auf der Landesversammlung der rheinischen und westfälisch-lippischen CDU in Bochum.

Hart ging Worms mit den seit 1980 in Düsseldorf allein regierenden Sozialdemokraten ins Gericht und warf ihnen „Mittelmaß, Ideenlosigkeit und landespolitischen Stillstand“ vor. Die „Mängelwirtschaft“ von Ministerpräsident Johannes Rau müsse ein Ende haben, um Nordrhein-Westfalen zu einem „nationalen Modell großer ökonomischer Schlagkraft“ zu machen. Als Folge der Versäumnisse der Landesregierung führte der Unionschef die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und den Rückstand des Landes bei den neuen Schlüsseltechnologien an.

Als Hauptaufgabe einer von der CDU geführten Landesregierung bezeichnete der Oppositionsführer die Überwindung der Beschäftigungskri-

se. Ein entsprechendes Programm zur Landtagswahl unter dem Motto „Arbeit schaffen - Umwelt schützen - Aufschwung sichern“ verabschiedeten die rund 200 Delegierten in Bochum ohne längere Diskussionen. Als weitere Programmpunkte nannte Worms unter anderem die Sanierung der Landesfinanzen, die Schaffung eines leistungsfreundlichen Klimas, den Abbau von Subventionen und die Förderung von Existenzgründungen. Im Bereich der Zukunftstechnologien möchten die Christdemokraten Nordrhein-Westfalen zu einem „Mittelpunkt“ in der Bundesrepublik Deutschland machen. Das Land dürfe nicht zu einer „technologischen Diwvpora“ werden.

Zu einer Koalitionsaussage fand Worms sich vor den Delegierten, die ihn mit 113 Stimmen bei nur einem Gegenwort zum Spitzenkandidaten kürten, nicht bereit. Den Wiedereinzug der im Parlament zur Zeit nicht vertretenen FDP bezeichnete er als „realistisch“. Allerdings müssten die Freien Demokraten dies aus eigener Kraft schaffen. Eine „Leihstimmen-Kampagne“ werde es nicht geben. „Wir kämpfen um jede Stimme“, sagte Worms. Über mögliche andere Konstellationen nach der Wahl zu

spekulieren, lehnte er ab. „Erst wird gezählt, dann wird gerechnet“, rief er seinen Parteifreunden zu.

Hinter Worms plazierte die Delegierten der beiden größten CDU-Landesverbände den Vorsitzenden der westfälisch-lippischen CDU, Kurt Biedenkopf. Als Stellvertreter erhielt er die gleiche Stimmenzahl wie Worms. Landtagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose, die wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin Christa Thoben und der Geschäftsführer der Landtagsfraktion, Ottmar Pohl folgen als nächste auf der Liste.

Ministerpräsident Johannes Rau erklärte auf einer Landeskongress der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Essen, bei der Landtagswahl werde sich entscheiden, ob die SPD „in der ganzen Bundesrepublik wieder mehrheitsfähig werden“ könne. Nordrhein-Westfalen müsse das „soziale Gewissen dieser Republik“ bleiben.

Scharf ins Gericht mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) ging der AfA-Bundesvorsitzende Rudolf Dressler. Blüms bisherige Leistungsbilanz sei nichts anderes als „ein sozialpolitisches Abbruchunternehme“, meinte er.

# „Gesetz für die Volkszählung nicht verzögern“

AP, Stuttgart

Die von der Bundesregierung für den 23. April 1986 geplante Volkszählung muß nach Angaben von Staatssekretär Franz Kroppenstedt vom Bundesinnenministerium erneut verschoben werden, wenn der Bundestag das Volkszählungsgesetz nicht noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet. In einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart sagte Kroppenstedt gestern zur Begründung, die statistischen Ämter bräuchten mindestens zehn Monate Vorbereitungszeit.

Wenn sich die parlamentarische Beratung verzögere, könnte frühestens im Frühjahr 1988 gezählt werden, weil die Erhebung nicht mit dem Bundestagswahlkampf im Jahr 1988 und der Wahl selbst im Jahr 1987 zeitlich in Verbindung gebracht werden solle.

# Lambsdorff für mehr Ausgabendisziplin

Mk, Bonn

Die Wirtschaftspolitik muß sich wieder stärker „an den Orientierungen der Politik der Wende“ ausrichten. Anlässlich der Eröffnung der internationalen Süßwarenmesse in Köln betonte der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP), die Zeit für Geschenke sei noch lange nicht gegeben. „Die Spenderbesen kleiden die Politiker der Wende schlecht.“

Für Lambsdorff bedeutet dies, in der Haushaltspolitik müsse strikte Ausgabendisziplin gewahrt werden, damit der Staatsanteil weiter zurückgeführt werden kann. „Die jetzt beabsichtigte Steuerreform ist unzureichend und zu familienlastig“, sagte der FDP-Politiker. Auf mittlere Sicht müßten weitere Schritte ins Auge gefaßt werden, um Leistungswillen, Risikobereitschaft und Anpassungsfähigkeit zu stärken. Der Subventionsabbau müsse angepackt werden.

# Berliner Katholiken für Bistums-Einheit

KNA, Berlin

Sowohl der Bischof von Berlin, Kardinal Joachim Meisner, der im Ostteil der Stadt residiert, als auch der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Berlin (West) haben erneut ihr Ziel bekräftigt, an der kirchlichen Einheit des politisch getrennten Bistums Berlin festzuhalten.

Der Vorsitzende des Diözesanrates, Jürgen Meyer-Wilmes, sagte anlässlich eines Empfangs am Freitag, die Katholiken freuten sich darüber, in einem einheitlichen Bistum zu leben, „dem weder natürliche Grenzen und Mauer nichts anhaben konnten“. Sie wünschten sich, daß dies so bleibe.

# Schwarz-Schilling weist Vorwürfe zurück

AP, Hamburg

Bundespostminister Schwarz-Schilling hat die Vorwürfe, aus dem Berliner Akkumulatorenwerk „Sonnschein“, das sich im Besitz seiner Familie befindet, gelangten giftige Substanzen in die Umwelt, als „ungeheure politische Umweltverschmutzung“ bezeichnet. In „Bild am Sonntag“ stellte der Minister eine Verbindung zwischen der Untersuchung der Schadstoffwerte durch das Berliner Institut für Technischen Umweltschutz, die der Sender Freies Berlin im Auftrag gegeben hatte, und dem Berliner Wahlkampf her.

Der Geschäftsführer des Werkes, Bruno Michalski, sagte in derselben Zeitung zu den in der Nähe der Fabrik ermittelten hohen Blei- und Thallium-Anteilen im Schnee: „Die Werte sind unwahrscheinlich. Wir zweifeln das an.“ Langjährige Vergleichsstudien des Senats hätten Werte unterhalb der zulässigen Höchstgrenze festgestellt. Zur Entkräftung der Vorwürfe hat die Firma jedoch den Berliner TÜV und ein unabhängiges Institut mit Gutachten beauftragt. Mit Thallium arbeite man überhaupt nicht.

# Bauspardarlehnen bei Rückkehr auf Dauer

rrt, Bonn

Türkische Arbeitnehmer, die für dauernd in ihre Heimat zurückkehren und in der Bundesrepublik Deutschland einen zuteilungsfähigen Bausparvertrag haben, sollen das Bauspardarlehen für den Erwerb von Wohnungseigentum in der Türkei verwenden können. Darauf haben sich Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und sein türkischer Amtskollege Mustafa Kalemli bei Gesprächen in Bonn verständigt. Die Rückkehr muß spätestens vier Jahre nach Inanspruchnahme des Darlehens erfolgen.

# Neuer Realismus im Europarat

WELT-Gespräch mit dem Generalsekretär vor der Konferenz der 21 Außenminister

JÜRGEN LIMINSKI, Straßburg

„Europa spielt eine unverzichtbare Rolle in den Ost-West-Beziehungen.“ Und die ab morgen tagende außerordentliche Konferenz der 21 Außenminister des Europarats werde jetzt, vierzig Jahre nach Jalta und wenige Wochen vor dem konkreten Beginn der umfassenden Abrüstungsverhandlungen in Genf diese Rolle bestätigen. Zwar gehören die Themen Abrüstung und Verteidigung nicht zu den spezifischen Aufgaben des Europarats. Als unverbindliches Forum der Abstimmung aber hätte diese Institution schon immer stimulierend auf Verhandlungen eingewirkt.

Marcelino Oreja überschätzt die Möglichkeiten der traditionsreichen europäischen Institution nicht. Der neue Generalsekretär des Europarats, der achte seit der Gründung des Rats im Jahre 1949, ist ein pragmatisch und nüchtern denkender Diplomat. Die internationale Bühne hat er als spanischer Außenminister noch vor dem Machtwechsel in Madrid kennengelernt. Für internationalen Pomp hat er nicht viel übrig, wohl aber für Effektivität im Rahmen der Möglichkeiten. Deshalb hat er sich für seine fünfjährige Amtszeit in Straßburg aus vorgenommen, die vielfachen Alltagsaufgaben des Europarats auf einige Prioritäten zurückzusetzen und darauf alle Kraft zu konzentrieren.

Zu diesen Aufgaben zählt für ihn die Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft gemäß dem Artikel 230 der Römischen Verträge („der bis heute nicht zu den formellen Abmachungen gehört hat, die man hätte erwarten können“), eine Straffung der Verfahren vor der Kommission und dem Gerichtshof für Menschenrechte („Wir befehlen ein Zusatzprotokoll zur Konvention vor, denn was nützt die Ringelbarkeit der Menschenrechte, wenn man bis zu sechs Jahre lang auf das Urteil warten muß?“), eine Erweiterung des Katalogs der Menschenrechte, zum Beispiel um das Recht auf eine saubere Umwelt oder auf den

Schutz der Persönlichkeit vor den Fortschritten der Informatik oder auch „im sozialpolitischen Bereich, auf Gleichheit zwischen Mann und Frau bei der Entlohnung geleisteter Arbeit. Für die Sozialcharta müsse ein Anwendungsmechanismus gefunden werden, damit es nicht bei glücklichen Ideen bleibe, die juristische Zusammenarbeit unter den 21 Mitgliedsländern müsse ausgebaut und vertieft werden.“

Oreja ist ein Caballero. Das Thema der Menschenrechte fasziniert ihn. Manchen Regierungen sei es nicht geneuer, daß eine einzelne Person in Straßburg Klage gegen ihren Staat



Marcelino Oreja FOTO: DPA

vergangen Woche mit dem neuen Präsidenten der Brüsseler Kommission, Jacques Delors getroffen. „Europa, das ist auch eine Summe menschlicher Wertvorstellungen, die über die wirtschaftliche Integration hinausgehen. Und der Integrationsprozess darf nicht jene Staaten ausschließen, die zwar nicht zur EG aber doch zu Europa gehören. Auch diese Länder sind am Aufbau Europas beteiligt. In diesem Rahmen ist die angestrebte Zusammenarbeit mit der EG zu sehen.“ Oreja ist ein Intellektueller mit Sinn für Realismus. Er sucht das treffende Wort und unterstreicht es mit futuristischen, abstrakten Zeichen auf seinem Notizblock. Gegen sinnlose Doppelarbeit sträubt sich sein juristischer Verstand. „Warum beschließt man den europäischen Paß nicht gleich für die 21 Mitgliedsstaaten des Europarats statt nur für zehn von ihnen, die gerade die EG bilden? Warum gibt es zwei Europatage in Europa, einen für den Rat und einen für die EG? Und wenn man schon Symbole schafft, warum führt man nicht eine einzige Flagge ein, statt für jede Institution eine, was den Bürger Europas verwirren muß?“

Es sei illusorisch, für die unmittelbare Zukunft auf eine Stimme Europas zu hoffen. Es sei aber realistisch, auf eine Abstimmung innerhalb der alten Welt hinzuwirken, wenn es um die Beziehungen Europas zum Vorderen Orient oder zu Lateinamerika gehe. Diesen Zweck verfolge die von dem deutschen Außenminister Genscher einberufene außerordentliche Konferenz in dieser Woche - es ist die erste dieser Art seit Bestehen des Europarats. Solche Initiativen sollten jedesmal wiederholt werden, wenn die internationalen Umstände es erforderten. Das müsse nicht erst bei einer äußeren Bedrohung der Fall sein. „Äußere Feinde finden wir heute auch innerhalb der Mauern. Man denke nur an den Terrorismus oder an den geistigen Werte Europas aushöhlenden Materialismus. Beide gefährden unsere Demokratie.“

einreichen könne und sie sehen darin „mit Recht“ einen gewissen nationalen Souveränitätsverlust zugunsten einer supranationalen Institution. Die Erfolge des Gerichtshofes jedoch hätten eine Dynamik entwickelt, der sich keine Regierung mehr entziehen könne, wenn sie weiterhin die demokratischen Prinzipien des Europarats anerkennen wolle. Hier sieht Oreja auch das Proprium des Europarats gegenüber den mehr wirtschaftlichen und technokratischen Institutionen der EG.

Die Zusammenarbeit mit der EG werde in Straßburg sehr gewünscht. Auch habe er sich deswegen in der

# Beim Wahlkampf-Auftakt der SPD war von der AL keine Rede mehr

### Defensiver Berliner Spitzenkandidat Apel / Unterstützung durch Rau / Lafontaine erkrankt

DW, Berlin  
Die Eintrittskarte für die 4000, die sich am Freitagabend zum Wahlkampfauftakt der Berliner SPD in der riesigen Arena des Internationalen Congress-Centrum (ICC) versammelt hatten, nannte gleich drei gute Gründe, SPD zu wählen: „Der dritte“ nach Hans Apel und Johannes Rau - fehlte jedoch: Oskar Lafontaine. Nach der Phonzahl gemessen bei der Nennung seines Namens, wäre er wohl zum Star des Abends avanciert, hätte ihn eine Blinddarment-Operation nicht am Berlin-Flug gehindert.

So blieb es neben einem ungewöhnlich defensiv agierenden Hans Apel dem Gast aus Nordrhein-Westfalen vorbehalten, die Berliner auf den Satz einzustimmen, der als Motto von der Sturmwind prunkte: „Höchste Zeit, wieder sozial zu wählen.“ Doch zu einem Zeitpunkt, wo „alles schon gelaufen scheint“ (SPD-Landeschef Peter Ulrich), vermißt Rau allzu aggressive Töne, versuchte vielmehr, den Parteiführern wieder ein Gefühl der Gemeinsamkeit zu geben. Rau sprach von einer „Kraft des Zusammenfindens“ und erinnerte gleichzeitig daran: „Holger Börner, Hans Apel und ich - wir sind alle ein Jahrgang, aber unterschiedliche Wege gegangen.“

Wohin der Weg nach dem 10. März für die Berliner Sozialdemokraten führt, welche politischen Konstellationen sich anbieten, darüber wurde an diesem Abend kaum gesprochen. Ein Optimismus, wie er noch fünf Tage vorher die Berliner CDU in der benachbarten Deutschlandhalle umwehte, blieb aus. Apel, der in seiner Rede - die billige Propaganda der CDU, diese Masse an Papier, die Flut von Reklame“ verdammte, mußte den Zweifeln in den eigenen Reihen beweisen, daß er selbst noch an die Wahlkampfmission glaubt. Doch für einen nach vorne drängenden Mann hieß er blank: „Wir müssen reden über die Massenarbeitslosigkeit, über die desolante Umwelt-Situation, die Lage der Normalverdiener, die Gefährdung des Friedens in Europa.“

In vielen Varianten handelte der Ex-Minister seinen Generalisierer ab: „Man schröpft die Kleinen, den Großen wird's gegeben.“ Die Bonner Rentenpolitik erfährt einmal mehr die Qualifizierung von „Schweinerien“, und auch bei seinem Kontrahenten Eberhard Diepgen wollte Apel eine „soziale Maske“ entdecken, die nur dafür aufgesetzt worden sei, die Renten zu „verkohlen“.

Deutlich wurde, daß Apel einmal

mehr am 10. März vor allem auf den hohen Rentner-Anteil der Stadt, die rund 90 000 Arbeitslosen und die Schüler und Studenten setzt. Diese Bevölkerungsgruppen müssen nach Apels Worten erkennen, daß die CDU „Wählerbetrug als zentrales Mittel ihrer Machterhaltung“ einsetzt. Stürmischer Beifall keimte erstmals bei der Forderung auf, die Apel in seinem Finale vertrat: „Am 10. März wird Schluß sein mit der rechtskonservativen Mehrheit. Und anschließend wird es keine große Koalition geben.“ Von der AL war nicht mehr die Rede. Zu oft hatte Apel ein Bündnis mit ihnen ausgeschlossen, als daß er eine Wiederholung für notwendig hielt.

Die rauhe Wirklichkeit der offenen Frage, wie es nach dem Wahltag weitergehen wird, brach nur einmal an diesem Abend durch. Eine Juso-Gruppe trug ein Transparent mit der Aufschrift „Initiative junger Wähler gegen Große Koalition - für Zusammenarbeit SPD/AL“ vor das Podium und entfernte sich im Zeitlupentempo. Später verkauften sie dann im Saal ein Papier, verziert mit einem Stempel, der die SPD-Blitze trug - rot die Blitze, grün der neugierige Stiel. Die Jugend hatte Hans Apel zum Wahlauftakt nicht auf seiner Seite.

# „Politischer Druck“ für den Hungerstreik

da, Karlsruhe

Etwa 1800 Sympathisanten der hungerstreikenden Häftlinge der Rote-Armee-Fraktion demonstrierten am Samstag am Sitz der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe für die „RAF“. Vorbereitet war geschlossenes „eine politische Demo“ zu machen - an diese Order, die bedeutete: kein Krawall, hielten sich die Demonstranten. Ihnen stand ein großes Polizeiaufkommen gegenüber: 800 Beamte begleiteten den Zug, mehr als 3000 standen in Bereitschaft oder durchsuchten Fahrzeuge, wobei es sieben vorläufige Festnahmen gab. Wegen der erkennungsdiagnostischen Maßnahmen (Fotos und Video) verzichteten etwa 500 Demonstranten auf eine Teilnahme, viele im Zug hatten ihre Gesichter in Tücher oder Stoffmasken verhüllt.

Auf den Transparenten und in den Reden ging es darum, eine „Einheit des Kampfes“ zwischen „denen drinnen und denen draußen“ zu berufen. Dabei wurden alle Aktionen gutgeheißen, die „politische Druck“ schaffen. Namentlich der Hungerstreik, Kundgebungen, Besetzungen und Flugblattaktionen fanden Erwähnung. Im Aufzug ist dieser Aufzählung ein „usw.“ hinzugefügt, und jedem Demonstranten war wohl klar, welche Straftatbestände damit gemeint sind. Deutlich wurde dies dadurch, daß ein Bild von „Jonas, einer von uns“ den Zug anführte - damit war Timme gemeint, der von seiner Bombe getötet worden war. Nach der Kundgebung pilgerten etwa 100 Sympathisanten an sein Grab in Ettlingen.

Als Organisatoren traten unter anderem Angehörige von Inhaftierten auf. Es ist jedoch zweifelhaft, daß sie die Fäden in der Hand hielten. Mitten im Zug ging Rudolf Bahro, bis Dezember im Vorstand der Grünen. Viele radikale Türken waren dabei. Parolen und Transparente machten deutlich, daß die Ausrichtung des Terrors als Anti-NATO-Kampf und die Internationalisierung dieses Kampfes in den Vordergrund gerückt ist.

# Grüne bezeichnen Hungerstreik als „Notwehr“

DW, Freiburg

Bei den Grünen herrscht offensichtlich Uneinigkeit über die Beurteilung des Hungerstreiks der RAF-Häftlinge. Der Bundeshauptausschuss der Grünen hat am Samstag den Aufruf der Bundestagsfraktion der Grünen an die RAF-Häftlinge verworfen, ihren Hungerstreik zu beenden. Stattdessen schloß sich der sogenannte kleine Parteitag, das oberste Beschlussgremium der Partei zwischen den Parteitagen, in Freiburg einer Erklärung des Bundesvorstandes an, worin der Hungerstreik als „Notwehr-Maßnahme“ und nicht als „Angriff auf den Staat“ bezeichnet werden war. Der nordrhein-westfälische Landesvorstand der Grünen forderte am gleichen Tag die Auflösung der Hochsicherheitsstrafe in den Justizvollzugsanstalten.

Die Uneinigkeit vierteilte die Grünen am Wochenende auch in der Frage der Rotation. Während die nordrhein-westfälischen Parteimitglieder nach einer Entscheidung der Landesdelegierten-Konferenz der Grünen ihr Mandat über die volle Legislaturperiode ausüben dürfen, heizte die Mitgliederversammlung der Bremer Grünen die Rotation als „kein Hindernis zur Fortsetzung bisher erfolgreicher Politik“. Deshalb sollen die fünf grünen Abgeordneten in der Bremer Bürgerschaft „unabhängig von ihrem Recht auf ein freies Mandat“ im Herbst ihr Mandat für die Nachrücker freimachen.

Unterdessen hat sich am Wochenende die Diskussion innerhalb der SPD über den Kurs gegenüber den Grünen verstärkt. Der SPD-Vorsitzende Brandt hat den rechten Flügel seiner Partei davor gewarnt, die Umweltthematik den Grünen zu überlassen und sich mehr nach rechts orientieren zu wollen. Ökologie und Ökonomie seien miteinander vereinbar. Für den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau, der sich kritisch zur Politik der Ökopaartei äußert, sind die Grünen gleichwohl „in mittelfristiger Sicht ein parlamentarischer Partner“.

# Berlin: Verhalten der AL gegenüber SPD weiter offen

F. D. Berlin

Auf der Suche nach ihrem Selbstverständnis tritt die Berliner Alternative Liste (AL) weiter auf der Stelle. Auch im zweiten Anlauf scheiterte am Wochenende der Versuch von 500 der mehr als 3000 Parteimitglieder, eine eindeutige Entscheidung über ihr Verhältnis zur SPD nach dem Wahlo am 10. März zu treffen. Weil sich Befürworter und Gegner einer Zusammenarbeit mit den Berliner Sozialdemokraten immer noch die Waage hielten, entigte sich die Partei salomonisch auf den kleinsten gemeinsamen Nenner: Nach dem Wahltag will man weitersehen.

Hinfallig ist damit der Beschluß, in jedem Fall eine Koalition oder eine Tolerierung eines denkbar SPD-Minderheitsensates abzulehnen. Die Bandbreite der innerparteilichen Strömungen ist groß: Sie beginnt beim Bundestagsabgeordneten Dirk Schneider, der ein konkretes Koalitionsangebot an die SPD und „mindestens vier Senatorenstimmen im Senat“ fordert, sie endet bei den sogenannten „Fundamentalisten“, die in Parlamentsarbeit nur etwas sehen, „was dazu dient, die Macht der Herrschenden abzuschöpfen“.

Trotz gespaltener Lager könnte die AL, der Demoskopien mit rund 14 Prozent des größten Stimmengewinn vorausgehen, auch von der spektakulären Auflösung des Berliner Landesverbandes der „Grünen“ profitieren, zumindest mit zusätzlichem Imagegewinn. Der Bundeshauptausschuss der „Grünen“ faßte diesen Beschluß am Wochenende in Freiburg auf Grund der neonazistischen Unterwanderung des ohnehin nur 100 Mitglieder starken Landesverbandes. AL und „Grüne“ waren bislang unabhängige Organisationen, doch die Diskussionen um die radikale Unterwanderung der Berliner „Grünen“ haben sich natürlich in der öffentlichen Meinung auf uns ausgewirkt, so AL-Sprecher Müller-Schoenau. Die Bundespartei der „Grünen“ will jetzt der AL anbieten, nach den Parlamentswahlen offiziell neuer Berliner Landesverband zu werden.

# „Pazifismus führt zur Knechtschaft“

### Chaban-Delmas zeigt sich in Bonn als Mann der Kontinuität / Europa und die Allianz

C. GRAF SCHWERIN, Bonn

„Ein Bundesstaat Europa ist nicht erreichbar, wenn er vielleicht auch ideal wäre. Man soll die Verträge von Rom extensiv anwenden und sich nicht in schöbe Theorien begeben. Diese Worte von Pompidou einstigen Premierminister Jacques Chaban-Delmas vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik dieser Tage in Bonn dienten offenbar einer gewissen Ermüchtung der Europa-Vorstellungen. Bundeskanzler Kohls. Ob die französischen Parlamentswahlen im März 1986 einen politischen Wechsel bringen werden, konnte heute niemand voraussagen, meinte Chaban, „sicher aber wird es keinen Wechsel in der Außenpolitik geben“. Auf diesen Hinweis hatten die Zuhörer gewartet. Von dem derzeitigen Bürgermeister von Bordeaux wird angenommen, daß er im nächsten Jahr eine wichtige Rolle spielen könnte, wenn Mitterrand sich nach den Wahlen einer nichtsozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung gegenübersehen sollte.

Chaban redete nicht nur einem außenpolitischen Konsensus aller Parteien („mit Ausnahme der kommunistischen“) das Wort, so wie das alle französischen Politiker im Ausland zu tun pflegen, er sprach vielmehr

auch so, als verkörpere er ein politisches Kontinuum, mit dem man in Zukunft rechnen dürfe und solle. Daß da niemand sich etwas vormache: Es werde nicht zu einer von Präsidenten der Gesellschaft, Günter Diehl, angedeuteten „problematrischen Lücke“ in der deutsch-französischen Zusammenarbeit kommen.

Chaban sieht im deutsch-französischen Vertrag das Kernstück Europas. Er sieht dieses Europa pragmatisch, was meinen soll, in seinen ökonomischen Möglichkeiten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit müsse weiterhin gefördert, der innere Markt „stabilisiert“, die Rolle des Ecu gestärkt, ein gemeinsamer Widerstand gegen den Dollar aufgebaut werden. Europa, das sich aus „Nationen zweiter Ordnung“ zusammensetze, könne seine Kraft, die es zu mobilisieren finde, nur aus sich selbst heraus finden. Die Zahl von gegenwärtig 13 Millionen Arbeitslosen in der Gemeinschaft empfinde er als eine Niederlage Europas, ein Versagen auch der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Als vorrangige Aufgabe nannte Chaban die „Verteidigung der Umwelt“, dies sei mehr als nur ein psychologischer Faktor. Frankreich habe sich das zu spät bewußt ge-

macht, wegen seiner andersartigen Industriestruktur und der Zentralisierung seiner Administration. Man müsse Industrieprojekte von europäischer Dimension gemeinsam verwirklichen, Forschung und Technologie noch mehr als bisher gemeinsam betreiben.

Aber die „Entwicklung Europas ist nur denkbar innerhalb der atlantischen Allianz“. Deutschland, so Chaban, sei ein Partner ersten Ranges, und die wiederholte Frage, ob Frankreich Deutschland an vorderster Linie verteidigen werde, sei falsch gestellt. Es gehe der Grundsatz des Atlantischen Bündnisses: Jeder Angriff auf eines seiner Mitglieder ist ein Angriff auf alle Mitglieder. Aber es käme nicht nur auf eine gemeinsame Verteidigung im Falle eines Angriffs an, man müsse vielmehr auch zu einer „gemeinsamen Abschreckung“ finden. Die „Vision von Europa“ sei nach dem letzten Krieg aus gemeinsamer Bedrohung erwachsen. Diese Bedrohung existiere noch heute. Es gebe jedoch nicht allein die militärische Gefahr, sondern auch psychologische Schwächen, mit denen man fertig werden müsse. „Der Pazifismus“, warnte der französische Politiker, „öffnet den Weg in die Knechtschaft.“

# Regie führt die Partei

### Beobachtungen im geschlossenen Gerichtssaal von Thorn

RICHARD ESTARIOL, Thorn

Nicht die Polizei, sondern die polnische Armee hat die Sicherheitskontrollen im Gebäude des Wojewodschaftsgerichtes von Thorn übernommen, in dem der Prozeß gegen die Mörder des Priesters Jerzy Popieluszko spektakulär aufgeführt wird. Einheiten der polnischen Rangertruppen stehen in Felduniform vor dem Eingang zum Saal 40. Es schaut so aus, als ob General Jaruzelski zeigen möchte, daß die „Kommunisten in Uniform“, wie er seine Armee gerne bezeichnet, im Lande noch immer das Heft in der Hand haben.

Die Bevölkerung von Thorn hat sich noch nicht daran gewöhnt, daß in ihrer Stadt einer der sensationellsten Prozesse der polnischen Nachkriegszeit abläuft. Verstoßenen Blicken schauen die Passanten über die Schultern der Polizisten, die die umliegenden Straßen zum Gerichtsgelände blockieren. Nur mit einem Passierschein, der die Unterschrift des Gerichtspräsidenten trägt, kann man die Kontrollposten passieren.

Der Sitzungssaal faßt etwa hundert Personen. Zwei Drittel des Publikums werden in den Kontroll-Listen als „Staatsangestellte“ geführt: Ein Rundblick im Saal läßt vermuten, daß es sich größtenteils um Angestellte des gleichen Ministeriums handelt, und zwar um das, in dem die vier angeklagten Polizisten als Sicherheitsoffiziere bis zur Aufdeckung des Mordes und ihrer Degradierung ge-dient hatten.

# Weltkongreß: Mißtöne in Wien

RS, Wien

Voller Hoffnungen, aber auch mit deutlichen Mißtönen begann am Wochenende die Tagung des Jüdischen Weltkongresses in Wien. Die Tatsache, daß Österreich sich bemüht hat, seine Vergangenheit aufzuarbeiten, wurde vom Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, in der Eröffnungssitzung gewürdigt. Gleichzeitig jedoch drückte er den „Zorn, Ärger und die Betroffenheit der jüdischen Welt“ über die Art des Empfanges des ehemaligen SS-Sturmbannführers Roder aus. Roder repräsentiere alles, was der jüdische Weltkongreß als internationale Menschenrechtsorganisation ablehne und verabscheue. Noch deutlicher wurde der Vorsitzende des zionistischen Weltkongresses, Arie Dubin, der politische Konsequenzen aus dem Fall verlangte. Der österreichische Kanzler Sinowatz hatte in seiner Begrüßungsrede den Empfang Roder als politischen Fehler bezeichnet. Dies wurde vom jüdischen Humanisten und Schriftsteller Elie Wiesel zurückgewiesen: es sei in erster Linie ein ethischer, ja ein ästhetischer Fehler gewesen. Sinowatz betonte, Österreich wisse es zu würdigen, daß der Jüdische Weltkongreß in Wien tagt. Der Kanzler betonte aber auch das „Recht der Palästinaer auf eigene Entscheidungen“. Dies wurde von vielen Delegierten als Affront betrachtet. Es wurde zurückgewiesen, daß Sinowatz auf diese Weise intervenierte. Von dem Kongreß werden Resolutionen zur Lage der Juden in allen Teilen der Welt erwartet.

So wie die Lage steht, ist ein Ende des Prozesses vor Monatsende nicht zu erwarten. Mehr als 60 schriftliche Zeugnisaussagen sind noch zu verlesen. Und mit Entfallen der behördlichen Regie ist immer zu rechnen.

# „Ein Anlaß zum Feiern und auch zum Trauern“

## Diskussionsveranstaltung des „Forum Gießen“ zum 8. Mai

**AXEL SCHÜTZSACK, Hamburg**  
Zwischen Krieg und Frieden - 40 Jahre nach der Stunde Null, so lautet das Motto einer Diskussionsveranstaltung des „Forum Gießen“ in der Aula der Justus-Liebig-Universität. Die Formulierung des Themas zielt auf die zentrale Frage, wie 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (des Tages gedacht werden soll, an dem mit der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 manifest wurde, daß sich das Bild Europas fundamental geändert hatte.

Ist dieses historische Datum allein zum Feiern geeignet, oder ist es ein Tag, an dem neben den Feiern auch Trauer angebracht ist? Auf diese Fragestellung spitzte sich zu Beginn der Diskussionsveranstaltung ein Streitgespräch zwischen dem russischen Dichterschwarm, ehemaliger sowjetischer Oberst und derzeitiger Leiter der Abteilung für internationale Politik und des Moskauer Diplomatenschule und dem Amerikaner John Kornblum, Leiter der Zentraleuropa-Abteilung im Washingtoner State Department zu.

Daschitschew meldete gleich zu Beginn Bedenken gegen die Formulierung des Tagungsthemas an. Er bedauere das Motto des Forumsdiskussion. Schließlich sei der 8. Mai 1945 der Beginn einer 40jährigen Friedensperiode gewesen. In der Sowjetunion habe, sei der 8. Mai ein großer Feiertag. Die Abkommen von Jalta und Potsdam seien das Fundament einer stabilen Friedensordnung. Daschitschew wies den Gedanken weit von sich, daß diese beiden Abkommen die Grundlage für die Zurückkehr Deutschlands und die Spaltung Europas gelegt hätten. Eine solche Interpretation sei weder durch die Vertragstexte noch durch die sowjetische Haltung gedeckt. Schuld an der Teilung seien allein die Bundesrepublik und die Westmächte.

Der Amerikaner Kornblum setzte deutlich andere Akzente. Eine weitestgehend stabile Friedensordnung, so wie sie den Amerikanern als Kriegsziel vorgeschwebt habe, sei 1945 nicht entstanden. Zwar herrsche in Europa Frieden, doch insbesondere für die Europäer, für diejenigen, „die an den

Grenzen leben“, sei dies ein unruhiger Friede, der möglicherweise noch unruhiger werde.

Europa sei durch Beton und Stacheldraht getrennt. Und daher könne man auch keineswegs von einer stabilen Friedensordnung sprechen. „Wir können nicht sagen, daß die Geschichte bereits ein letztes Wort gesprochen hat“, erklärte Kornblum. Im Rückblick auf das Ende des Krieges mit der Beseitigung der Hitler-Diktatur und angesichts der problematischen Friedensordnung, die in Europa entstanden ist, meinte Kornblum, der 8. Mai sei ein Tag, der sowohl zum Feiern als auch zum Trauern Anlaß gebe.

In ähnlicher Weise äußerte sich der französische Politologe und Publizist Alfred Grosser. Man solle den 8. Mai als das Ende der Hitler-Diktatur feiern. Für die Deutschen sei dieses Datum aber zugleich ein Tag der Niederlage und der Trauer. Grosser würdigte „die enorme Leistung“ der Bundesrepublik für den Frieden in Europa. Die deutsche Frage sei nach wie vor offen, aber auf absehbare Zeit nicht lösbar.

Es war symptomatisch, daß sich die unterschiedlichen Auffassungen zwischen dem Russen Daschitschew und seinen westlichen Gesprächspartnern Kornblum, Grosser und Morgan über den 8. Mai und die europäische Nachkriegsordnung an der Kontroverse über die deutsche Frage festzurten.

Daschitschew erklärte, nachdem das Deutsche Reich im Feuer des Zweiten Weltkrieges untergegangen sei, seien zwei souveräne deutsche Staaten entstanden. Eine offene deutsche Frage gebe es nicht. Als Rezept zur Stabilisierung der europäischen Nachkriegsordnung bot er die „friedliche Koexistenz“ an.

Kornblum widersprach heftig. Die deutsche Frage sei keineswegs gelöst. Dies sei auch durchaus den Sowjets klar. Schließlich habe Moskau weiterhin an seiner Verantwortung für Deutschland als Ganzes konsequent fest. Das Viermächte-Abkommen über Berlin, das auch die sowjetische Unterschrift trage, sei der dokumentarische Beweis für die ungelöste deutsche Frage.

# „Auschwitz - Mahnung und Herausforderung“

Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz fand gestern im Jüdischen Gemeindehaus in Berlin eine Gedenkfeier statt. Neben dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen nahmen u. a. Für uns ist es unerträglich, mitanhören zu müssen, wie immer noch die Vergangenheit zu einem Problem der Quantität herabgemindert und die Schuld womöglich bei anderen gesucht wird.

Es war und ist uns fremd, die kollektive Schuld dem ganzen deutschen Volk als nie vergehenden Makel anzulasten. Trotzdem kann niemand so tun, als hätte die Zeit alle Wunden geheilt, kann sich niemand der historischen Verantwortung entziehen. Der Name Auschwitz erinnert immer wieder aufs neue an die schrecklichen Ereignisse, als das Hakenkreuz seinen furchtbaren Schatten auf Europa warf. Mit dem Namen Auschwitz ist noch heute eine Mahnung und Herausforderung verbunden, die uns alle angeht.

Auschwitz ist zu einem Symbol geworden, dessen Aussagekraft auch 40 Jahre nach der Befreiung nicht nachgelassen hat. Von diesem Namen geht eine unvergängliche und grausige Warnung an die Menschheit aus: Laßt nichts ungetan, um ein zweites Auschwitz - wo auch immer auf der Welt - zu verhindern!

Die Tragödie von Auschwitz und aller anderen Orte nationalsozialistischer Schreckensherrschaft beschreibt nicht nur ein Kapitel jüdischer Geschichte. Kein Volk lebt für sich allein. Die historischen Ereignisse, soziale und politische Kämpfe einer Nation haben Einfluß auf die Entwicklung anderer Völker. Der Nationalsozialismus macht bei der Vernichtung seiner Feinde keine nationalen Unterschiede, und er hätte nach dem jüdischen Volk auch andere Völker zu unterdrücken oder auszurotten versucht.

Möge der Glaube an die menschliche Solidarität eine Lehre sein, die wir aus dem Gedankens an Auschwitz ziehen. Doch mit der Niederrung des Nationalsozialismus in Deutschland sind Totalität, Unterdrückung und Intoleranz nicht aus der Welt gewichen. Wollen wir hoffen, daß jenes nationalsozialistische Inferno einmalig in der Menschheitsgeschichte bleibt. Aber büßen wir uns davor zu glauben, es sei ein Überfall der Geschichte gewesen, ein politischer Mißgriff, der sich nicht wiederholen kann.

Doch es ist leider eine bedauerliche Tatsache, daß jene Mächte, die einst gemeinsam den nationalsozialistischen Unrechtsstaat besiegten und im Kampf für den Frieden in Europa große Opfer brachten, sich heute als Gegner gegenüberstehen und damit neue Gefahren für den Weltfrieden entstanden sind.

Deshalb hoffen wir ganz besonders, daß die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen der Supermächte zu einem Ergebnis führen. Lassen Sie mich daher, meine Damen und Herren, diese Stunde des Gedenkens zu einem Appell nutzen, hier von Berlin aus, jener Metropole, von der die Vernichtung des Judentums und die Unterwerfung Europas geplant und organisiert wurde, von einer Stadt aus, die heute durch ihre Teilung die Uneinigkeit der Völker der Welt dokumentiert: Ich appelliere an die politische Verantwortlichen in Ost und West, nie jene Werte von Humanität und Freiheit zu vergessen, die damals den Alliierten die moralische Kraft im Kampf gegen ein unmenschliches Regime gaben.

In Auschwitz starben Menschen unterschiedlicher Nationalität, auch Nichtjuden. Sprache und Kultur trennten sie im Leben, doch ihre Leiden unter dem Nationalsozialismus haben sie über alle Differenzen hinweg geeint.

Heute sind an dieser Stelle Alliierte und Deutsche, Juden und Nichtjuden versammelt, um Auschwitz und der Opfer zu gedenken. Vieles mag uns trennen, aber was uns verbindet, ist wesentliches und wichtiger: Der Glaube an eine freiesittliche, humane Zukunft, an ein Zusammenleben in Selbstbestimmung. Der Glaube an Humanität als ein internationales Ideal, unabhängig von Grenzen, Systemen, Sprachen, Rasse oder Religionen.

Auch jene, die in Auschwitz umkamen, waren in diesem Glauben geeint, der ihnen Mut gab, ihre Qualen und den Tod zu ertragen. Hinzu kam für viele der Glaube an die Befreiung

ich mir das Recht, auch an jene große Macht zu appellieren, deren Soldaten am 27. Januar 1945 die Überlebenden von Auschwitz befreiten, Israel mehr Gerechtigkeit zukommen zu lassen und den Menschen in der Sowjetunion, die in Israel eine neue Heimat finden wollen, mehr Freizügigkeit zu gewähren.

Unser Standpunkt ist klar definiert. Wir wenden uns gegen jede Art von Terror und Radikalismus, weil wir wissen, welches Leid damit verbunden ist. In diesem Zusammenhang sei mir eine Bemerkung an die Adresse junger Bundestagsabgeordneter der Grünen erlaubt, die in einer Delegation Israel bereiten und sich einseitig und feindselig gegenüber dem jüdischen Staat verhalten. Niemand bestreitet ihnen das Recht, Kritik zu üben; Herabwürdigung der Motive des Existenzkampfes des jüdischen Staates aus politischer Einseitigkeit muß jedoch zurückgewiesen werden. Man kann nicht einerseits die Opfer des Nationalsozialismus beklagen und andererseits eine Haltung gegenüber dem Staat Israel, in dem auch viele Nachkommen ehemaliger KZ-Häftlinge leben, an den Tag legen, die jede Objektivität vermissen läßt.

Auch diesen Abgeordneten sei es gesagt, daß sie sich nicht aus der Verantwortung einer schrecklichen Vergangenheit heraushehlen können. Ich weiß, niemand kann ein Gewissen nur durch gute Worte herstellen. Aber wir können Einsichten vermitteln, Einsicht in die Pflicht und Verantwortung, die wir übernommen haben. Nichts wäre fürchterlicher, als wenn unsere heutige und kommende Generationen sich davon völlig freisprechen wollten, wenn sie nichts als Warnung oder Lehre aus der Geschichte in die Gestaltung der Gegenwart einbeziehen würden.

Darum geht mein Appell in dieser Gedekstunde an Eltern, Lehrer, Erzieher, Richter und Gesetzgeber, aber auch an jeden einzelnen von uns, ein Stück dazu beizutragen, daß es nie wieder ein Auschwitz geben kann und jeder Ansatz einer inhumanen Ideologie im Keim erstickt. Dazu bedarf es bewußter, entschlossener Demokratie, die Demokratie nicht als Bekenntnis zur Wehrlosigkeit gegenüber radikalen Tendenzen betrachtet und aus einer falsch verstandenen Toleranz Demagogen in unserer Mitte duldet, sondern die unter Demokratie auch Stärke und Stabilität versteht.

Vielleicht mußte der Welt die Tragik jüdischer Heimatlosigkeit am grauenhaften Beispiel von Auschwitz vor Augen geführt werden, um in der Weltöffentlichkeit Sympathie und Zustimmung für die Gründung Israels zu finden.

In diesem Sinne waren auch die Opfer von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern Wegbereiter des Staates Israel. Sie kämpften so für die Schaffung einer schützenden Heimat, die hätte es sie nur zehn Jahre früher gegeben, vielen das Leben gerettet hätte.

Um so beschämender ist die Tatsache, daß nach den leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit die Existenz des jüdischen Staates immer noch gefährdet ist, daß die Grenzen Israels bis zum heutigen Tag gegen Angriffe verteidigt werden müssen und daß den jüdischen Menschen dort auch 40 Jahre nach dem Holocaust das Recht auf einen dauerhaften Frieden versagt bleibt.

Als ehemaliger Auschwitzler nehme

die damals den Alliierten die moralische Kraft im Kampf gegen ein unmenschliches Regime gaben. In Auschwitz starben Menschen unterschiedlicher Nationalität, auch Nichtjuden. Sprache und Kultur trennten sie im Leben, doch ihre Leiden unter dem Nationalsozialismus haben sie über alle Differenzen hinweg geeint.

Heute sind an dieser Stelle Alliierte und Deutsche, Juden und Nichtjuden versammelt, um Auschwitz und der Opfer zu gedenken. Vieles mag uns trennen, aber was uns verbindet, ist wesentliches und wichtiger: Der Glaube an eine freiesittliche, humane Zukunft, an ein Zusammenleben in Selbstbestimmung. Der Glaube an Humanität als ein internationales Ideal, unabhängig von Grenzen, Systemen, Sprachen, Rasse oder Religionen.

Auch jene, die in Auschwitz umkamen, waren in diesem Glauben geeint, der ihnen Mut gab, ihre Qualen und den Tod zu ertragen. Hinzu kam für viele der Glaube an die Befreiung

es konfrontiert, der der mörderischen Praxis von Auschwitz zugrunde lag. Erschrocken stellen wir immer wieder fest, daß es immer noch Menschen gibt, die nichts aus der Geschichte lernen wollen, die die Augen verschließen vor der grauenhaften Tatsache der Ausrottung jüdischen Lebens, die an den Irriehren, dem Dünkel und der Arroganz eines schrankenlosen Nationalismus festhalten. Das verabscheuungswürdige an ihnen ist nicht so sehr, daß sie einst Nazis waren, sondern vielmehr, daß sie es geblieben sind und offensichtlich bleiben wollen. Ihnen bleibt es obdunkel freigestellt, ihre Gesinnung in aller Öffentlichkeit kundzutun.

Hier setzen meine Kritik und Befremdung als ehemaliger Auschwitzler ein. Darf eine Demokratie so nachlässig, gedankenlos und über alle Maßen tolerant gegenüber jenen Kräften sein, die ihr den Niedergang wünschen? Ich meine nein!

Die Geschichte Weimars hat uns diesbezüglich eine deutliche Lektion erteilt. Auch der demokratische Staat muß sich, um lebensfähig zu bleiben, gegen alle schützenden, die ihn bedrohen. Für den Schutz dieser Gesellschaftsordnung, die letztlich für uns als Minderheit die Basis für ein gesichertes Miteinander bedeutet, tragen alle seine Bürger Verantwortung. Wir haben als Juden in Deutschland diese Aufgabe in der Vergangenheit sehr ernst genommen und zu gegebenen Anlässen oft Kritik geübt, haben auf Mißstände hingewiesen und Tendenzen aufgezeigt, denen es entgegenzuwirken galt. Oft gab uns die spätere Entwicklung recht.

Wir haben angesichts der Taten von Auschwitz ein Mandat übernommen. Aber diese Tragödie unserer Taten ist nicht nur ein Kapitel der jüdischen Geschichte. Kein Volk lebt für sich allein, und die Ereignisse der Geschichte eines jeden Volkes haben allgemeine Bedeutung für die Menschheit. Der Sinn dieses tragischen Kapitels, dessen wir heute gedenken, ist der einer unvergänglichen Warnung.

Das sage ich auch im Hinblick auf die Bedeutung des 8. Mai 1945. Dieses Kapitel hat die Welt gelehrt, was die Übersteigerung des Nationalismus und eine wahrhaftig gewordene Rassenlehre für Unheil in die Welt bringen können. Was Hitler den Juden angetan hat, tat er auch in minderen Maße anderen Völkern an. Und wären seinem Regime Dauer und Bestand gegeben worden, so wären wahrscheinlich manche andere Völker den Weg dieser jüdischen Opfer gegangen.

Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um die Existenz des jüdischen Volkes hier und andersorts zu schützen. Diese Aufgabe können wir aber nur im Zusammenhang mit anderen demokratischen Kräften in dieser Stadt, diesem Land und anderen Staaten der freien Welt erfüllen. An sie appelliere ich in dieser Stunde: Richtet den Blick nach Auschwitz...

Wenn wir in dieser Stunde der Opfer gedenken, so geloben wir, ihre Mahnung in die Welt zu tragen. Wir geloben, nicht nachzulassen im Kampf für menschliche Gerechtigkeit und Frieden. Wir geloben, den Namen Auschwitz und alles, was damit dieser Vergangenheit, aber nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, damit Menschen nie wieder ein Auschwitz erdulden müssen.

Immer wieder sehen wir uns mit unverarbeiteten Resten jenes Unge-



Heinz Gollast war selbst Inzosse im Konzentrationslager Auschwitz (Foto: Klaus Meiner)

# Engelhard: „Auschwitz-Lüge“ unter Strafe stellen

## Neonazismus soll „an der Wurzel bekämpft“ werden

Jedes Aufflackern von Neonazismus muß nach den Worten von Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) auch durch gesetzgeberische Maßnahmen „an der Wurzel bekämpft“ werden. Gegenüber der israelischen Zeitschrift „Maariv“ erklärte Engelhard zum gestrigen 40. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, „tatsächlich“ gebe es „unter uns Leute, die es wagen, die historische Wahrheit in Frage zu stellen“. Deshalb komme jetzt einer möglichst raschen Verabschiedung des 21. Strafrechtsänderungsgesetzes, mit dem die sogenannte Auschwitz-Lüge unter Strafe gestellt werden soll, eine besondere Bedeutung zu. Denn wer heute wie-

der auf die Nazi-Ideologie zurückkommen wolle, mache dies auf Umwegen. Er beginne mit der Behauptung, daß nicht alles, was über diese Zeit gesagt wird, zutreffend sei.

Nach WELT-Informationen hat sich der Rechtsausschuß des Bundestags in der letzten Woche über den Entwurf der Novelle geeinigt. Offen ist allerdings noch, wie und ob „das Billigen und Leugnen von an Deutschland begangenen Verbrechen“ als Straftatbestand in das neue Gesetz aufgenommen wird. Hier wird zur Zeit im Bundesjustizministerium nach einer Lösungsmöglichkeit gesucht. Eine Einigung über diese Frage wollen die Rechtsexperten der Koalition auf einer Tagung in Berlin Mitte dieser Woche herbeiführen.

# DER SPIEGEL

In dieser Woche:

- Kohls Nachbarschaftshilfe für FDP-Scholl
- Bonn will Leihmütter verbieten
- Atomfabrik für 10 Milliarden: Deutschlands größte Fehlinvestition
- Kauft VW den spanischen Autohersteller Seat?
- Angst vor Aids: Bericht aus der Szene
- SPIEGEL-Serie über die Davongekommenen von Jalta: Wie Finnland „finlandisiert“ wurde
- Polizei: Mit der Kralle gegen Falschparker.

Priestor Popieluszko

Wie der Geheimdienst mordete

## PROZESS

IN POLEN

Vierzigster Jahrestag der Kapitulation - Feiern, Gedenken - in welcher Weise?

# Der 8. Mai und das Ausland

## VEREINIGTE STAATEN

### Propaganda-Absichten der Sowjets durchschaut

FRITZ WIRTH, Washington

Der 8. Mai wird in den Vereinigten Staaten ein Tag der Erinnerung, nicht aber ein Tag der Feiern sein. Mit diesem Satz charakterisierte ein leitender Beamter der Reagan-Administration die geplante und - verglichen mit anderen Siegermächten - distanzierte Einstellung der USA zu diesem Ereignis.

Es gibt für kein Land in der Welt eine Notwendigkeit, den 8. Mai zu feiern, bestenfalls ein Bedürfnis. Wo ein derartiges Bedürfnis vorhanden ist, kann es sein Motiv in der politischen und propagandistischen Vermarktung dieses Ereignisses haben, wie in der Sowjetunion, oder es sagt etwas über das angeschlagene Selbstbewusstsein und den Mangel an Erfolgserlebnissen einer Nation aus, wie beispielsweise in Großbritannien.

Keines solcher Motive trifft für die Vereinigten Staaten zu und deshalb ist der 8. Mai in diesem Lande bisher kein Thema gewesen. Die amerikanische Presse hat ihn bisher kaum zur Kenntnis genommen und die Öffentlichkeit diskutiert sich weder in eine nachträgliche Siegestimmung hinein noch befaßt sie sich intensiv mit der besonderen Problematik, die dieses Datum für die Bundesrepublik hat.

In der Administration selbst jedoch ist man sich dieser Problematik spätestens seit dem letzten Kanzlerbesuch am 1. Dezember bewußt, bei dem Helmut Kohl dieses Thema bei fast allen Gesprächspartnern anschnitt. Seither ist die Haltung Washingtons ziemlich klar. Die Reagan-Administration wird nichts unternehmen, was die Bundesrepublik kompromittieren oder das Verhältnis zu Bonn belasten könnte.

„8. Mai-Paradox“

Danach sind diese Schwierigkeiten entstanden, weil Michael Deaver, der Planungschef solcher Reisen, der auch die Auftritte Ronald Reagans bei den Feierlichkeiten zum „D-Day“ im letzten Jahr in der Normandie im wesentlichen arrangierte, erkrankt ist. Außerdem ist der unmittelbare Vorgesetzte Deavers, der Stabschef des Weißen Hauses James Baker, seit einigen Wochen in erster Linie mit seinem bevorstehenden Umzug in die Treasury befaßt.

Mit Nachdruck jedoch wird von der Reagan-Administration versichert, daß Washington bisher keinerlei Vorschläge für das Besuchsprogramm des Präsidenten an die Bundesregierung gemacht hat und daß dementsprechend auch die amerikanische Seite der Wunsch nach einem Besuch des Konzentrationslagers in Dachau geäußert worden ist.

Ebenso unwahrscheinlich ist es, daß Reagan seinen Europa-Aufenthalt nutzt, um ein Treffen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Tschernomko zu arrangieren. Der Präsident hat wiederholt versichert, daß ein derartiges Treffen nur sinnvoll sei, wenn ein hinreichendes Maß an Erfolg und ein Minimum an falschen Erwartungen gewährleistet ist. Das „Wall Street Journal“ vermutet hinter dieser Zurückhaltung gegenüber dem Gipfeltreffen die Hand des deutschen Bundeskanzlers, der damit ein „8. Mai-Paradox“ geschaffen habe. Nachdem sich Kohl so intensiv bemüht habe, die beiden Supermächte zu Abrüstungsverhandlungen zusammenzuführen, sei er nun bestrebt, sie am 8. Mai auseinanderzuhalten.

Vorsicht, Zurückhaltung

Obwohl Washington im Vorfeld der Abrüstungsverhandlungen an einer Entspannung und Aufhellung des diplomatischen Klimas zum Krenl interessiert ist, ist dennoch kaum anzunehmen, daß Washington an den Befreiungsfeiern, zu denen Moskau die Siegermächte einladen will, teilnehmen wird.

In Washington sieht man jedoch sehr wohl die Propagandaabsichten hinter den sowjetischen Initiativen zum 8. Mai und zeigt dementsprechend Vorsicht und Zurückhaltung. Ein Druck aus der eigenen Öffentlichkeit, hier aktiver zu werden, wie er in Großbritannien spürbar geworden ist, existiert für die Reagan-Administration nicht.

Auch intern sind keine Siegesfeiern geplant, allein schon aus dem Grunde, weil sich der Präsident am 8. Mai mit hoher Sicherheit außer Landes befinden wird, nachdem am Wochenende bekanntgegeben worden ist, daß Präsident Reagan seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik vom 2. bis 4. Mai aus Anlaß des Weltwirtschaftsgipfels noch weiter ausdehnen wird.

Daß es bei der Planung dieses erweiterten Besuchsprogramms Verzögerungen und Unklarheiten gegeben hat, hat etwas mit internen Personalproblemen im Weißen Haus zu tun, wie die „New York Times“ in den letzten Tagen berichtete. Ein Beamter der Reagan-Administration bezeichnete diese Darstellung als weitgehend zutreffend.

„8. Mai-Paradox“

Mit Nachdruck jedoch wird von der Reagan-Administration versichert, daß Washington bisher keinerlei Vorschläge für das Besuchsprogramm des Präsidenten an die Bundesregierung gemacht hat und daß dementsprechend auch die amerikanische Seite der Wunsch nach einem Besuch des Konzentrationslagers in Dachau geäußert worden ist.

Ebenso unwahrscheinlich ist es, daß Reagan seinen Europa-Aufenthalt nutzt, um ein Treffen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Tschernomko zu arrangieren. Der Präsident hat wiederholt versichert, daß ein derartiges Treffen nur sinnvoll sei, wenn ein hinreichendes Maß an Erfolg und ein Minimum an falschen Erwartungen gewährleistet ist. Das „Wall Street Journal“ vermutet hinter dieser Zurückhaltung gegenüber dem Gipfeltreffen die Hand des deutschen Bundeskanzlers, der damit ein „8. Mai-Paradox“ geschaffen habe. Nachdem sich Kohl so intensiv bemüht habe, die beiden Supermächte zu Abrüstungsverhandlungen zusammenzuführen, sei er nun bestrebt, sie am 8. Mai auseinanderzuhalten.

Vorsicht, Zurückhaltung

Obwohl Washington im Vorfeld der Abrüstungsverhandlungen an einer Entspannung und Aufhellung des diplomatischen Klimas zum Krenl interessiert ist, ist dennoch kaum anzunehmen, daß Washington an den Befreiungsfeiern, zu denen Moskau die Siegermächte einladen will, teilnehmen wird.

In Washington sieht man jedoch sehr wohl die Propagandaabsichten hinter den sowjetischen Initiativen zum 8. Mai und zeigt dementsprechend Vorsicht und Zurückhaltung. Ein Druck aus der eigenen Öffentlichkeit, hier aktiver zu werden, wie er in Großbritannien spürbar geworden ist, existiert für die Reagan-Administration nicht.

Auch intern sind keine Siegesfeiern geplant, allein schon aus dem Grunde, weil sich der Präsident am 8. Mai mit hoher Sicherheit außer Landes befinden wird, nachdem am Wochenende bekanntgegeben worden ist, daß Präsident Reagan seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik vom 2. bis 4. Mai aus Anlaß des Weltwirtschaftsgipfels noch weiter ausdehnen wird.

Daß es bei der Planung dieses erweiterten Besuchsprogramms Verzögerungen und Unklarheiten gegeben hat, hat etwas mit internen Personalproblemen im Weißen Haus zu tun, wie die „New York Times“ in den letzten Tagen berichtete. Ein Beamter der Reagan-Administration bezeichnete diese Darstellung als weitgehend zutreffend.

Vorsicht, Zurückhaltung

Obwohl Washington im Vorfeld der Abrüstungsverhandlungen an einer Entspannung und Aufhellung des diplomatischen Klimas zum Krenl interessiert ist, ist dennoch kaum anzunehmen, daß Washington an den Befreiungsfeiern, zu denen Moskau die Siegermächte einladen will, teilnehmen wird.

In Washington sieht man jedoch sehr wohl die Propagandaabsichten hinter den sowjetischen Initiativen zum 8. Mai und zeigt dementsprechend Vorsicht und Zurückhaltung. Ein Druck aus der eigenen Öffentlichkeit, hier aktiver zu werden, wie er in Großbritannien spürbar geworden ist, existiert für die Reagan-Administration nicht.

Auch intern sind keine Siegesfeiern geplant, allein schon aus dem Grunde, weil sich der Präsident am 8. Mai mit hoher Sicherheit außer Landes befinden wird, nachdem am Wochenende bekanntgegeben worden ist, daß Präsident Reagan seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik vom 2. bis 4. Mai aus Anlaß des Weltwirtschaftsgipfels noch weiter ausdehnen wird.

Daß es bei der Planung dieses erweiterten Besuchsprogramms Verzögerungen und Unklarheiten gegeben hat, hat etwas mit internen Personalproblemen im Weißen Haus zu tun, wie die „New York Times“ in den letzten Tagen berichtete. Ein Beamter der Reagan-Administration bezeichnete diese Darstellung als weitgehend zutreffend.

## FRANKREICH

### Andere Sorgen als eine patriotische Nabelschau

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Frage, ob man den Tag der deutschen Kapitulation mit oder ohne die Deutschen, ob man ihn mit den übrigen Siegern einschließlich der Russen und aus welchem historischen oder politischen Blickwinkel heraus man ihn feiern soll, wird in der französischen Öffentlichkeit nicht diskutiert. Im Elysee-Palais heißt es lakonisch, man habe noch keine Überlegungen darüber angestellt. Was an Feiern veranstaltet wird, liegt in Händen des „Staatssekretariats für Kriegsteilnehmer“, welches seine Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen hat. Am 16. Januar hatte der Ministerrat unter Vorsitz des Staatspräsidenten lediglich kurz mitgeteilt, daß der Tag, an dem der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, unter dem Motto „Friede und Aussöhnung“ stehen und „wichtige Veranstaltungen des Gedenkens“ vor allem an die „Rückkehr Zehntausender von Kriegsgefangenen und Deportierten in die Freiheit“ enthalten werde. Diese um niederes Profil bemühte Einstellung zu dem Jahrestag deutet darauf hin, daß man unter sich bleiben, sich mit niemandem anlegen, kein „Politikum“ aus der Sache machen will.

Das hat aktuelle und geschichtliche Gründe. Frankreich hat zur Zeit andere Sorgen, als eine allmählich zum Überdruß gewordene historisch-patriotische Nabelschau zu veranstalten. Im Pazifik dräut eine schwere Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit herauf und im Inneren stehen Wahlen vor der Tür, die über das Schicksal des gegenwärtigen Regimes entscheiden. Nahezu drei Millionen Arbeitslose klopfen an die Türen des Staates, der nicht weiß, wie er ihnen zu Hilfe kommen soll. Der Sinn der Menschen steht auf anderem als Rückblick. Man wäre froh, wenn es einen Ausblick gäbe.

Das Verhältnis Frankreichs zum 8. Mai ist auch ein anderes als das der übrigen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Für die Franzosen ging der Alptraum schon früher zu Ende. Genau am 25. August 1944, als Paris von vierjähriger deutscher Besatzung befreit wurde und die Alliierten in schnellem Vormarsch die Deutschen aus dem Lande verdrängten. Was dann entlang der Ostgrenze noch an Kämpfen stattfand, in deren Verlauf Frankreich mit amerikanischer Hilfe seine Streitkräfte erst wieder aufbauen mußte und dann auch durch-aus heroisch an den Kämpfen im Elsaß teilnahm, berührte die Nation kaum mehr.

Die Trikolore auf Eiffelturm und Notre-Dame - das war das Ende des Krieges, der Anfang einer Friedenszeit, die mit den Greueln der „Selbstreinigung“ und dem Parteilagezänk um die beste Verfassung für eine neue Republik den Rest des Kampfesgeschehens rasch an die Peripherie des Bewusstseins rückte.

Erst als sich mit der Kapitulation der Wehrmacht in Reims und Berlin die Lagertore öffneten und Tausende von Insassen in ihre Heimat zurückströmten, war dann auch für Frankreich das letzte Kapitel dieses Krieges abgeschlossen.

Nicht alle, die da heimkehrten, wurden von der Nation an die Brust gedrückt. Wer fünf Jahre in deutscher Gefangenschaft war und nie einen Ausbruchversuch unternommen hatte, mußte sich erst rechtfertigen, warum er nicht am Kampf der freien Völker gegen die Diktatur mitgemacht hatte.



Aufstieg und Fall des „Dritten Reiches“

Was mit dem Einmarsch in Polen begann, endete mit dem Fall Berlins. Stalingrad markierte die Wende des Kriegsgeschehens. Vom „tausendjährigen Reich“ blieb nach 12 Jahren nur eine geschlagene und aufgeteilte Nation.

## OSTEUROPA

### Deutschlands ehemalige Verbündete leugnen die Befreiung durch Moskau

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der 40. Jahrestag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht wird in den kommunistischen Ländern Ost- und Südost-Europas - trotz der von Moskau vorgegebenen Grundtöne - differenziert gefeiert. Die jugoslawischen Kommunisten haben sich bereits jetzt darüber empört, daß die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung den Einsatz der Partisanen Titos gegen die deutschen Streitkräfte mit Ländern auf eine Stufe stelle, die - wie etwa Bulgarien, Rumänien und Ungarn - fast bis zuletzt Verbündete der Deutschen waren.

Gerade an dieser neuen jugoslawisch-sowjetischen Polemik zeigt sich, daß sogar ein historisch so unumstößliches Ereignis wie der „Siege über den deutschen Faschismus“ ersten machtpolitischen und zweitens tagespolitischen Erfordernissen angepaßt wird. Eine Großmacht wie die Sowjetunion teilt den Lorbeer des Sieges mit niemandem - nicht mit Titos Jugoslawen und nicht einmal mit Amerikanern, Briten oder Franzosen. Die Rolle der anderen Nationen im Kampf wird gerade noch als Ereignis am Rande geduldet. Es macht den sowjetischen Historiographen auch nichts aus, ob die betreffenden kleinen Nationen früher oder später zur Anti-Hitler-Koalition stießen. Entscheidend ist, daß diese Länder und Völker anerkennen müssen, von der Sowjetarmee befreit worden zu sein.

Hier gibt es die erste Schwierigkeit: Der eigenwillige rumänische Parteil- und Staatschef Ceausescu leugnet diese Befreiung. Er läßt seine Historiker und Ideologen verbreiten, die Rumänen hätten sich selbst befreit - indem sie am 23. August 1944 aus dem Bündnis mit Deutschland „ausgestiegen“ sind. Andere Ostblock-Länder sind da vorsichtiger - aber hier gibt es eine weitere, nicht untererster Differenzierung: Von den sieben Mitgliedern des Warschauer Pakts waren vier im Zweiten Weltkrieg auf der anderen Seite: die „DDR“ als Teil des damaligen Deutschen Reiches, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Was die Tschechoslowakei betrifft, so war der tschechische Landestheil zwar als „Protektorat“ okkupiert und unterdrückt, aber die Slowakei war ein eigener, mit Hitler verbündeter Staat. Natürlich hat es in diesen Ländern grundlegende politische und soziale Umwälzungen gegeben. Auch in den ehemaligen „Feindstaaten“ sind kommunistische Regime an der Macht, die jede Verbindung zu den gestürzten Machthabern von früher leugnen. Das Volk aber kann nicht auswechseln - und so bleibt die Tatsache, daß etwa jene Rumänen und Ungarn, die zwischen 1941 und 1944 in ihren Armeen dienten, den Sowjets als Kriegsgegner und den Deutschen als Verbündete gegenübertraten. Erst als das Kriegsglück sich heute auf Hitler wandte, und die Russen vor den Toren standen, sprangen diese Länder ab.

Daraus mag sich in manchen Fällen ein besonderes Bedürfnis ergeben, durch befristetes Rasseeln mit dem geschichtlichen Erinnerungsbild die eigene Rolle als ehemaliger Ver-

„Daran, daß die Bundesrepublik willens ist, die Sowjetunion anzugreifen, glauben nicht einmal die eifrigsten Propagandisten der anderen Seite.“

Hinzu kommt die Tatsache, daß seit dem Verschwinden der Deutschen 1945 die Sowjets ins Land kamen - im Falle Ungarns und der Tschechoslowakei fand die „Befreiung“ durch die Sowjetarmee gleich zweimal statt, einmal im Kampf gegen die Deutschen und dann als Niederschlagung einer „konterrevolutionären“ Unabhängigkeitsbewegung. Da gibt es Tatsachen, die im Bewußtsein dieser Völker fest verankert sind. Jenseits des Propaganda-Getöses, das aus Anlaß dieses 40. Jahrestages aus östlicher Richtung zu uns dringt, muß man also keine Unterschätzungen treffen. Wer in aller Welt hätte 1855 - also 40 Jahre nach dem endgültigen Sieg der Verbündeten über den Eroberer und Aggressor Napoleon - in England, Rußland oder Preußen gewaltige Siegesfeiern veranstaltet? Diese Frage stellte ein scharfsinniger osteuropäischer Beobachter - und meinte anschließend, die Geschichte gebe eben weiter. Das Moskauer Revanchismus-Geschrei kann vielen osteuropäischen Regimen schon deshalb nicht ganz recht sein, weil es den Manövrierraum der kleinen Staaten beiderseits des Eisernen Vorhangs einengt.

Hinzu kommt die Tatsache, daß seit dem Verschwinden der Deutschen 1945 die Sowjets ins Land kamen - im Falle Ungarns und der Tschechoslowakei fand die „Befreiung“ durch die Sowjetarmee gleich zweimal statt, einmal im Kampf gegen die Deutschen und dann als Niederschlagung einer „konterrevolutionären“ Unabhängigkeitsbewegung. Da gibt es Tatsachen, die im Bewußtsein dieser Völker fest verankert sind. Jenseits des Propaganda-Getöses, das aus Anlaß dieses 40. Jahrestages aus östlicher Richtung zu uns dringt, muß man also keine Unterschätzungen treffen. Wer in aller Welt hätte 1855 - also 40 Jahre nach dem endgültigen Sieg der Verbündeten über den Eroberer und Aggressor Napoleon - in England, Rußland oder Preußen gewaltige Siegesfeiern veranstaltet? Diese Frage stellte ein scharfsinniger osteuropäischer Beobachter - und meinte anschließend, die Geschichte gebe eben weiter. Das Moskauer Revanchismus-Geschrei kann vielen osteuropäischen Regimen schon deshalb nicht ganz recht sein, weil es den Manövrierraum der kleinen Staaten beiderseits des Eisernen Vorhangs einengt.

Hinzu kommt die Tatsache, daß seit dem Verschwinden der Deutschen 1945 die Sowjets ins Land kamen - im Falle Ungarns und der Tschechoslowakei fand die „Befreiung“ durch die Sowjetarmee gleich zweimal statt, einmal im Kampf gegen die Deutschen und dann als Niederschlagung einer „konterrevolutionären“ Unabhängigkeitsbewegung. Da gibt es Tatsachen, die im Bewußtsein dieser Völker fest verankert sind. Jenseits des Propaganda-Getöses, das aus Anlaß dieses 40. Jahrestages aus östlicher Richtung zu uns dringt, muß man also keine Unterschätzungen treffen. Wer in aller Welt hätte 1855 - also 40 Jahre nach dem endgültigen Sieg der Verbündeten über den Eroberer und Aggressor Napoleon - in England, Rußland oder Preußen gewaltige Siegesfeiern veranstaltet? Diese Frage stellte ein scharfsinniger osteuropäischer Beobachter - und meinte anschließend, die Geschichte gebe eben weiter. Das Moskauer Revanchismus-Geschrei kann vielen osteuropäischen Regimen schon deshalb nicht ganz recht sein, weil es den Manövrierraum der kleinen Staaten beiderseits des Eisernen Vorhangs einengt.

Hinzu kommt die Tatsache, daß seit dem Verschwinden der Deutschen 1945 die Sowjets ins Land kamen - im Falle Ungarns und der Tschechoslowakei fand die „Befreiung“ durch die Sowjetarmee gleich zweimal statt, einmal im Kampf gegen die Deutschen und dann als Niederschlagung einer „konterrevolutionären“ Unabhängigkeitsbewegung. Da gibt es Tatsachen, die im Bewußtsein dieser Völker fest verankert sind. Jenseits des Propaganda-Getöses, das aus Anlaß dieses 40. Jahrestages aus östlicher Richtung zu uns dringt, muß man also keine Unterschätzungen treffen. Wer in aller Welt hätte 1855 - also 40 Jahre nach dem endgültigen Sieg der Verbündeten über den Eroberer und Aggressor Napoleon - in England, Rußland oder Preußen gewaltige Siegesfeiern veranstaltet? Diese Frage stellte ein scharfsinniger osteuropäischer Beobachter - und meinte anschließend, die Geschichte gebe eben weiter. Das Moskauer Revanchismus-Geschrei kann vielen osteuropäischen Regimen schon deshalb nicht ganz recht sein, weil es den Manövrierraum der kleinen Staaten beiderseits des Eisernen Vorhangs einengt.

## JAPAN

### Um das Thema bleibt es still

Während in der Bundesrepublik die Gestaltung des Kapitulationstags von 1945 ein heißes Diskussionsthema ist, ist es in Japan um diese Frage recht still geblieben. Allerdings fällt der Tag in Nippon erst auf den 15. August.

Doch das ist nicht der einzige Grund. Das Kriegsende war in Japan nicht ein so großer Einschnitt wie in Deutschland, das mit Hitlers Sturz von einem verbrecherischen Regime befreit und gleichzeitig geteilt wurde. Die Ausgangslage war anders, in Japan blieb mehr Kontinuität mit dem Kaiser an der Spitze, der zwar nicht mehr Gott, aber doch Symbol der nationalen Einheit ist. Die Militärdiktatur wurde durch demokratische Institutionen ersetzt, die es aber - wenn auch eingeschränkt - vorher schon gegeben hatte. Immerhin war das Parlament noch im Kriege zusammengetreten.

So wurde selbst während der amerikanischen Besetzung Japans nach dem Kriege um Kapitulationstag wenig Aufsehen gemacht. Als das In-

selbreich wieder selbständig wurde, rückten bald die Gedenktage für den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki in den Vordergrund, die zeitlich fast mit dem Kapitulationstag zusammenfallen.

Die linksgerichteten „Friedensbewegungen“ Japans wollen diese Tage 1985, wenn sie sich zum 40. Mal jähren, besonders groß begehen. Auch dem Kapitulationstag wollen sie mit eindrucksvolleren Feiern als bisher gedenken.

FRED de LA TROBE (SAD)

## GROSSBRITANNIEN

### Ein Gottesdienst mit Königin Elizabeth

REINER GATERMANN, London

Die Briten werden es weitgehend der Kirche überlassen, den 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa würdig zu begehen. Für den 8. Mai ist in der Westminster Abbey ein vorausichtlich ökumenischer Gottesdienst in Anwesenheit der Königin und mit einer Predigt des Erzbischofs von Canterbury, gleichzeitig geistiges Oberhaupt der anglikanischen Kirche, Robert Runcie, geplant. Damit wäre auch die Gewißheit gegeben, ganz im Sinn von Premierministerin Margaret Thatcher, daß nicht eines „militärischen Sieges“, sondern „aller Opfer des Krieges und der 40 folgenden Jahren des Friedens in Freiheit“ gedacht wird. Allerdings werden es sich örtliche Veteranenverbände ebenfalls nicht nehmen lassen, auf ihre Art unter anderem mit Straßenfesten diesen denkwürdigen Tag vor 40 Jahren zu feiern.

In der öffentlichen Debatte herrscht der Tenor vor, daß beim Gedenken der sowjetische Anteil an der Vernichtung des Faschismus nicht unter den Scheffel gestellt werden soll. Daß angesichts der heutigen europäischen Konstellation jedoch kein Anlaß bestehe, die damalige Kriegsalianz besonders hervorzuheben. Ohne Vorbehalt verurteilt man die derzeitige von Moskau gegen die Bundesrepublik Deutschland betriebene Revanchismus-Kampagne.

Die „Financial Times“ schreibt dazu: „Die Russen sind sehr schlecht beraten, wenn sie die Propaganda-Temperatur zu weit heraufreiben, indem sie ohne weiteres das heutige Westdeutschland mit dem Nazi-Regime Adolf Hitlers gleichstellen ... Niemand kann die Tatsache einer 40jährigen friedlichen Demokratie verneinen.“

„Russische Dimension“

Als der Krieg zu Ende war, wurde in der St.-Paul-Kathedrale zelebriert. Daß die Gedenkfeier nun in der Westminster Abbey stattfindet, wurde in einigen Zeitungen zunächst damit begründet, daß Frau Thatcher nach dem Sieg über Argentinien im Falkland-Krieg nicht mit der in St. Paul gehaltenen Predigt des Erzbischofs von Canterbury zufrieden gewesen sei, weil dieser den militärischen Erfolg der Briten nicht ausreichend glorifiziert habe.

Der Dekan von Westminster, Edward Carpenter, der gemeinsam mit dem Kirchenvorstand den geistlichen Text für den Gottesdienst bestimmt, erklärte, das Gedenken müsse so-

wohl eine deutsche als auch eine russische Dimension haben. „Es wird ein Gottesdienst des Dankes werden, für die Befreiung der Menschen von der Tyrannei. Aber es war unverkennbar sowohl eine Befreiung für die Deutschen als auch für die Juden und den Rest Europas, weil die Deutschen nicht in der Lage waren, aus eigener Kraft das unerbittliche Regime abzuwerfen. Die russische Dimension ist die, daß wir Alliierte waren, und der Krieg ohne die Russen eventuell anders verlaufen wäre. Sie brachten ein größeres Opfer als sonst jemand.“

Christliche Perspektive

Der Dekan meint, der Erzbischof von Canterbury sei für diese Art von Gottesdienst „außerordentlich gut“ geeignet. Er ist ein empfindsamer Mann, der bestrebt ist, auch Bereiche anzusprechen, in denen es schwer ist, eine christliche Perspektive zu geben.

Die erste Entscheidung der Regierung, den 8. Mai nicht in einer offiziellen Veranstaltung zu gedenken, basiert offenbar auf der Ansicht des Verteidigungsministeriums, das in erster Linie für Gedenken und Feiern militärischer Ereignisse zuständig ist, daß es in Großbritannien unüblich ist, vierzigste Jahrestage hervorzuheben, lediglich fünfundzwanzigste und fünfzigste. Dieser Auffassung schloß sich auch das Außenministerium und schließlich das Kabinett an. Nicht berücksichtigt hatte man dabei zweierlei: Daß einmal bereits 1984 die Landung der West-Alliierten in der Normandie vor 40 Jahren in großem Rahmen gefeiert worden war - eine Londoner Zeitung behauptet sogar, dies sei nur deswegen so pompös geschehen, weil es so gut in US-Präsident Reagans Wahlkampf-Strategie paßte -, die Engländer sich aber fragen, warum D-Day so bejubelt werden durfte und V-Day offenbar nicht. Zum anderen wird die Generation der Kriegsteilnehmer immer älter und will gerne noch einmal des letzten Ereignisses gedenken, auf das Großbritannien stolz sein kann“ („Daily Telegraph“).

Vorsichtige Einwürfe gegen die Verlegung des Victory-Gedenkens auf den 8. Mai, als der Krieg in Europa zu Ende ging, kommen von den fernöstlichen Kriegsteilnehmern, die noch bis Mitte August kämpfen mußten. Vor dem Unterhaus versicherte allerdings Frau Thatcher: „Ganz bestimmt werden wir in unsere Feiern oder Gedenken beide Ereignisse miteinbeziehen.“

## ITALIEN

### Gefeiert wird der Neubeginn des Staates

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Italiens Regierungssprecher Antonio Ghirelli weiß mit dem 8. Mai nichts anzufangen. Was denn das für ein Gedenktag sein soll, fragt er, was es da zu feiern gebe? Den 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation? „Um Himmels willen. Wir gehen auf das Jahr 2000 zu.“

Tatsächlich hat hierzulande das Datum des 8. Mai nie eine Rolle gespielt. Gefeiert wird der 25. April als „Tag der Befreiung“, als Tag, an dem das Nationalkomitee zur Befreiung Norditaliens in Mailand die Macht übernahm. Nachdem vor einigen Jahren die nationalen Gedenktage des 2. Juni (Tag der Republik) und 4. November (Sieg im Ersten Weltkrieg) als gesetzliche Feiertage abgeschafft worden sind, ist der 25. April als einziger arbeitsfreier Nationalfeiertag übriggeblieben.

Gefeiert wird am 25. April die Geburtsstunde des neuen demokratischen Staates. Dieser Staat bezog von Anfang an seine Identität aus der „Resistenza“, der Widerstandsbewegung, die sich in gleicher Weise gegen den italienischen Faschismus wie gegen die deutsche Besatzungsmacht richtete. Der Geist, mit dem das offizielle Italien in diesem Jahr dieses Ereignisses gedenkt, wird vielleicht am ehesten aus einer Rede deutlich, die der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi kürzlich bei Lucca anlässlich einer Gedenkfeier für 12 Mönche und 20 Zivilisten hielt, für deren Ermordung im Januar 1945 deutsche Truppen verantwortlich gemacht wurden.

Craxi erklärte: „Die Kultur des Krieges, die wir überwinden wollen, kann heute nicht mehr mit einer alten nazistischen Uniform identifiziert werden ... Laßt uns vielmehr den Keim der Gewalt in dem suchen, was wir selbst Tag für Tag tun, in unserer Sprache, in unserem Denken. Und laßt uns versuchen, uns zu korrigieren, um uns und mit uns die ganze nationale Gemeinschaft zu bessern.“

Unter Bezugnahme auf den Fall des jetzt freigesessenen Walter Reder, fügte der Ministerpräsident hinzu: „Um die Erinnerung in unserer aller Herzen wachzuhalten an die Massermorde, an das vergossene Blut, an den Schmerz und den Terror, die unter wehrlosen Bürgern verbreitet wurden, bedarf es nicht eines in einer Festung eingeschlossenen alten Mannes ... Ich glaube, man beging kein Friedenswerk, man förderte nicht, wie wir das ja wollen, den Geist des Friedens, wenn man bei der Beachtung ergangener Urteile und der internationalen Abkommen, die diese Materie regeln, über das hinausginge, was darin niedergelegt ist. Das wäre unmenschlich, irrig und nicht erzieherisch.“

Craxi ist sicherlich, wie viele seiner Altersgenossen und vor allem auch die nachkommenden Generationen, in diesen Fragen unbefangener als mancher „Resistenza“-Veteran. Aber auch Staatspräsident Sandro Pertini, einer der letzten noch lebenden Führer der Widerstandsbewegung, hat sich mit seinem kämpferischen Antifaschismus nie gegen das deutsche Volk gekehrt. In einem Interview mit der WELT sagte er schon vor mehr als sechs Jahren: „Wir dürfen nicht das deutsche Volk mit dem in Zusammenhang bringen, wofür der Nazismus die Verantwortung trägt. Das ist meine Überzeugung. Wie man auch nicht das italienische Volk für das verantwortlich machen darf, was der Faschismus getan hat.“

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Tierversuch und Medizin

Sehr geehrte Damen und Herren, der Brief von Herrn Köhlnlechner und viele Pressemitteilungen stellen den Tierversuch völlig unrichtig als in der Regel, erbärmliche Schinderei dar. Käme jemand auf die Idee, die Kindererziehung eines Volkes nach den Medienberichten über Kindesmishandlung zu beurteilen, wäre die Absurdität offensichtlich. So sehr die Vergleich auch hinken mag, die gewisse Ähnlichkeit zu der derzeitigen Behandlung des Themas Tierversuche in der Presse besteht doch.

Ein Tierversuch setzt in aller Regel voraus, daß sich das Tier bis zum Zeitpunkt des Versuchs wohlfühlt. Schlechte Behandlung und Stress kann ein Tier ebenso krank machen wie einen Menschen. Tierversuche an gestrafften oder kranken Tieren sind aber schlecht reproduzierbar, d.h. in wissenschaftlichen Sinne schlecht. Ein Wissenschaftler, der schlecht reproduzierbare Ergebnisse erzielt, kann aber seinen Beruf aufgeben.

Das zweite große Mißverständnis betrifft die Zufügung von Schmerz. Die weitaus größte Anzahl an Versuchen in wissenschaftlichen Instituten wird ohne Zufügung von Schmerz an fischgerecht - also wie beim Menschen - narkotisierten Tieren durchgeführt oder überhaupt an Organen, die narkotisierten Tieren entnommen wurden. Dabei ist der Anteil der höher entwickelten Tiere wie Katze, Hund weit in der Minderzahl. Die Zahl zum Beispiel der Hunde, die in diesem Sinne zum Zweck der Wissenschaft im Dienste des Menschen eingeschläfert werden, ist weit geringer, als die Zahl ihrer in Tierheimen eingeschläferten Artgenossen.

Schließlich noch einmal zum Brief von Herrn Köhlnlechner: Das Leben setzt sich aus vielen Millionen Einzelaktionen zusammen; der weitaus größte Teil ist bei Mensch und Tier identisch. Auch die Zahl an Wirkstoffen, wie Hormone, Überträgerstoffe und Medikamenten, die bei Mensch und Tier gleichartig wirken, ist weitaus größer als die der verschiedenartig wirkenden. Hier wird also aus Unkenntnis, hoffentlich nicht aus Absicht, falsch informiert.

Prof. Dr. med. H. Kämmermeier, Abt. Physiologie, Med. Fakultät TH Aachen

Sehr geehrte Damen und Herren, den im Leserbrief des Heilpraktikers Dr. Köhlnlechner vertretenen These ist unter verschiedenen Gesichtspunkten zu widersprechen. Hier seien nur zwei davon aufgegriffen.

Die Tatsache, daß nicht jede Tierart bei jeder Art von Untersuchungen oder bei jeder toxikologischen Fragestellung als Modell für das Verhalten des Menschen dienen kann, ist eine medizinische Binsenweisheit. Die Suche nach dem geeigneten Modell für eine tierexperimentelle Studie gehört ebenso wie die Fähigkeit zur Durchführung und Interpretation der Experimente zum Rüstzeug des verantwortungsbewußten Tierexperimentators, das er in langjähriger Ausbildung erwirbt.

Die von Herrn Köhlnlechner zitierten Angaben von Much zum Anteil von Unterrichtsvorlesungen an der Gesamtzahl von Tierexperimenten (50 Prozent) sind absurd. Schon eine grobe Abschätzung ergibt, daß sicher nicht einmal 1 Prozent aller Tierexperimente Unterrichtszwecken dient.

Daran sind wiederum Warmblüter zu höchstens einem Drittel beteiligt. Ich verwahre mich aufs schärfste dagegen, daß es sich dabei um eine erbärmliche Schinderei lebender Tiere (zitiert nach Köhlnlechner/Much) handelt.

In den Praktika der Physiologie werden für notwendig gehaltenen Experimente mit Tieren im wesentlichen an isolierten Organen durchgeführt. Tierexperimente im engeren Sinne werden immer in tiefer Narkose, unter völliger Schmerzlosigkeit, durchgeführt.

Exemplarische Studien an Organen und Tieren sind im medizinischen Unterricht notwendig, um wachsende Ärzte in die kritische Beurteilung solcher Experimente einzuführen. Wer nie an einem solchen Versuch teilgenommen hat, wird kaum im Stande sein, die Resultate tierexperimenteller Untersuchungen zu bewerten. Solche Untersuchungen sind aber bis auf weiteres die wesentliche Grundlage unserer Kenntnisse über die Funktion des Warmblüterorganismus, ihre Störungen bei Krankheiten und die Möglichkeiten ihrer therapeutischen Beeinflussung.

Erfahrungen mit dem von Much und seinem Apologeten Köhlnlechner propagierten Einsatz audiovisueller Unterrichtsmethoden in den Praktika wurden im letzten Jahrzehnt in fast allen tierexperimentell arbeitenden theoretisch-medizinischen Instituten der Bundesrepublik, so auch in unserer Abteilung, gesammelt. Sie haben immer wieder gezeigt, daß derartige „Konserven“ bei einer mit den audiovisuellen Medien aufwachsenen studentischen Jugend nur schwache Eindrücke hinterlassen. Dies ist kein Weg zu einer optimalen Ausbildung von Ärzten, an der die Öffentlichkeit ein mehr als berechtigtes Interesse hat!

Mit freundlichen Grüßen Professor Dr. med. B. Deuticke, Abt. Physiologie, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen

Rentner-Protest

„Streik wegen 1,85 Mark“, WELT vom 14. Januar und „Der Generationsvertrag“, WELT vom 14. Januar

Es wird langsam unerträglich, so gut geht es den Rentnern! Was der (damalige) Bundeskanzler Schmidt schon feststellte, Arbeitsminister Blum vor einigen Tagen bestätigte, wurde nun von der WELT gleich zweimal (siehe oben) „rechnerisch bewiesen“. Eines haben alle Aussagen gemeinsam: Es ist nicht deutlich erkennbar, welche Gruppe aus den unterschiedlichen Systemen der Altersversorgung gemeint ist, obwohl die Zielgruppe natürlich feststeht.

Es würde zu weit führen, auf die einzelnen Rechenkunststücke einzugehen. Pauschal läßt sich vieles be-

Wort des Tages

Das einzig fruchtbare Verhältnis zu den Menschen - gerade zu den Schwachen - ist Liebe, das heißt der Wille, mit ihnen Gemeinschaft zu halten.

Dietrich Bonhoeffer, deutscher Theologe (1906-1945)

Personalien

(40), hat einen Ruf auf die neuangeordnete C4-Professur für Informatik an der Universität Marburg angenommen. Professor Sommer bezeichnete als Grund für die Annahme des Rufes die Herausforderung, ein neues Lehrgebiet aufbauen zu können, und die Möglichkeit, Grundlagenforschung in einem innovativen Bereich betreiben zu können, der sich immer mehr zu einer Basis-Technologie auch für andere Fachrichtungen entwickelt.

KIRCHE

Während des Generalkapitels in Speyer, der weltweiten Ordensgemeinschaft der Dominikanerinnen von St. Magdalena, ist Schwester M. Clara Kalmes zur Generalpriorin wiedergewählt worden. Das Generalkapitel erhielt einen besonderen Akzent durch die Teilnahme zweier Vertreterinnen aus den Niederlassungen der Ordensgemeinschaft in Brasilien und Peru. Schwester Clara, die nach Ablauf von sechs Jahren zum zweitenmal die Leitung der Ordensgemeinschaft übernimmt, studierte an der Universität Mainz und der Sorbonne in Paris Französisch und Latein.

MILITAR

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat Brigadegeneral Hermann Teske das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Auszeichnung wurde durch den Kommandeur der

hauften, mit Statistik bekanntlich nahezu alles beweisen.

Man sollte endlich einmal von der vertikalen zur horizontalen Betrachtungsweise übergehen, indem nicht ewig der sogenannte Generationsvertrag (Beitragszahler und Rentnempfinger) strapaziert wird, sondern die beiden Systeme der Altersversorgung nebeneinander beurteilt werden. Hier die ständige Unsicherheit für die Renten der abhängig Beschäftigten aus der Wirtschaft und dort die gesicherte Altersversorgung der öffentlich Bediensteten.

Ich meine, das alleinige Kriterium ist nicht die absolute Höhe, da schließlich Art und Länge des Berufslebens einwirken, wichtig ist die prozentuale Höhe des End-Nettos. Übrigens: 73 Prozent nach 45 Versicherungsjahren muß wohl ein Druckfehler sein, ich jedenfalls liege bei 48 Versicherungsjahren knapp über 50 Prozent.

Mit freundlichen Grüßen, B. Schulte-Weweser, Hamburg 90

Sicht des Autors

Sehr geehrte Redaktion, in einem Leserbrief an Ihre Zeitung hat Herr Thedieck, einer der vor-maligen Deutschlandfunk-Intendanten, auch Anstoß genommen an „dem Reisebericht eines Redakteurs zu Weihnachten 1984 aus Mitteldeutschland mit der Feststellung, daß die Menschen dort angeblich tief enttäuscht über die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Kohl seien.“

Als Autor des erwähnten Beitrages, den Herr Thedieck selbst offensichtlich nicht gehört hat (wie könnte er sonst einen Kommentar zum Reisebericht twidwidnen), möchte ich mich gegen die dort zum Ausdruck kommende Unterstellung verwahren. Ich halte kontinuierlichen Kontakt zu Menschen in der DDR, auch durch regelmäßige Besuche (dies gewiß im Gegensatz zum Leserbriefschreiber) und kann nicht einsehen, warum ich nicht Ansichten und Meinungen von DDR-Bürgern über die gegenwärtige Bonner Regierung wiedergeben soll, auch wenn sie kritisch sind.

Herr Thedieck zöge es vielleicht vor, die Wirklichkeit - auch in diesem Ausschnitt - gar nicht erst wahrzunehmen. Der Journalist ist dazu verpflichtet, ich habe das in der Weihnachts-Kolumne getan, die sich auf Gespräche mit irritierten und verunsicherten DDR-Bürgern bezieht.

Mit freundlichen Grüßen Heinz Klunker, Deutschlandfunk, Feature-Abteilung

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

- 12.00 heute 12.05 Neu, sowie! 12.30 Zeit und die Welt Emilio E. Castro - Der neue Generalsekretär des Weltkirchenrates
- 14.00 Tagesschau 14.10 Uggubüchli - aber wahr? Reportagen und Gespräche über Legenden und Tatsachen 17.20 Aaaa, Ciro & Co. 5. Teil: Großmutter wird gekidnappt 17.50 Tagesschau 18.00 Tagesschau 18.15 Tagesschau der Morgengäste 4. Teil: Nodja 21.15 Kontraste Jalta und kein Ende? - Die Konferenz, die vor 40 Jahren Europa teilte / Der große Sohn von Gori - Re-Stalinisierungstendenzen in der Sowjetunion / Integrationsprobleme ehemaliger DDR-Schüler in westdeutschen Schulen Moderation: Joachim Braun
- 22.00 Gespinnstgeschichten Ambrose Temple Mit Gabriel Baryll, Efride Kuzmany u.a. Um eine alte Bücherkiste abzuholen, begeben sich die älteren Schwestern Kathleen und Mary in ihr schon seit Jahren nicht mehr bewohntes Elternhaus. Hier wartet eine Überraschung auf Kathleen, findet sie doch den Brief eines Verehrers vor, der ihrer Meinung nach schon längst verstorben ist.
- 22.50 Tagesschau 23.00 Das Nacht-Studio Malevich - Russischer Spielfilm (1981) Mit Michel Serrault, Jacques Dutronc u.a. Regie: Christian de Chalonge Sieben Menschen überleben im Südwesten Frankreichs einen Atomschlag und machen sich daran, das offenbar reaktivierbare Land zu bestehlen. Eines Tages tauchen andere Überlebende auf, die ein diktatorischer Anführer für seine Zwecke benutzt...
- 0.55 Tagesschau

Gefragt ist die geistige Bereicherung, „denkmal“, ein neues Quiz vom ZDF Schlag nach beim alten Meyer...

Eine völlig neue Sendung soll das „denkmal“ werden: ein Kulturspiel, das ganz neue Wege einschlagen will. Helmut Greulich, der das Konzept für das Fernsehen entwickelte hat, und die Journalistin Monika Moos werden die Studiomoderation übernehmen. Publikum im Studio wird es nicht geben - auch keine Kandidaten. Denn der Fernsehschauer selbst ist der Kandidat; er kann von Hause aus mitspielen.

Es soll auch kein billiges Quizspielchen werden, vielmehr soll der mitmachende Zuschauer angeregt werden, sich intensiver mit bestimmten Aspekten der Kultur zu beschäftigen. Und das funktioniert so: In der Sendung werden bis zu acht Fragen gestellt, die durch mit Sorgfalt ausgesuchte, auch optisch reizvolle Spots von zwei bis drei Minuten Dauer illustriert werden. Zum Beispiel eine Passage aus einem Ballett, ein Ausschnitt aus einem kulturell wertvollen Film (also nicht gerade „Die Rückkehr der Zombies“), ein prächtvolles Gemälde. Dazu wird dann eine „niveauvolle“ Frage gestellt, die, so



Helmut Greulich und Monika Moos werden das neue Quiz des ZDF moderieren. FOTO: Telebild

Helmut Greulich, in der Regel nicht frisch von der Leber weg beantwortet werden kann. Vielmehr soll der Zuschauer sich während der Sendung Notizen machen und nach der Sendung unter Zuhilfenahme von Lexika, gebildeten Mitmenschen und was dergleichen Quellen mehr sind, die schwierigen Antworten erarbeiten. Wer seine Antworten zusammen mit dem sich ergebenden Lösungswort, das aber nicht wie beim Kreuzworträtsel „erschlossen“ werden darf, sondern durch die einzelnen Antworten belegt sein muß, ans ZDF sendet (dazu hat er bis zum Samstag der Sendeweche Zeit), der nimmt an einer Verlosung von 100 wertvollen Kunstbänden teil.

Aber der Akzent soll nicht auf dem Gewinn liegen, sondern in der geistigen Bereicherung, in der Erarbeitung der Antworten. Der Mitspieler soll angeregt werden, sich (wiederum mit bestimmten Malern, Musikern, Dichtern und Filmemachern zu beschäftigen.

Noch nie, so Helmut Greulich, habe ihm eine Arbeit so viel Spaß gemacht wie diese. Und er ist optimistisch, daß die Sendung „ankommend“ wird. Sie beruht nämlich auf

einem Konzept, das im Hörfunk des Süddeutschen Rundfunks („Gedächtnis im Kreuzwort“) von Erwin Wickert, dem späteren Botschafter in Tokio, entwickelt worden ist und im-merhin 25 Jahre lang erfolgreich lief. Als die Sendung abgesetzt wurde, erichteten den Südfunk über 2000 Protestbriefe.

Trotz des anspruchsvollen Niveaus soll keine gepflegte Langeweile aufkommen. Monika Moos und Helmut Greulich wollen die Sache „locker“ bringen. „Doch trotz der Lockerheit wird ein jugendliches Publikum wohl nicht erreicht werden. Die Zielgruppe der Programmierer ist um die 40 und darüber. Für eine Fortsetzung der Sendung über die ersten vier Folgen hinaus sind aber Überlegungen im Gange, wie man die etwa fünf Prozent Zuschauer, die um 22 Uhr noch geistig rege sind, altersmäßig umstrukturieren kann.

Die erste Folge wird noch einige Mängel haben. Das ist bewußt einkalkuliert. Es ist nämlich die „Pilot-sendung“, und die hat ja auch was

gekostet. Warum sollte man diese Kosten dadurch verpulvern, daß das Band im Archiv ungenutzt verammelt? Die zweite Folge (am 25. Februar) soll dann schon „professioneller“ sein. Einige „Ecken und Kanten“ machen Fernsehen ja eher sympathisch, und von daher ist der Entschluß, die Pilot-sendung über den Äther zu schicken, zu begrüßen.

Die einzelnen Folgen wollen kein Sammelsurium bieten, sondern bemühen sich um eine thematische Klammer. Entweder geht es um eine Epoche, oder ein einzelnes Jahr oder einen bestimmten Sammelbegriff, zum Beispiel „Harmonie“.

„Fernsehen bildet“ hieß es früher. Leider ist meist eher das Gegenteil der Fall. Hier aber bietet sich eine Chance, daß Fernsehen zur Bildung beziehungsweise ihrer Erweiterung anregt. Der geneigte Kritiker wird sich jedenfalls um halb zehn noch eine Tasse Kaffee brauen und sich bei seinem Freund den alten Meyer von 1905/08 ausleihen...

GERHARD CHARLES RUMP

STUDIO

Um auch in Zukunft bei einer größeren Vielfalt von öffentlich-rechtlichen und privaten Programmangeboten eine Vergleichbarkeit der Zuschauer-Selbstbeurteilung zu gewährleisten, hat der Intendant des ZDF, Professor Dieter Stolte, langfristig eine kooperative Lösung in der quantitativen Zuschauerforschung vorgeschlagen. Gegenwärtig sei mit der Einführung des GfK-Systems durch ARD und ZDF einerseits (vgl. WELT vom 22. 1. 1985) und der „teleskopie“ andererseits, die seit Beginn des Jahres die Einschaltquoten des deutschsprachigen Programms von „RTL plus“ registriert und ab 1. Juli auch Zuschauermessungen für SAT 1 vornimmt, zum ersten Mal in der Bundesrepublik die Situation eines Gegenwärtens von Forschungssystemen entstanden. Dies könne zu erheblichen Unsicherheiten vor allem auch in der Werbewirtschaft führen.

Um dies zu vermeiden, regte Stolte eine Öffnung des von den öffentlich-rechtlichen Anstalten jetzt in jahrelanger Erfahrung aufgebauten Meßsystems für eine langfristige Kooperation mit allen Anbietern an, soweit sie gewisse Voraussetzungen hinsichtlich ihrer Bestimmungen Größe ihres Publikums erfüllen. Damit entspreche man auch den schon erkennbaren Forderungen der Werbetreibenden und der Werbeagenturen nach einer „einheitlichen Währung“. Stolte wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß auch die internationale Entwicklung solcher Meßsysteme hinausläufe. So gebe es beispielsweise eine Kooperation von BBC und IBA in England und ein Zusammengehen der RAI mit den privaten Fernsehsendern in Italien.

Zum 5. Mal wird in diesem Jahr der freie Jahreswettbewerb vom Bund Deutscher Film- und Videomateure (BDFVA) unter dem Thema „Jugend heute“ durchgeführt. Filmclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stars, Comedy, Gags, Übersetzungen 16.30 Ferne In der Fokis des Grobroters 17.00 Romantisch Enterprise Planet der Unsterblichen 18.00 Westlich von Santa Fe Eddie's Tochter oder Regionalprogramm 18.30 AFP blickt: Nachrichten und Quiz 18.45 Geschichten aus Skillingbury: 19.00 Hardcastle & McCormack 20.30 TOP-Wirtschaftsreportage im Mittelpunkt dieser Reportage stehen Kinder, die statt mit Bauklötzchen mit Computern spielen. Daß die lieben „Kleinen“ nicht nur simple Schlepplüge beherrschen, sondern schon im Fingerschneller Computer bereits programmieren können, zeigt der Autor Hans Jürgen Frischhut in seiner aktuellen Sendung.

SAT 1

- 13.30 Solid Gold (amerikanische Hitparade) 14.00 Die Wachen 15.00 Indian River 15.30 Mexibuch Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stars, Comedy, Gags, Übersetzungen 16.30 Ferne In der Fokis des Grobroters 17.00 Romantisch Enterprise Planet der Unsterblichen 18.00 Westlich von Santa Fe Eddie's Tochter oder Regionalprogramm 18.30 AFP blickt: Nachrichten und Quiz 18.45 Geschichten aus Skillingbury: 19.00 Hardcastle & McCormack 20.30 TOP-Wirtschaftsreportage im Mittelpunkt dieser Reportage stehen Kinder, die statt mit Bauklötzchen mit Computern spielen. Daß die lieben „Kleinen“ nicht nur simple Schlepplüge beherrschen, sondern schon im Fingerschneller Computer bereits programmieren können, zeigt der Autor Hans Jürgen Frischhut in seiner aktuellen Sendung.

WEST

- 18.00 Telekolleg II 18.30 Sonntagstraße 19.00 Aktuelle Stunde 20.00 Tagesschau 20.15 Das Mädchen ohne Hände Tiefenpsychologie eines Mädchens 21.15 Medizin-Magazin 85 21.45 Kopfschmerz Das wirkliche Leben ist anderswo Film von Klaus Antes 22.50 Die Bessie von Buszigg Italienischer Spielfilm Mit Franco Nero, Helmut Berger u.a. Buch und Regie: Albert Bevilacqua 23.55 Letzte Nachrichten

NORD

- 18.00 Sonntagstraße 18.30 Sonntagstraße (2) 19.00 Sonntag (3) 19.45 Sonntag (4) 20.00 Tagesschau 20.15 Die eigene Geschichte Ich bleibe lieber hier Eine Türkin in West-Berlin 21.00 Stadt und Land - Haus in Hamdt 22.00 Die Frau aus dem Nichts Amerikanischer Spielfilm (1968) Mit Elizabeth Taylor u.a. 23.45 Nachrichten

HESSEN

- 18.00 Sonntagstraße 18.30 Sonntagstraße (2) 19.00 Sonntag (3) 19.45 Sonntag (4) 20.00 Tagesschau 20.15 Die eigene Geschichte Ich bleibe lieber hier Eine Türkin in West-Berlin 21.00 Stadt und Land - Haus in Hamdt 22.00 Die Frau aus dem Nichts Amerikanischer Spielfilm (1968) Mit Elizabeth Taylor u.a. 23.45 Nachrichten

SÜDWEST

- 18.00 Sonntagstraße 18.30 Sonntagstraße (2) 19.00 Sonntag (3) 19.45 Sonntag (4) 20.00 Tagesschau 20.15 Die eigene Geschichte Ich bleibe lieber hier Eine Türkin in West-Berlin 21.00 Stadt und Land - Haus in Hamdt 22.00 Die Frau aus dem Nichts Amerikanischer Spielfilm (1968) Mit Elizabeth Taylor u.a. 23.45 Nachrichten

3SAT

- 18.00 Löwenzahn 7. Hoarige Geschichten Kompos Kräfte (3) 19.00 heute Sportreport Mit „Sport am Montag“ aus Österreich 21.15 Zeit im Bild 2 21.45 cinema international Chintown Amerikanischer Spielfilm (1974) Mit Jack Nicholson, Faye Dunaway, John Huston u.a. Regie: Roman Polanski Dieser von den klassischen Werken des „Film Noir“ inspirierte Detektivfilm ist Polanskis erster Versuch im Kinogemälde. Jake Gittes, Privatdetektiv im Los Angeles der dreißiger Jahre, wird zufällig in eine skandalöse Korruptions- und Mordaffäre verwickelt. Er kommt einem macht- und geldgierigen Mann auf die Spur, der die gesamte Wasserversorgung der Stadt kontrolliert und an der Zerstörung der Umwelt Millionen verdient.

BAYERN

- 18.15 Heranpassiert 19.00 Live aus dem Alabama 20.45 Blickpunkt Sport 21.45 Rundschau 22.00 Z. E. N. 22.45 Die Bakterien kommen Bericht über biotechnologische Forschung Von Dieter Stengel 22.50 Der Aufpasser Was wäre man ohne Freunde Kriminalfilm 23.35 Rundschau



Colla (Jacques Dutronc) gehört zu den Überlebenden von Malevich, die ihr Eigentum mit dem Waffen verteidigen müssen (Malevich - ARD, 23.00 Uhr) FOTO: ARD

# Washington mit einem neuen nuklearen Konzept

In Genf verhandeln erfahrene Rüstungsstrategen

DW, Washington/Moskau  
Bei den am 12. März in Genf beginnenden Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung werden sich erfahrene Rüstungsexperten der USA und der UdSSR gegenüberstellen: Als Chefunterhändler, jeweils zusätzlich mit einem Spezialgehilfen betraut, Max Kampelman und Viktor Karpow; bei dem neuen Komplex der Weltraumwaffen Kampelman und Julij Kwizinski; bei atomaren Mittelstreckenwaffen (vormals INF) der stellvertretende US-Delegationschef bei den früheren INF-Verhandlungen, Maynard Giltman, und der als Spezialist für atomare Rüstung vorgestellte Alexej Ohuchow; sowie bei atomaren Interkontinental-Raketen (vormals START) Ex-Senator John Tower und Karpow, der schon START-Chefunterhändler war.

Mit Viktor Karpow tritt einer der dienstältesten Rüstungsexperten Moskaus wieder ins Rampenlicht. Er nahm seit 1969 an den Verhandlungen mit den USA über strategische Waffen teil (zunächst SALT, später START). Zuletzt leitete Karpow die sowjetischen Delegationen. Der dem sowjetischen Außenministerium seit 1955 angehörende Karpow kennt die USA: Von 1962 bis 1966 gehörte er der Botschaft in Washington an.

**Spitzendiplomaten**  
Julij Kwizinski war der Moskauer Chef-Unterhändler für die im November 1983 abgebrochenen Genfer Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen (INF). Er gilt als einer der erfahrensten sowjetischen Spitzendiplomaten in Verhandlungen mit dem Westen. Drei Jahre lang war er Gesandter der sowjetischen Botschaft in Bonn. Der Diplomat Ohuchow, der am Samstag vom Sprecher des Außenministeriums, Wladimir Lomejko, als ein „großer Spezialist“ für atomare Rüstung vorgestellt wurde, nahm bereits an den START-Verhandlungen teil.

FRITZ WIRTH, Washington  
Vor dem Hintergrund der Verhandlungen hat die amerikanische Administration ein neues nukleares Konzept für die nächsten Jahrzehnte vorgestellt. Das Konzept, als dessen Urheber der Sonderberater für die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen, Paul Nitze, gilt, ist Anfang des Jahres von Präsident Reagan verabschiedet worden. Es ist ein Drei-Stufen-Plan, der in der ersten Phase, die etwa bis zum Jahre 1985 dauern soll, vorsieht, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten in diesen zehn Jahren eine radikale Reduzierung der vorhandenen und geplanten offensiven und defensiven Nuklearwaffen sowohl zu Lande, zur See und im Weltraum herheiführen.

## Übergangsperiode

Die folgende zweite Phase soll eine Übergangsperiode sein, in der ein nichtnukleares Verteidigungssystem wirksam werden kann, das dann in der dritten Phase schließlich zu einer Abschaffung aller Nuklearwaffen sowohl offensiver als defensiver Art führen soll. Der Plan setzt voraus, daß das gegenwärtig anlaufende Forschungsprogramm zur „Strategischen Verteidigungsinitiative“ (SDI) der USA bis zum Jahre 1995 erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Dieses neue Konzept und besonders das SDI-Programm der Amerikaner werden im Mittelpunkt der neuen Genfer Abrüstungsverhandlungen stehen und mit Sicherheit zu schweren Konfrontationen führen. Der sowjetische Außenminister Gromyko hat bereits in seiner Fernseh-Pressekonferenz vor 14 Tagen angekündigt, daß seine Regierung in Genf mit aller Macht gegen das von den Amerikanern geplante nukleare Abwehrsystem im Weltraum ankämpfen werde.

Es ist diese Zielrichtung der erwartenden sowjetischen Verhandlungsstrategie, die Paul Nitze vernachlässigt, am Wochenende die Erfolgsaussichten der kommenden Genfer Abrüstungsverhandlungen mit vorsichtiger Skepsis einzuschätzen. „Ich glaube, sie sind besser als in der Vergangenheit“, sagte Nitze, „doch ich kann wirklich nicht behaupten, daß sie sehr gut sind.“

Präsident Reagan selbst teilt nicht ganz die Skepsis Nitzes. „Ich bin ein optimistischer geworden, allerdings nicht euphorisch“, erklärte er am Samstag in einem Rundfunkinterview.

# Kohl: Über Waldsterben mit „DDR“ reden

hey, Bonn

Die Bedeutung der weiteren Zusammenarbeit mit Ost-Berlin haben übereinstimmend Bundesregierung und SPD-Opposition hervorgehoben. Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte, es gebe „keine Alternative“ zu den Gesprächen. Ähnlich wie SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel machte Kohl insbesondere die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens beim Umweltschutz deutlich. Er wolle, so der Kanzler am Wochenende, damit nicht von anderen Themen ablenken. Aber wegen der „Brisanz“ müsse „in beiden Teilen Deutschlands mehr für den Umweltschutz getan werden, wenn wir unserer Aufgabe vor künftigen Generationen gerecht werden wollen“.

Kohl zeigte sich „ganz sicher“, daß „DDR“-Staats- und Parteichef Erich Honecker, der ebenfalls der Bekämpfung des Waldsterbens „Priorität“ beimesse, den abgesetzten Besuch in der Bundesrepublik Deutschland „zu irgendeinem Zeitpunkt in absehbarer Zeit“ nachholen werde. Dies werde geschehen, wenn sich das gesamte Ost-West-Klima positiv entwickelt habe, meinte er mit Blick auf die Genfer Abrüstungsverhandlungen.

Ebenfalls zuversichtlich äußerte sich der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, unter anderem zur umstrittenen Frage einer „DDR“-Staatsbürgerschaft. Die Indizien verdichteten sich, daß die „DDR“ zwischen ihrer Forderung nach „Anerkennung“ und seinem Vorschlag nach „Respektierung“ keinen Unterschied mehr sehe. Wenn dies deutlich werde, könne der innenpolitische Streit beendet sein.

Der stellvertretende SPD-Chef und NRW-Ministerpräsident Johannes Rau forderte die Regierung auf, sich in der Fortsetzung ihrer 1983 formulierten Deutschland- und Ostpolitik nicht „irritieren“ zu lassen. Die Opposition sei dann bei dem Suchen nach „so viel Zusammenarbeit wie nur möglich“ zur Hilfe bereit. Der Fraktionsvorsitzende Vogel begrüßte noch einmal den Vorschlag von Bundestagspräsident Philipp Jenninger nach Kontakten zur Volkskammer. Allerdings soll laut Vogel, der „nichts herbeschenken“ will, die Frage der Elbe-Grenze und der Erfassungstelle Salzgitte erneut geprüft werden.

# Johannes Paul II. warnt in Südamerika vor der „Theologie der Befreiung“

Erste Station der zwölftägigen Reise ist Venezuela / Castro zu Treffen mit dem Papst bereit

DW, Caracas  
Zu Beginn seiner zwölftägigen Südamerika-Reise hat sich Papst Johannes Paul II. am Samstag in der venezolanischen Hauptstadt Caracas indirekt gegen die „Theologie der Befreiung“ ausgesprochen. Vor dem Episkopat Venezuelas sagte der Papst, es gebe Kirchenvertreter, die „nicht die Wahrheit Christi, sondern ihre eigenen Theorien“ verkündeten, „manchmal in offenem Widerspruch zur Lehramt der Kirche“.

Manche verfälschten sogar das Evangelium, indem sie es in den Dienst von Ideologien oder politischen Strategien stellten, auf der Suche nach einer „illusorischen Befreiung im Diesseits, die nicht die der Kirche ist und auch nicht zum echten Wohl des Menschen beiträgt“. Er forderte die Bischöfe auf, „irriges Lehren“ von den Gläubigen fernzuhalten und Fehler möglichst rasch zu korrigieren. Dies gehöre zu ihren „schwerwiegenden Verpflichtungen“.

## Pertini empfahl Rücktritt des Arbeitsministers

F.M., Rom

Der Fall des sozialistischen italienischen Arbeitsminister Gianni De Michelis, der Anfang Januar in Paris mit dem flüchtigen Terroristen Oreste Scalzone zusammengetroffen war, hat sich zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Staatspräsident Sandro Pertini und Ministerpräsident Bettino Craxi ausgeweitet. Pertini vertrat in einem Brief an Craxi die Ansicht, daß der Arbeitsminister nach dem Vorfall zum Rücktritt „verpflichtet“ sei.

Craxi bestritt zunächst die Existenz eines solchen Briefes, dessen Inhalt von einer Zeitung publik gemacht worden war. Er mußte sich jedoch vom Präsidentenamt dementen lassen, das in einem Kommuniqué mitteilte: Hinsichtlich der Nachrichten über einen Brief des Staatspräsidenten an den Ministerpräsidenten in der Angelegenheit De Michelis wird bestätigt, daß dieser Brief am 23. Januar abgegangen ist“.

# Kabinett des Libanon in Gefahr

AFP, Beirut

Durch den am Samstag erfolgten Rücktritt des libanesischen Ministers Selim el Hoss, zuständig für Wirtschaft, Erziehung und Soziales, droht die am 30. April 1984 gebildete Regierung der nationalen Einheit unter Raschid Karame auseinanderzubrechen. Erste Folge des Rücktritts war gestern die Vertagung einer außerordentlichen Sitzung des Ministerrats, in der über Wirtschaftsmaßnahmen entschieden werden sollte. Läßt sich El Hoss nicht umstimmen, so wird nach Ansicht von Beobachtern das neunköpfige Kabinett in den nächsten Tagen zerbrechen, da weitere Minister dem Beispiel des Wirtschaftsministers folgen könnten. In gutinformierten Kreisen wird nicht ausgeschlossen, daß ein Vertreter Syriens nach Beirut zu Unterredungen mit El Hoss entsandt wird. Der Minister hatte bereits mehrfach die Politik der Regierung zu Fragen der Wirtschaft und inneren Sicherheit kritisiert.

# Warschau fordert von Priestern Zurückhaltung

dpa, Warschau

Der Vorsitzende des polnischen Amtes für Kirchenfragen, Adam Lopatka, hat die Führung der katholischen Kirche aufgefordert, gegen „illegale“ Handlungen von Priestern und die Verwendung kirchlicher Räume und religiöser Symbole für „staatsfeindliche“ Ziele vorzugehen. In einem am Samstag von der Regierungszeitung „Rzeczpospolita“ veröffentlichten Interview versicherte der Minister, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche würden durch die „gegen die Verfassung und die Gesetze verstoßenden Aktivitäten einiger Priester und Laien“ gestört, die kirchliche Institutionen für Ziele ausnutzen, „die den Gesetzen und der Staatsraison Polens“ widersprechen und auch der Kirche schaden. Lopatka sprach von dem „klerikalischen Klerikalismus einiger Priester“, die gegen den Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat verstießen.

# Warschau fordert von Priestern Zurückhaltung

dpa, Warschau

Die kurzfristige Lösung muß aber nach Auffassung der Experten im Bundesarbeitsministerium gefunden werden. Alles deutet nämlich darauf hin, daß sich die Finanzlage der Rentenversicherung auch gegenüber der jüngsten Schätzung auf der Basis der Zahlungseingänge bis zum 31. Dezember weiter verschlechtert hat. Gegenüber den Schätzungen im Oktober, die auch in den Rentenansparungsbericht der Bundesregierung eingegangen waren, hat sich die finanzielle Situation um mehr als zwei Milliarden Mark verschlechtert.

# Renten: Finanzlage verschlechtert

PETER JENTSCH, Bonn

Die Finanzlage der Rentenversicherung hat sich gegenüber den bisherigen Erwartungen weiter verschlechtert. Im Bundesarbeitsministerium erwägt man bereits weitere Schritte zur kurzfristigen Liquiditätssicherung.

Nach Informationen der WELT werden drei Vorschläge diskutiert: - Die Beiträge zur Rentenversicherung sollen noch in diesem Jahr - und damit bereits zum zweitenmal innerhalb weniger Monate - um 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte auf 18,9 bzw. 19 Prozent angehoben werden.

Um dies für Arbeitnehmer wie Wirtschaft „kostenneutral“ zu gestalten, sollen gleichzeitig die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entsprechend gesenkt werden. Alternativ wird erwogen, den Bundeszuschuß an die Rentenversicherung aufzustocken. Das aber stößt, wie es heißt, auf wenig Gegenliebe bei Finanzminister Stoltenberg.

Als dritte Möglichkeit wird die Anhebung der Bemessungsgrundlage für die Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit (BA) etwa auf 75 Prozent diskutiert. Dieser Vorschlag dürfte aber die geringsten Chancen in den Koalitionsfraktionen haben, da man mit Rücksicht auf den Bundeshaushalt eine Wiederanhebung der Bemessungsgrundlage kurz nach ihrer Reduzierung für problematisch hält.

# Privatversicherte entlasten das soziale Netz

Das System der Krankenversicherung ist so gegliedert, daß alle Bürger Versicherungsschutz finden. Die gesetzlichen Krankenversicherungen sind für die Menschen geschaffen worden, die im Krankheitsfall sozialen Schutz brauchen. Inzwischen aber nehmen viele, die nicht sozial schutzbedürftig sind, diese Leistungen in Anspruch. Damit wird das soziale Netz überdehnt.

Die privaten Krankenversicherungen schützen diejenigen, die selbst vorsorgen können, durch einen maßgeschneiderten und umfassenden Versicherungsschutz, der auch Sonderwünsche berücksichtigt.

So überstehen zum Beispiel Kinder die Behandlung im Krankenhaus rascher und ohne seelischen Schaden, wenn die Mutter dabei sein kann. Aufwendungen für eine Mitaufnahme, die nicht auf medizinischen, sondern auf psychologischen

Gründen beruht, können nur durch die private Krankenversicherung abgedeckt werden.

Die Fortschrittlichkeit, die Flexibilität und die Leistungsfähigkeit des privaten Krankenversicherungsschutzes werden überall zunehmend anerkannt. Immer mehr Menschen kommen zur privaten Krankenversicherung.

Damit Sie mehr erfahren: Bitte Broschüre anfordern (kostenlos) - Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Postfach 511040, 5000 Köln 51. - Informationen erhalten Sie auch über Bildschirmtext \*19078 #.

Die privaten Krankenversicherer sorgen für Privatversicherer Fortschritt



# „Es darf keine Partei-Kirche geben“

Gespräch mit der CDU-Abgeordneten Ingrid Roitzsch zum Streit um Polit-Pastoren

GÜNTHER BADING, Bonn  
Die CDU-Abgeordnete Ingrid Roitzsch hat sich gegen Vorwürfe aus der norddeutschen Kirche zur Wehr gesetzt, sie wolle mit dem von ihr initiierten „Aufruf an unsere Bischöfe“ (WELT v. 17. 1.) der linken Indoktrination in der Kirche Agitation „von rechts“ entgegenzusetzen. Sie sei sich bewußt, daß sie mit ihrer öffentlichen Überlegung über einen Kirchenaustritt aufgrund der Politisierung der Kirchenarbeit und der Untätigkeit der leitenden Bischöfe den Anstoß zu diesem „Aufruf“ gegeben habe. „Aber das habe ich doch nicht als Politikerin getan“, sagte Frau Roitzsch im Gespräch mit der WELT. „Weil ich der Meinung bin, daß Politik Parteipolitik überhaupt nicht in die Kirche gehört - weder von rechts noch von links.“

Die Abgeordnete (44, verheiratet, zwei Kinder) aus Quickborn war so verändert, daß sie zeitweise mit dem Gedanken eines Kirchenaustritts gespielt hat. Heute sagt sie: „Ich liebe in dieser Kirche, solange ich auch nur einen Schimmer an Hoffnung sehe, daß man etwas zum Positiven, sprich zum Ursprünglichen verändern kann.“ Bestürzt ist für sie der „Ekklesienschwandel mit Talar und Kanzel“, mit dem manche Pastoren

Politik betrieben. Sie sehe diese Pastoren als „Systemveränderer“, die aus einem ganz klaren für sich selbst gesteckten politischen Auftrag handeln und gegen diesen Staat angehen.“ Man müsse sich daran erinnern, daß Staat und Kirche durch einen Staatsvertrag miteinander verbunden seien. „Da muß man sich wirklich - in dem Fall als Politikerin - fragen: Kann der Staat mit einem solchen Partner einen Staatsvertrag haben, der nicht verhindert, daß seine Mitarbeiter diesen Staat aus seinem Angeln zu beben versuchen?“

Die Diskussion um die linke Agitation in der evangelisch-lutherischen Kirche ist für Frau Roitzsch nicht neu. Eigentlich Auslöser war eine Weihnachtspredigt in ihrer Heimatgemeinde. Damals hatte der Pastor Maria und Joseph als „Stallbesetzer“ bezeichnet, erklärt, er sei lieber rot als tot. Außerdem hatte er eine Jugendgruppe das Ergebnis einer „Meinungsumfrage“ vortragen lassen, aus der angeht hervorging, daß „nur die Linken für den Frieden sind“. Damals, gerade in den Bundestag gewählt, habe sie auf Bitten von Gemeindegliedern, auch Angehörigen des Kirchenvorstands die Diskussion zunächst mit diesem Pastor, später auch mit den Bischöfen der

Kirchenleitung begonnen. Fazit der vielen Gespräche mit der Kirchenleitung seit April 1980: „Es ist nichts geschehen.“ Die Distanzierung der Bischöfe per Pressemitteilung vom Aufruf zur totalen „Kriegsdienstverweigerung“ der 27 Pastoren Ende vergangenen Jahres sei nicht genug. Von dem durch linke Probste an die Pastoren gesandten „Fürbittegebet“ für Nicaragua hätten sich die Bischöfe gar nicht distanziert. Darin heißt es unter anderem, Nicaragua fühle sich „bedroht - bedroht von einer Invasion durch die USA“. Das kleine Land laufe deshalb Gefahr, „wieder in einen Zustand zurückgeworfen zu werden, wo Hunger, Folter und Mord herrschen“. Frau Roitzsch nennt dies pure anti-amerikanische, kommunistische Agitation.

Betrübt ist die Abgeordnete, daß der Vorsitzende der norddeutschen Kirchenleitung, Bischof Stoll, den sie zusammen mit zehn weiteren Persönlichkeiten unterschrieben hat, einfach in ein Rechts-Links-Schema einordnen will. „Wenn ein Bischof so bestürzende Tatbestände auf einen so vereinfachenden Nenner bringt und sagt: Linke und Rechte müssen in der Kirche leben“, dann hat er einfach nicht begriffen, worum es geht.“

# Dresden gedenkt des Infernos von 1945

SED will Übereinstimmung ihrer Politik mit kirchlichem Friedenshandeln bekunden

hrk, Berlin

Die „DDR“-Führung bemüht sich nach Eindrücken westlicher Kirchenkreise darum, einen hohen Repräsentanten der evangelischen Kirche in Mitteleuropa für die Teilnahme an der Staatskundgebung anlässlich des 40. Jahrestages der Vernichtung Dresdens zu gewinnen. SED-Generalsekretär Erich Honecker wird am Nachmittag des 13. Februars auf einer Kundgebung unter freiem Himmel in der Stadt sprechen. Für den Abend ist die festliche Eröffnung der originalgetreu wieder hergerichteten, weltberühmten Semper-Oper vorgesehen. Prominente westliche Politiker werden dabei offenbar nicht anwesend sein.

Die staatlichen Zeremonien zum 40. Jahrestag der Zerstörung von „Elb-Florenz“ durch britische Bomben beginnen am Vormittag des 13. Februar mit einem ehrenden Gedenken auf dem Dresdner Heidefriedhof. Dort ruhen die Überreste von knapp 30 000 Opfern der Greuelnacht. Nach den Vorstellungen der SED-Führung wäre es sinnvoll, wenn die Ansprache von Honecker am selben Nachmittag vor Zehntausenden von Dresdnern, die das Schicksal ihrer leidgeprüften Stadt unabhängig von ihrer politi-

schen Einstellung zur „DDR“ betrauen wollen, vom Grußwort eines führenden evangelischen Geistlichen flankiert würde. Auf diese Weise könnte nach Auffassung der Partei die Übereinstimmung von staatlicher Friedenspolitik und kirchlichem Friedenshandeln öffentlich dokumentiert werden.

Schon im vergangenen Jahr sprach bei einer ähnlichen Kundgebung eine, wenn auch unbekannt, evangelische Pastorin aus dem Umfeld der Ost-CDU. Die damalige Veranstaltung fand in der Nähe der Frauenkirche statt, während die für den 13. Februar geplante Kundgebung zum erstenmal auf dem Theater-Platz vor der rekonstruierten Semper-Oper vorgesehen ist.

Bei der abendlichen Eröffnung der Oper, einem der eindrucksvollsten deutschen Bauwerke, wird außer dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, anscheinend kein ranghoher Gast der Bundesregierung anwesend sein. Das Gebäude selbst - seit Sommer 1984 spielfertig - war im vergangenen Frühjahr bereits dem damaligen designierten Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker bei einem Pri-

vatesuch und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff im Anschluß an die Leipziger Messe gezeigt worden. Zuletzt bekam Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau zu Beginn dieses Jahres den Zutritt zum Opernhaus.

Auf kirchlicher Seite sind zwei Veranstaltungen anlässlich des Jahrestages der barbarischen Zerstörung Dresdens vorgesehen: Am Abend des 12. Februar findet in der Christuskirche ein Forum statt, bei dem das Thema „Frieden“ im Vordergrund steht.

Für den Abend des 13. Februar - zeitgleich mit der Premiere des Opernhauses - läßt die evangelisch-lutherische Landeskirche zu einem Requiem in der Kreuzkirche ein. Landeshochbischof Johannes Hempel, zugleich Vorsitzender des „DDR“-Kirchenbundes, hält die Gedenkansprache. Zu diesem Abend haben die Gastgeber eine Reihe ökumenischer Gäste eingeladen. In den Jahren zuvor hatte sich nach ähnlichen Veranstaltungen jeweils eine friedfertige Prozession junger Menschen in Bewegung gesetzt, die mit Kerzen in der Hand zur Ruine der Frauenkirche zogen und dort Lieder der Friedensbewegung wie „We shall overcome“ sangen.



Auf alten Wegen

Einmal muß man dem Güterverkehrsverkehr und der Binnenschifffahrt lassen. Sie haben beim Seehafenhinterlandverkehr so geschickt taktiert, daß es kaum zu einer Gesetzesänderung kommen wird.

Gesetze geändert werden. Nun hat der Güterverkehrsverkehr Zugeständnisse auf den Tisch gelegt, die auf eine Tarifenkung von mehr als zehn Prozent hinauslaufen und auch die Möglichkeiten für Sonderabsprachen verbessern.

Falls, so die Einlassung Dollingers, das Gewerbe „freiwillig“ keine zureichenden Angebote für die Tarifgestaltung unterbreiten würde, dann sollten die entsprechenden

Zu ehrgeizige Ziele

Von WILHELM FURLER, London

Die Reaktionen in der britischen Finanz- und Geschäftswelt auf das von der Regierung Thatcher vorgelegte Sparprogramm für die nächsten drei Jahre sind alles andere als positiv.

Feuerwehrlanten wie Eisenbahnen hüpfen schon jetzt das Herz im Leibe aus Vortreue auf die nächsten Tarifverhandlungen.

Das Anliegen an sich, den Gürtel so eng wie möglich zu schnallen, ehrt. Aber macht sich eine Regierung nicht in hohem Maße ungläubig, wenn sie Prämissen setzt, die niemals eingehalten werden können?

Bedenken an dem Ausgabenprogramm der Regierung sind auch angebracht. Die Zielsetzung, insbesondere das Vorhaben von Schatzkanzler Lawson, die Staatsausgaben im kommenden Finanzjahr, das im April beginnt, real sogar zu kürzen, muß als zu ehrgeizig bewertet werden, wenn gleich ein Sparprogramm und die Motivierung hierfür durchaus zu begrüßen sind.

Kaum jemand wird der Regierung abnehmen, daß jetzt plötzlich gelingen soll, was in all den Jahren seit der Amtsbekleidung 1979 auch nicht annähernd gelungen ist. Man fragt sich, ob Frau Thatcher und ihre Minister selbst daran glauben, was sie in ihr Weißbuch geschrieben haben, daß nämlich im kommenden Finanzjahr einer vorausgesetzten Inflationsrate von rund vier Prozent ein Anstieg der Staatsausgaben um nur 3,1 Prozent gegenüberstehen wird.

Die Regierung handelt sich den Vorwurf ein, daß sie wieder einmal zu unrealistischen und unplanbaren Projektionen verleitet wurde, nur um an ihrer mittelfristigen Planung festhalten zu können. Was soll man zum Beispiel von der erneut ins Weißbuch geschriebenen Voraussetzung halten, die Anhebung der Bezüge im öffentlichen Dienst könnte auf Jahresbasis auf drei Prozent beschränkt werden? Wie schon in den Jahren zuvor ist auch diesmal nicht daran zu denken:

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten, der gegenwärtig bei 4,6 Prozent auf Jahresbasis liegt, wird sich angesichts gestiegener Zinsen und teurer Importe aufgrund der anhaltenden Pfund-Schwäche bestimmt nicht auf rund vier Prozent im Durchschnitt des kommenden Finanzjahres drücken lassen. Und die Annahme, daß die Arbeitslosenrate nicht über die gegenwärtig rund drei Millionen hinaus steigen dürfte, wird von nicht einem einzigen Wirtschaftsforschungsinstitut geteilt. Wie teuer aber ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen wird, zeigt die Entwicklung der Ausgaben für Arbeitslosen-Unterstützung: Seit 1979 hat sie sich von 1,47 auf heute 6,4 Milliarden Pfund (23 Milliarden Mark) mehr als verdreifacht.

Ganz abgesehen von der geradezu unersättlichen Vernachlässigung realistischer Ansätze muß der Regierung der Vorwurf gemacht werden, mit ihrem Sparprogramm die Infrastruktur des Landes sträflich zu vernachlässigen. Fortgesetzte Kürzungen der Kapitalinvestitionen haben nicht nur dazu geführt, daß Großbritannien im Ausbau seiner Infrastruktur weit dem kontinental-europäischen Standard hinterherhinkt, was unter anderem der Wirtschaft des Landes erhebliche Wettbewerbsnachteile aufbringt.

Sondern sie haben auch zu einer rapiden Qualitätsverschlechterung in der bestehenden Infrastruktur geführt - so im Straßennetz, in der Wasser- und Abwasser-Versorgung, im Bestand an Schulen, Krankenhäusern und Gefängnissen. Was würden Aktionäre von einem Vorstand halten, der in ähnlicher Weise talentlos zusahle, wie die Anlagen heruntergewirtschaftet werden und verwahrlosten?

TECHNOLOGIE

Erhebliche Fortschritte bei der Wettbewerbsfähigkeit

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Positiv zur technologischen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik haben sich Forschungsinstitute Heinz Riesenhuber und der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, geäußert. Gestützt wird diese Ansicht auch durch eine Analyse des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Nach Ansicht Riesenhubers sind im Bereich der Informationstechniken in den vergangenen beiden Jahren erhebliche Fortschritte gemacht worden. Von besonderer Bedeutung sei, daß die deutsche Wirtschaft beim Gesamtumsatz von Mechanik und Elektronik, von Regeltechnik und Anlagen erheblich vorangekommen sei. Dies gelte für die Maschinen- und Anlagenbau, den Silikon- und die deutsche Exportwirtschaft. Stark sei die Position auch bei Arzneimitteln und bei Kunststoffen.

Werde die Wettbewerbsposition anhand der Lieferanteile bei technologisch-intensiver Produktion am Weltmarkt, an Auslandsauftragsmeldungen und der Zahl der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung gemessen, dann nimmt die Bundesrepublik nach Ansicht Essers nach den USA nach wie vor eine Spitzenstellung ein.

Die strukturelle Unterbeschäftigung sei in erster Linie eine Folge zu hoher Personalkosten und weniger die Folge des technischen Fortschritts. Der Einsatz der modernen Elektronik löse Beschäftigungsimpulse aus. Nach der Analyse des Kieler Instituts haben sich die Forschungsaufwendungen und die Patenterteilungen der deutschen Wirtschaft denen in den USA angenähert. Probleme gebe es bei der Umsetzung in der Produktion.

KERNENERGIE / Amerikas Atomwirtschaft in einer Übergangsperiode

Die großen Reaktorhersteller sehen die Auftragskrise als überwunden an

Es gehört zu beiden Seiten des Atlantiks zum guten Stil, rüde mit der Atomwirtschaft umzugehen. Aber die US-Kernkraft ist besser als ihr Ruf. Gegenwärtig macht Amerikas Atomwirtschaft einer Übergangsperiode durch: Angesichts der Luftverschmutzung durch fossile Energieträger ist Kernkraft nicht mehr tabu; bei Abstimmungen sprechen sich Gemeinden für die Inbetriebnahme von Reaktoren aus. Der Zug fährt, wenn auch nicht schnell, eindeutig in Richtung mehr Atomenergie.

H.A. SIEBERT, Washington
Arbeitsgruppe eingesetzt, die prüfen soll, wie 23 Reaktorvorhaben reaktiviert werden können. Das Kernproblem sind in Amerika nicht mehr die Umweltgruppen, die lange gegen die Kernkraft Sturm gelaufen sind. Ein Urteil des Obersten Gerichtshofes hat hier klarere Verhältnisse geschaffen, indem es die Verknüpfung von Bauverboten durch einstweilige Verfügung erschwerte. Was die weitere Ausbreitung der Kernkraft bremst, sind die enormen Kostensteigerungen, über die bekanntlich das Washington Public Power Supply System, zu dem sich im pazifischen Nordwesten mehr als 100 Stromerzeuger zusammenschlossen hatten, stolperte. Von 1974 bis 1981 war der Preis für fünf 1000-Megawatt-Atomkraftwerke von vier auf 24 Milliarden Dollar geschwellt.

Natürlich haben sich die Erwartungen der Kernkraft-Befürworter nicht erfüllt. Trotz der vorsichtigen Unterstützung durch die Reagan-Administration sind noch im letzten Jahr, vor allem im Mittelwesten, acht Reaktoraufräge gestrichen und 29 auf später verschoben worden. Auf der Kippe stehen Seabrook 1 in New Hampshire und vielleicht auch Shoreham auf Long Island. Aber das ändert an der Tatsache nichts, daß auf zur Zeit 33 Baustellen die Arbeit normal verläuft. Im Frühjahr 1984 hat das Energieministerium in Washington eine

Die „Großen Drei“ unter den US-Reaktorherstellern - Westinghouse, General Electric und Combustion Engineering - halten die Auftragskrise längerfristig für überwunden. Trotz der Rückschläge bei Einzelprojekten, die Schlagzellen machen, haben soeben drei Reaktoren eine erste Betriebslaubnis erhalten. Insgesamt hat Washington 1984 sieben Lizenzen erteilt; weitere vier sind in den kommenden Monaten fällig. Nüchterne Fakten unterstreichen den Erfolg: Seit der Ölkrise 1973 hat sich in den USA der Anteil der Kernkraft an der Stromerzeugung von 4,5 auf 14 Prozent erhöht. Die Jahresleistung übersteigt bereits 325 Milliarden Kilowattstunden. Nahezu verdreifacht hat sich die Reaktorleistung, und zwar von rund 21 000 auf 76 000 Megawatt. Lizenziert sind insgesamt 91 Atomkraftwerke, davon werden zehn noch nicht kommerziell genutzt. Im Bau befinden sich 36 Reaktoren. Das sind ansehnliche Zahlen. Auf einen erreichte jedoch die in den elf Jahren stürmten 110 Reaktoraufträge. Blickt man genauer hin, dann stellen sie die Hälfte der unmittelbar

nach dem arabischen Ölshock geplanten Atomkraftwerke dar. Damals saß die Furcht vor einem Energiegedränge tief, die Elektrizitätsgesellschaften wollten den Ordnung nicht verpassen. So fielen zum Beispiel alle 26 Anlagen, die auf dem Höhepunkt der Krise, 1974, bestellt wurden, dem Rostrost zum Opfer. Es waren jedoch in der Hauptsache ökonomische Gründe; denn die Planung stützte sich auf ein jährliches Stromverbrauchsplus von sieben Prozent. Die wirkliche Wachstumsrate, reduziert durch die folgende lange Stagnation, betrug 2,6 Prozent. Natürlich haben sich die Erwartungen der Kernkraft-Befürworter nicht erfüllt. Trotz der vorsichtigen Unterstützung durch die Reagan-Administration sind noch im letzten Jahr, vor allem im Mittelwesten, acht Reaktoraufräge gestrichen und 29 auf später verschoben worden. Auf der Kippe stehen Seabrook 1 in New Hampshire und vielleicht auch Shoreham auf Long Island. Aber das ändert an der Tatsache nichts, daß auf zur Zeit 33 Baustellen die Arbeit normal verläuft. Im Frühjahr 1984 hat das Energieministerium in Washington eine

US-AKTIENMÄRKTE

Kurse schießen nach oben, aber Warnzeichen bleiben

DW, Washington
Es kommt selten vor, daß Wall Street-Prognosen wirklich eintreffen. Diesmal liegen die Auguren richtig: Nach dem schwachen Start in der ersten Januar-Woche geht es an den US-Aktienmärkten, wenn auch im Zickzack, steil nach oben. An 15 Börsentagen hintereinander haben die Gewinner die Verlierer im Verhältnis 3:2 ausgebootet, was die Kaufbreite unterstreicht. Dabei schnitten Standardwerte besser ab, als die im Dow Jones-Industrie-Index zusammengefaßten 30 „Glamours“.

Aktien um. Dies wundert nicht, da die Renditen für 30jährige Treasury Bonds, die den Zins für Hypotheken und Unternehmensanleihen beeinflussen, schneller sinken. Freitag brachten sie nur noch 11,18 Prozent; für 10jährige Treasury Notes betrug die Rendite 10,95 Prozent.

Im Wochenverlauf schnellte der populäre „Dow“ um 48,70 (Freitag plus 5,36) auf 1276,06 Punkte. Er liegt jetzt noch um elf Punkte unter seinem im November 1983 erreichten Hoch. Der umfassende Nyse-Index stieg sogar um 3,38 (0,39) auf 102,42 Punkte und brach damit seinen bisherigen Rekord. Das gilt übrigens auch für den Index von Standard & Poor's, der 500 Aktien enthält. Gefragt sind plötzlich Investmenthäuser wie Merrill Lynch und Phibro-Salomon; ansonsten konzentriert sich das Interesse auf Firmen wie IBM, International Paper und Phillips Petroleum.

Viele Broker träumen schon von einem „Dow“ der 1400 Punkte übersteigt. Aber Warnzeichen bleiben. Als Bumerang kann sich nach Ansicht der Wall Street die Aussage des künftigen US-Finanzministers James A. Baker vor dem Finanzkomitee des Senats erweisen, wonach das Weiße Haus den Abbau der riesigen Haushaltsdefizite und die geplante Steuerreform als gleichrangige Ziele ansieht. Eine solche Strategie überfordert den Kongreß und kann beide Vorhaben torpedieren.

Der Schlüssel für die Fortsetzung der Hausse ist leicht zu finden: Nach dem Rückgang der Zinsen drängen private Investoren auf den Markt. Im vergangenen Jahr verdrängten sie die Börsenbild durch eine massive Liquidierung ihrer Portefolios; nun steigen sie wieder von Renten auf

Für die Finanzmärkte hat das US-Budget absolute Priorität, zumal sich in den ersten drei Monaten des Finanzjahres 1985 das Defizit gegenüber dem Vorjahr von 63,3 auf 73,4 Mrd. Dollar erhöhte. Im Dezember erreichte die Bundesschuld 1663 Mrd. Dollar, die im selben Monat 23,4 Mrd. Dollar an Zinsen verschlang. Laut Preston Martin, dem stellvertretenden „Fed“-Chef, müßten bei der gegenwärtigen Inflationsrate von vier Prozent die langfristigen Zinsen um zwei bis drei Prozent niedriger sein. Daß dem nicht so ist, sei ein Beweis dafür, daß die Märkte der Preisstabilität nicht trauen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Süßwaren werden teurer

Köln (hdt) - Der Kostendruck auf der Rohstoffseite, vor allem bei Rohkakaos, Pflanzenfetten und Ölsamen, aber auch bei Verpackungen, macht nach Meinung der Süßwarenindustrie eine Preiserhöhung im laufenden Jahr unumgänglich. Diese Meinung vertritt die Branche auf der gestern in Köln eröffneten 15. Internationalen Süßwarenmesse, der größten ihrer Art, an 831 Aussteller aus 39 Ländern teilnehmen. Sie vertreten eine Branche, die weltweit einen jährlichen Produktionswert von 50 Mrd. Dollar anzubieten hat. Die deutsche Süßwarenindustrie erhöhte ihren Produktionswert 1984 um 6,4 Prozent auf 12,3 Mrd. DM, wobei das Exportvolumen von rund 2 Mrd. DM etwa dem Wert der Einfuhren entsprach.

steme sollten Bestandteil der Landwirtschaftspolitik werden. Um zu verhindern, daß die Probleme des Überangebots anstatt gelöst einfach von einem Produktionssektor auf einen anderen verlagert werden, sollten die Maßnahmen zur Beschränkung möglichst auf den gesamten landwirtschaftlichen Bereich bezogen werden.

Airbus für China

Peking (AFP) - Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Neues China hat am Wochenende den Kauf von drei Mittelstreckenflugzeugen „Airbus A-310“ angekündigt. Unter Berufung auf einen „Handelsbeauftragten“ fügte die Agentur hinzu, der in der vergangenen Woche paraphierte erste Vertrag mit dem europäischen Airbus-Konsortium werde im März in Peking unterzeichnet. Ein Kaufpreis ist nicht genannt. Zwei der drei Maschinen werden im Juni 1985 und die dritte im Jahre 1986 ausgeliefert.

Antritt ratifiziert

Brüssel (VWD) - Der Austritt Grönlands aus der Europäischen Gemeinschaft kann zum 1. Februar 1985 in Kraft treten. Alle nationalen Parlamente haben mittlerweile die Austrittsurkunde ratifiziert. Ursprünglich war der Austritt Grönlands zum 1. Januar 1985 vorgesehen, mußte aber wegen der Verzögerungen in der Ratifizierungsprozeduren einzelner Parlamente verschoben werden. Der EG-Ministerrat hatte bereits am 15. Januar für Grönland eine Finanzhilfe für 1985 in Höhe von knapp 600 Mill. DM bewilligt, die als Gegenleistung für Fischereirechte der Gemeinschaft, vor allem Deutschlands, in grönländischen Gewässern gezahlt wird.

Basse-Bank geschlossen

Frankfurt (rd.) - Die Berliner Bankenaufsichtsbehörde hat am Freitag die Schließung der Schalter des Bankhauses Wilhelm Basse KG in Hannover angeordnet, deren Kundeneinlagen durch den Feuerwehreffonds des privaten Bankgewerbes gesichert sind. Die Bank soll Verluste im Kreditgeschäft erlitten haben. Die kleine, 1980 gegründete Privatbank hatte Ende 1983 bei 5,7 Mill. DM Eigenkapital eine Bilanzsumme von knapp 95 Mill. DM, davon gut 87 Mill. DM Einlagen. Komplementäre der Bank sind Manfred Heller und die Vermögensverwaltungs-Gesellschaft m.H. Im Kreditgewerbe hat die Schließung der Bank keinerlei Wirbel verursacht, weil das Institut als unbedeutend gilt.

Entschädigung gefordert

Berlin (dpa) - Für eine Halbierung der Schadstoffbelastung der Wälder bis zum Jahre 1993 hat sich die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände am Rande der 50. Internationalen Grünen Woche in Berlin eingesetzt. Außerdem forderte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Philipp Freiherr von Boeselager, erneut eine Schadensvergütung für die vom Waldsterben betroffenen Waldbesitzer, deren Verluste zur Zeit im Bundesgebiet etwa eine Milliarde Mark jährlich betragen.

Gegen Agrarüberschüsse

Paris (dpa/VWD) - Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat jetzt die Industrieländer aufgefordert, die landwirtschaftlichen Überschüsse abzubauen. Es gebe eine Reihe von Möglichkeiten, das Angebot unter Kontrolle zu halten, schreibt die Organisation in ihrem jüngsten Bericht. So könne beispielsweise Druck auf die Preise ausgeübt oder die Produktion beschränkt werden. Quotensy-

Iran stoppt Importe

Teheran (tr) - Iran hat nach Informationen aus Diplomatenkreisen angesichts fallender Ölexporte und niedriger Währungsreserven seine Importe fast vollständig gestoppt. So habe die Zentralbank in der vergangenen Woche eine interne Anordnung herausgegeben, die alle Kreditbriefe für Importe mit erheblichen Restriktionen versehen. Iran lehnt Handelsgeschäfte, die nicht im Rahmen eines Tauschgeschäftes den Kauf von Öl beinhalten, ab.

Weg der Kurse

Table with 3 columns: Company Name, 25.1.85, 18.1.85. Includes Boeing, Chrysler, Coca-Cola, Exxon, Ford Motors, IBM, PanAm, US Steel, Woolworth.

ABGASARME AUTOS

Neuer Zeitplan der Kommission?

WILHELM HADLER, Brüssel
Die EG-Kommission ist bereit, ihre ursprünglichen Zeitplan für die Einführung umweltfreundlicher Autos zu revidieren, hält aber die von Europäisches Parlament vorgeschlagenen Termine für zu optimistisch. Dies geht aus einer Positionsbestimmung hervor, die auf Initiative des neuen britischen Umweltkommissars Davis vorgenommen wurde. Nach einem Vorschlag des Parlaments sollen die europäischen Immissionsnormen für Autos grundsätzlich bereits zum 1.10.1986 an die strenger amerikanischen Vorschriften angeglichen, zugleich aber Ausnahmemöglichkeiten für die Typen geschaffen werden, bei denen die Umstellung technische oder wirtschaftliche Probleme stellt. Die ursprünglichen Vorschläge der Kommission gingen dagegen von einer endgültigen Einführung der neuen Abgaswerte bis 1995 aus. In ihren neuen „Orientierungen“ vertritt die EG-Behörde die Auffassung, der Plan des Parlaments die Gewähr der Industrie keine ausreichende Anpassungsfrist und sei daher nicht realisierbar. Die verkürzte Frist werde außerdem dazu führen, für die Zukunft eine weniger kostspielige Methode als den Einbau von Katalysatoren auszuschließen. Eine größere Zahl von Ausnahmen berge die Gefahr, daß die positiven Folgen für die Umwelt verlorengehen und die Einheit des europäischen Marktes beeinträchtigt werde.

OPEC-SITZUNG

Preisprobleme im Vordergrund

DW, Genf
Der internationale Druck auf die Ölpreise und die daraus entstehenden Probleme beherrschen die Sonderitzung, zu der dreizehn Fachminister der Organisation Erdöl-exportierender Länder (Opec) heute zusammen gekommen sind. Schon Anfang der Woche hatte es Spekulationen gegeben, der Opec-Richtpreis von 29 Dollar pro Barrel (159 Liter) werde herabgesetzt. Die Gerüchte waren allerdings sofort demontiert worden. Als am Samstag der Preisüberwachungsausschuß - wie üblich im Vorfeld einer Ministerkonferenz - tagte, äußerten die 13 teilnehmenden Opec-Minister die Auffassung, daß die Preisunterschiede zwischen den teureren Leichtölen und den billigeren Schwerölen - 3,75 Dollar pro Barrel - abgebaut werden müsse. Die Frage ist allerdings, welcher der beiden Preise reduziert und welcher heraufgesetzt werden soll. Die Mehrzahl sprach sich am Wochenende für ein Anheben des Schwerölpreises und gegen eine Senkung des Richtpreises aus. Damit wäre allerdings das Hauptproblem der Opec nicht gelöst, da am freien Ölmarkt vor allem für Leichtöle deutlich weniger als 29 Dollar pro Barrel gezahlt werden. Auf der Tagung sollen auch Einzelheiten zu dem Kontrollorgan besprochen werden, das eingesetzt wird, damit in Zukunft Preise und Förderquoten besser eingehalten werden.



Dr. Kurt Nicolai, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank AG, Frankfurt. FOTO: REINEMANN

BAUWIRTSCHAFT / Fünfhundert Aussteller präsentieren sich auf der „Deubau '85“

Schneider optimistischer als die Branche

bsg/dpa, Essen
„Umweltbewußt planen - kostengünstig bauen.“ Mit diesem Leitthema folgt die Deubau '85 den aktuellen Strömungen. Bis zum 3. Februar präsentieren sich 500 Aussteller aus neun Nationen unter dem Motto, Die Branche, Schlußlicht in der konjunkturellen Entwicklung, setzt dabei auf die marktbelebende Kraft dieser bisher größten Baufachmesse.

Bei der Eröffnung der Messe am Wochenende erklärte nun Bundesbauminister Oscar Schneider, Beratungen über dieses Thema seien im Gange. Bis Ende 1986 könnten Vergünstigungen aus dem wohnungspolitischen Sofortprogramm von Ende 1982 in Anspruch genommen werden. Es werde deshalb keine Lücke geben. Eine Kabinettsentscheidung sei Anfang Februar zu erwarten.

Stimmung in der Bauwirtschaft. Längerfristig wird sich die Bauwirtschaft nach den Worten des Ministers allerdings auf eine Nachfrage von höchstens 350 000 neuen Wohnungen pro Jahr einstellen müssen. Dem Optimismus des Ministers mochte der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Bauwesens (ZDB), Fritz Eichbauer, nicht folgen. Die Bundesregierung bedachte er mit Kritik. Steigende Konkurrenz zähle 200 000 arbeitslose Bauarbeiter und über 100 000 Kurzarbeiter sprächen für sich.

Auch die Bundesregierung versucht diesen Wirtschaftszweig zu stützen: Die für Anfang 1987 geplante steuerliche Neuordnung beim selbstgenutzten Wohnungseigentum soll möglicherweise um ein Jahr vorgezogen werden und damit einer immer dringenderen Forderung der Bauwirtschaft nachkommen. Denn die Branche ist überzeugt, daß ein Festhalten am Termin Anfang 1987 viele Bauherren zum Abwarten veranlasse und den Wohnungsbau weiter in ein Konjunkturtal reiße.

Der Minister verwies allerdings auch darauf, daß die realen Bauinvestitionen 1984 zwar hinter dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zurückgeblieben, aber doch noch insgesamt um 1,5 Prozent und im Wohnungsbau um rund zwei Prozent gestiegen seien. Die Zahl der Wohnbaugenehmigungen habe über dem Niveau des Jahres 1982 gelegen, die der fertiggestellten Wohnungen mit 350 000 bis 400 000 deutlich über dem Ergebnis 1983. Angesichts dessen überrasche die extrem negative

Information für Studenten.

Sie müssen mehr wissen als andere. Tiefer in die Probleme eindringen. Für die Zukunft denken. Sie brauchen eine Zeitung, die sachlich berichtet. Aktuell informiert. Die pointierte Meinungen zu Wort kommen läßt. Sie brauchen eine Zeitung wie die WELT.

Deshalb bieten wir Ihnen ein Vorzugs-Abonnement der WELT. Das Scheck-Abonnement für Studenten kostet nur DM 18,60. Das Zustell-Abonnement für Studenten kostet nur DM 18,60. (Zum Vergleich: Das Voll-Abonnement der WELT kostet im Inland DM 25,60.

Schicken Sie uns den Bestellschein. DIE WELT. Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Tel.: 3 47 41 42

Bestellschein form with fields for name, address, and subscription type. Includes a small circular logo for 'Information für Studenten'.

ISRAEL

Neues Sozialpaket verabschiedet

SAD, Jerusalem
Den zweiten Schritt auf dem Weg zur wirtschaftlichen Gesundung hat Israel vorbereitet...

MINDERHEITENSCHUTZ / Mit Hilfe eines Artikelgesetzes soll Wahlverfahren zum Betriebsrat geändert werden

Regelung für Leitende Angestellte ist in Sicht

KAREN SÖHLER, Bonn
Trotz gewerkschaftlichen Dauerfeuers will das Regierungslager eine Änderung der betrieblichen Mitbestimmung durchsetzen...

GROSSBRITANNIEN / Krise der Whisky-Industrie

Neue Zielgruppen gesucht

WILHELM FÜRER, London
Scotch Whisky ist die von den Briten am meisten getrunkene Spirituose...

Leichtes Wachstum in der UdSSR

AP, Moskau
Die sowjetische Wirtschaft konnte 1984 einen leichten Zuwachs verzeichnen...

LANDWIRTSCHAFT / EG-Agrarpolitik hat Einkommensgefälle nicht eingeebnet, aber auch nicht verstärkt

Deutsche Bauern liegen unter dem Durchschnitt

WILHELM HADLER, Brüssel
Gegen eine Pauschalbehandlung der Landwirte bei den kommenden Agrarpreisverhandlungen will sich Ernährungsminister Ignaz Kiechle zur Wehr setzen...

RENTENMARKT / Furcht vor höherem Lombardsatz

Zinsen sind weiter gestiegen

Table with 5 columns: Emittenten, 25.1, 18.1, 28.12, 30.12, 30.12. Rows include Anleihen von Bund, Bahn und Post, Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände, etc.

Advertisement for Dipl.-Ing. Heinz Sarembe, Leitender Baudirektor, with contact information and a small graphic of a cross.

Advertisement for Dipl.-Ing. Heinz Sarembe, Leitender Baudirektor, with contact information and a small graphic of a cross.

Advertisement for WALTER INTERNATIONAL, Dolmetscher- und Übersetzungsservice, with contact information and a graphic of a hand holding a pen.

Advertisement for S.O.S. Äthiopien, featuring a photo of a person and text about hunger relief.

Advertisement for a company producing industrial machinery, with text in German.

Advertisement for a service offering to place ads in the newspaper, with contact information.

Advertisement for a video production service, with contact information and a graphic of a video camera.

Advertisement for a company, with contact information and a graphic of a globe.

Advertisement for Handelsvertreter, with text in German and contact information.

Advertisement for DIE WELT newspaper, with contact information and a graphic of a globe.

Advertisement for a company, with contact information and a graphic of a globe.

Advertisement for a company, with contact information and a graphic of a globe.

Advertisement for a company, with contact information and a graphic of a globe.

Advertisement for a company, with contact information and a graphic of a globe.

Advertisement for a company, with contact information and a graphic of a globe.

Advertisement for a company, with contact information and a graphic of a globe.

AGRARWIRTSCHAFT / Überholte Werbekonzeption

Neue Marketing-Strategie

Die pauschale Werbung für Produkte der deutschen Landwirtschaft ist längst nicht mehr zeitgemäß. Diese Ansicht vertritt der Geschäftsführer der Marketinggesellschaft für niedersächsische Agrarprodukte, Manfred Helzer.

Helzer fordert nachdrücklich eine Neuorientierung der Marketing-Strategie: um den Interessen der Landwirtschaft besser gerecht zu werden.

FIAT / Nettoverschuldung erheblich abgebaut

„Schlüsselrolle für Europa“

1984 auf 3,5 (3,3) Mrd. DM, darunter allein 1 Mrd. DM für Forschung und Entwicklung. Die konsolidierte Selbstfinanzierung des Konzerns wird mit 2,9 (2,4) Mrd. DM angegeben.

In einem Aktionärsbrief betont Präsident Gianni Agnelli die gleichzeitige Verstärkung der Eigenmittel durch eine Kapitalaufstockung um das Sechsfache auf 3,4 Mrd. DM.

Fiat ist nach den Worten Agnellis stark und gesund genug, nicht nur vorübergehend Gewinne zu erwirtschaften. Die Investitionen stiegen

bäuerlicher Betriebe mit gleichen Produkten zu Erzeugergemeinschaften vor. Diese setzen besser in der Lage, ihre Interessen bei den Vermarktern, also den Genossenschaften, durchzusetzen.

Die Vermarktungsunternehmen wiederum mußten sich nach Helzers Auffassung mit der Nahrungsmittelindustrie über eine gezielte kundenorientierte Zusammenarbeit verständigen. Nur so lasse sich die Schlagkraft erreichen, die ausreichend wäre, um der Nachfragemacht des Handels paroli zu bieten.

Im Mittelpunkt einer solchen Strategie stehen gezielte logistische Maßnahmen. Es gehe darum, Warensortimente zu liefern, die auf den Bedarf bestimmter Abnehmer zugeschnitten sind und den Empfänger qualitativgerecht zu genau vereinbarten Terminen erreichen.

Das DER ist 1984 besser über die Runden gekommen als die Branche insgesamt. „Umsatz und Ertrag stimmen“, sagte Glaser. Der Gesamtumsatz stieg um 15 Prozent auf 2,17 Mrd. DM.

DEUTSCHES REISEBÜRO / Die Ausgangsposition hat sich wesentlich verbessert

„Umsatz und Ertrag stimmen“

G. BRÜGGEMANN, Kronberg. Angesichts überproportional steigender Freizeitausgaben sind die Voraussetzungen für die Reisebranche so günstig, daß die Zukunft positiv zu bewerten ist.

Praktisch in allen Geschäftsbereichen hat das DER Zuwachsraten zu verzeichnen. Das galt auch für den Schienenverkehr, der sich nach einem Rückschlag (minus 5 Prozent) spürbar erholt (plus 2,8 Prozent).

Auch das Amerika-ABC-Geschäft hat sich angesichts mancherlei Belastungen wie den hohen Dollarkurs und den zunehmenden Wettbewerben im Flugverkehr auf den Nordatlantikstrecken erstaunlich gut entwickelt.

Das DER ist 1984 besser über die Runden gekommen als die Branche insgesamt. „Umsatz und Ertrag stimmen“, sagte Glaser. Der Gesamtumsatz stieg um 15 Prozent auf 2,17 Mrd. DM.

sieht Glaser durch die Entwicklung des DER-Eigenumsatzes bestätigt, der um 6,3 Prozent auf 1,25 Mrd. DM stieg und nun 57,5 Prozent des Gesamtumsatzes ausmacht.

Überdurchschnittlich gut abgeschnitten hat die Sparte Touristik/Kongress/Hotel, deren Umsatz sich um 13,1 Prozent auf 483 Mill. DM erhöhte. Auf die drei touristischen Hauptprogramme entfiel bei einem Buchungsumsatz von 12,4 Prozent ein Umsatz von 120 Mill. DM (plus 10,7 Prozent).

Für die Zukunft rechnet Glaser mit weiter steigenden Freizeitausgaben, von denen auch die Reisebranche profitieren werde. Zugleich erwartet er einen härteren Wettbewerb und sagt voraus, daß nur die Unternehmen Erfolg haben werden, die bei streng kaufmännischer Betriebsführung in der Lage seien, sich den Kundenwünschen flexibel anzupassen.

gebote stieg der Umsatz um 15,7 Prozent auf 211 Mill. DM. Trotz des unverändert festen Dollars rechnet Glaser und der zuständige Direktor Peter Landberger auch 1985 mit einer positiven Entwicklung.

Zu der insgesamt guten Entwicklung des Jahres 1984 hat vor allem die touristische Buchungsentwicklung im zweiten Halbjahr beigetragen. Nach einer streikbedingten Abschwächung im Frühjahr wurden die Ausfälle durch zweistellige Monatszuwachsraten, die im Oktober 28,6 Prozent erreichten, mehr als kompensiert.

Für die Zukunft rechnet Glaser mit weiter steigenden Freizeitausgaben, von denen auch die Reisebranche profitieren werde. Zugleich erwartet er einen härteren Wettbewerb und sagt voraus, daß nur die Unternehmen Erfolg haben werden, die bei streng kaufmännischer Betriebsführung in der Lage seien, sich den Kundenwünschen flexibel anzupassen.

HÜLLER HILLE / Nachfrage hat wieder angezogen

Bald Ende der Kurzarbeit

MARTIN FINK, Ludwigsburg. Daß die westeuropäische Automobilindustrie bis zum Herbst 1984 in geringerem Umfang investiert hat, bekam der Maschinenbauer Hüller Hille GmbH (Ludwigsburg), eine Thyssen-Tochter, in dem Auftragsbüchern zu spüren.

Streckenweise mußte deshalb auch in den Werken Ludwigsburg und Rottenburg kurzgearbeitet werden. Deutlich besser war das Geschäft mit Bearbeitungszentren und flexiblen Bearbeitungssystemen, jedoch ging der Gesamtumsatz um 10,6 Prozent auf 245,6 (Vorjahr: 274,9) Mill. DM zurück.

Das Nachfragebild hat sich im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres 1984/85, also in den Monaten Oktober bis Dezember, wieder aufgehellt. In diesem Zeitraum wurden Aufträge für 115 Mill. DM hereingenommen, das ist immerhin mehr als die Hälfte des gesamten Orderbestandes von 1983/84.

Die Kurzarbeit hofft man in zwei bis drei Monaten aufgeben zu können. Im Geschäftsjahr 1983/84 lag der gesamte Auftragsbestand mit 202 (217,8) Mill. DM um knapp acht Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Trotz aller Widrigkeiten des rückläufigen Marktes, der auch von einem Preisverfall geprägt war, konnte Hüller Hille, wie Berntzen versichert, ein

„noch befriedigendes“ positives Ergebnis erzielen. Der Exportanteil verminderte sich auf 38 (42) Prozent. Erstmals gingen auch in die USA Lieferungen in größerem Umfang. Investiert wurden nur 3,4 (8,4) Mill. DM.

In Brasilien hat Hüller Hille die Belegschaft um zehn Prozent auf 280 Beschäftigte wieder aufgestockt, nachdem der Auftragsbestand sich gebessert hat. Das während der brasilianischen Rezession stillgelegte Werk Cotia wurde inzwischen verkauft.

Anzeige

DekaDespa-Info Nr. 6. Für den sicherheitsorientierten Anleger: DekaResor - das gemanagte Renten-Depot. Die Thesaurierung der Erträge stärkt die Substanz und verstetigt die Anteilpreisentwicklung dieses Sparkassenfonds.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Großauftrag aus Schweden

München (sz) - Die skandinavische Zeitung „Göteborg-Posten“ hat jetzt die König & Bauer AG, Würzburg, mit der Lieferung von vier 80-Seiten-Ratationsmaschinen beauftragt.

HN legt kräftig zu

Düsseldorf (Py) - Die Hallesche Nationale Krankenversicherung AG, Stuttgart, hat 1984 mit acht Prozent auf 362 Mill. DM ein starkes Beitragswachstum vorgelegt.

Dividende angekündigt

Mönchengladbach (VWD) - Das Textilunternehmen Stoehr & Co AG will für das Geschäftsjahr 1984 nach dreijähriger Pause die Dividendenzahlung wieder aufnehmen.

Caterpillar-Verluste

Washington (Sbt) - Geplagt von weltweiten Überkapazitäten und einem überbewerteten Dollar, der den Auslandsabsatz noch erschwert, ist die Caterpillar Tractor Company, Peoria/Illinois, noch tiefer in die roten Zahlen gerutscht.

NAMEN

Ernst Haar, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), vollendete am 26. Januar das 60. Lebensjahr.

Dr. Erik Ehrentraut wurde mit Wirkung vom 1. Januar zum Generalbevollmächtigten der Flachglas AG, Fürth/Gelsenkirchen, ernannt.

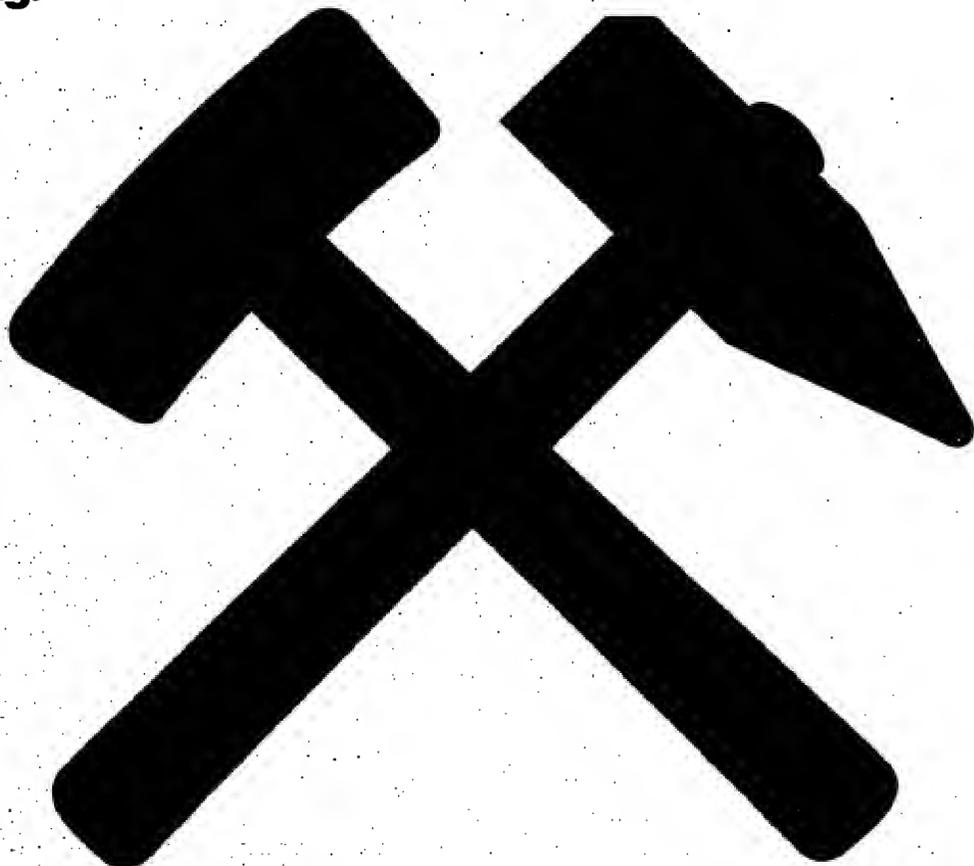
Herbert Nitzsch, bisher Wert Blohm + Voss, Hamburg, und Heinz Ratzmann, bisher Gutehoffnungshütte, Oberhausen, werden mit Wirkung vom 1. April Vorstandsmitglieder der Thyssen-Nordseewerke, Emden.

Matthias Brenner, Vorstandsmittglied des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks AG, Essen, wurde am 26. Januar 65 Jahre alt.

Sammel Koechlin, ehemaliger Vorsitzender der Konzernleitung des schweizerischen Chemie- und Pharmajernehmens Ciba Geigy, ist am Freitag im Alter von 60 Jahren gestorben.

Die Steinkohle zum Thema „Stromversorgung“:

Zwei Energien sichern jetzt und in Zukunft unsere Stromversorgung. Eine davon ist Kohle.



Ohne Strom bleibt alles stehen. Vom Fließband bis zur Straßenbahn, von der Melkmaschine bis zur Nähmaschine.

Sichere Stromversorgung ist daher eine Frage des Alles oder Nichts - für unsere Wirtschaft, für jeden einzelnen von uns. Daß wir zu den Ländern mit der sichersten Stromversorgung der Welt zählen, haben wir vor allem der Kohle zu verdanken.

Zwei Energien, die sich nicht nur ideal ergänzen, sondern auch auf lange Sicht vorrätig sind. Zwei Energien, bei denen auch eine andere große Aufgabe mit modernsten Mitteln gelöst wird: der vorsorgende Umweltschutz.

Absolute Sicherheitsgarantien kann es nicht geben. Aber Kohle und Kernkraft garantieren: Unsere Stromversorgung - und damit unser Wohlstand - ist bis weit ins nächste Jahrtausend keine Frage der Energie.

„Die Steinkohle“, Glückauf-Haus, 4300 Essen 1

Steinkohle. Ein Vorbild an Energie.



Generalproben für die alpinen Ski-Weltmeisterschaften geglückt - Abschluß der nordischen Titelkämpfe mit schwedischem Sieg über 50 km

# Deutsches Team so gut wie nie

M. HÄGELE/DW, Garmisch  
Selbst ein dritter Rang im Super-Riesenslalom von Garmisch-Partenkirchen reichte Hans Stuffer nicht, um nachträglich ins deutsche Weltmeisterschafts-Team zu fahren. Die Disziplin steht in Bormio leider nicht auf dem Programm, winkte Sportwart Kuno Messmann ab. Doch Messmann räumte auch ein: „Stuffer wird zum Training mitreisen, aber an der Nominierung ändert sich vorerst nichts.“ Der 23-jährige Rennläufer aus Samerberg bei Rosenheim nahm es gelassen auf: „Im Riesenslalom bin ich zwar Deutscher Meister, aber dieses Jahr war ich zu schwach, um nominiert zu werden.“

Stuffer Dritter, Riesenslalom-Spezialist Michael Eder (Bischofswiesen) Fünfter und Kombinierte Peter Roth (Königssee) Sechster - das war die beste Weltcup-Platzierung eines deutschen Teams in den letzten Jahren. Nach seinem schweren Sturz in der Abfahrt von Kitzbühel stellte sich auch Klaus Gattermann aus Bayrisch Eisenstein erstmals wieder dem Starter. Nach verhaltenem Rennen, in dem das Ergebnis zweitrangig hieß, zeigte er sich erleichtert, daß keine Komplikationen erkennbar wurden. Sein Start beim WM-Abfahrtslauf wird immer wahrscheinlicher.

Nicht nur darüber und über die Erfolge von Stuffer, Eder und Peter Roth freute sich Cheftrainer Klaus Mayr. Er konnte auch mit Rang zwölf für Bernd Felbinger (Immenstadt) und dem siebenten Rang von Markus Wasmeier (Schliersee) in der Kombination zufrieden sein. „Für mich ist es ein Zeichen dafür, daß unsere Form-Steuerung auf den Saisonhöhepunkt hin aufgeht“, sagte Mayr.

Drei große Sieger gab es bei den letzten Weltcup-Rennen vor den Weltmeisterschaften: Der 23-jährige Österreicher Helmut Höflehner hatte am Samstag die Abfahrt gewonnen, der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli den Super-Riesenslalom und der Liechtensteiner Andreas Wenzel hatte sich noch vor Ablauf der Saison den Kombinations-Weltcup gesichert.

„Ich muß dieses Hoch, meine gute Form halten“, sagte Höflehner nach seinem dritten Abfahrtsieg in diesem Winter. Nur über ihn führe der Weg zum Titel, erklärte der Schweizer Peter Müller. Aber um ihn zu schlagen, dürfe man sich kaum einen Fehler leisten. Müllers Landsmann Pirmin Zurbriggen ist, wenn er seine Verletzung auskuriert hat, der einzige, den Höflehner ernsthaft fürchten muß. Auch Höflehner profitiert übrigens wie die Schweizer hauptsächlich von seinen technischen Qualitäten. Der Techniker Höflehner sei der Abfahrer der Zukunft hätte Zurbriggen vor der Saison prophezeit.

Der junge Mann aus der Steiermark hat die ehemaligen Größen seiner Zeit ins Abseits gedrängt: Seine beiden Landsleute Franz Klammer und Harti Weirather, den Titelverteidiger, aber auch den amerikanischen Olympiasieger Bill Johnson. Sie hildeten bisher nur noch die Staffage, wahrscheinlich wird es in Bormio nicht anders sein.

## 8 Medaillen für „DDR“

dpa, Oberhof  
Eine eindrucksvolle Demonstration ihrer Vormachtstellung gaben die Rennrodler der „DDR“ in Oberhof. Bei den Weltmeisterschaften gewannen sie alle drei Titel: Durch den Olympia-Vierten Michael Walter und Titelverteidigerin Steffi Martin sowie durch Jörg Hoffmann/Jochen Pietzsch in der Doppel-Konkurrenz Vervollständigt wurde der Triumph durch die weiteren Platzierungen. Vor 25 000 Zuschauern holten die Rodler des Gastgeberlandes acht von neun Medaillen. Bei den Damen belegten die Gastgeberinnen sogar die vier ersten Plätze, bei den Herren die ersten drei Plätze. Nur im Doppel-Wettbewerb gelang ein Einbruch in diese Phalanx: Die Sowjetrussen Witali Melnik/Dmitri Alexejew gewannen die Bronzemedaille.

Überragende Athletin der Weltmeisterschaft war erneut die 22-jährige Olympiasiegerin Steffi Martin. Seit drei Jahren fährt die 1,80 m große und 77 kg schwere Sportstudentin der Konkurrenz davon und siegte auch in Oberhof wieder mit deutlichem Vorsprung. „Ihre Stärke liegt in ihrer Ausgeglichenheit und in ihrem technischen Können“, erklärte Walter Jentsch, der seit 21 Jahren die Rennrodler der „DDR“ betreut.

Die beste Platzierung für den Deutschen Bob- und Schlittensportverband (DBSV) erreichte Andrea Hatle (Berchtesgaden) mit einem achten Platz. Sie erfüllte damit die Erwartungen, während der Deutsche Meister Johannes Schettel (Bigge-Olsberg) enttäuschte. Er patzte im zweiten Lauf und wurde nur Zehnter. „Schadete mir doch ein wenig mehr erwartet“, kommentierte Rodel-Sportwart Josef Fendt. Er setzt für die Zukunft jedoch große Hoffnungen in den 18-jährigen Schüler Georg Hackl (Berchtesgaden), der bei seinem WM-Debüt hinter Schettel Elfter wurde.



Sprung zum dritten Abfahrtsieg der Saison: Helmut Höflehner. Pirmin Zurbriggen hat über ihn vor der Saison gesagt: „Er ist der Abfahrer der Zukunft.“ FOTO: SVEN SIMON

# Lotteriespiel, Skandal? Viel Streit um den Triumph von Marina Kiehl

dpa, Arosa  
Die deutschen Ski-Damen haben die Weltmeisterschafts-Generalprobe mit einem Doppelsieg glänzend bestanden. Einen Tag, nachdem Maria Epple-Beck im Sonnenschein von Arosa (Schweiz) ihren ersten Weltcup-Slalom gewann, kämpfte sich Marina Kiehl durch dichten Nebel zum Triumph im Super-Riesenslalom.

Doch die irregulären Bedingungen veranlaßten Fahrerinnen und die meisten Trainer zu dem eindeutigen Kommentar: „Das war eine reine Lotterie. Ein Skandal, das man das Rennen überhaupt gestartet und später nicht abgebrochen hat.“ In der Tat: Die Sichtverhältnisse waren wegen der Nebelschwaden von Fahrer zu Fahrer zu verschiedenen. „Ich sah nicht von einem Tor zum anderen und stand plötzlich neben der Piste - so war an ein Weiterfahren nicht zu denken. Zum Glück bin ich nicht gestürzt“, sagte die mit Startnummer 13 ins Rennen gegangene Irene Epple, die in Arosa ihre letzte Chance auf einen WM-Start im Riesenslalom verpaßte und nun in Bormio lediglich an der Abfahrt teilnehmen wird.

Die Franzosen zogen unter diesen Umständen ihre Fahrerinnen ab Startnummer 29 zurück, und die Österreicher folgten ihrem Beispiel. Einige Trainer versuchten immer wieder, die Jury zum Abbruch des Rennens zu überreden, doch sie stießen beim österreichischen FIS-Delegierten Hannes Fürstauer und beim

Schiedsrichter, dem deutschen Damen-Trainer Willi Lesch, auf kein Gehör. „Bin ich in der Jury oder Du?“, fragte Lesch einen der protestierenden Teamleiter. Und Fürstauer erklärte einem Trainer: „Es steht Ihnen ja frei, Ihre Mannschaft zurückzuziehen.“ So war es nicht verwunderlich, daß die Jury die Proteste der Franzosen und Österreicher abwies. Nun wollen die Österreicher die Sache an den Internationalen Ski-Verband (FIS) weiterleiten. Deren Entscheidung dürfte jedoch erst im Mai fallen - zu einer Zeit, zu der sich kein Mensch mehr für Ski-Rennen interessiert.

Heinz Krecek, der deutsche FIS-Verantwortliche für die Damen-Rennen, nahm die Jury in Schutz. Krecek: „Die Sicherheit der Fahrerinnen war nie gefährdet. Das war für diese Leute offenbar entscheidend, wenn auch zuzugeben ist, daß die Verhältnisse nicht für alle Konkurrentinnen gleich waren.“ Mit dieser Erklärung mochten sich einige Mannschaftsführer nicht zufrieden geben. Hinter vorgehaltener Hand erhob sich gegen Willi Lesch der Vorwurf, er habe mit Seitenblick auf die führende Marina Kiehl gegen den Abbruch des Rennens entschieden, obwohl er Traudl Hächer wegen der schlechten Witterungsverhältnisse nicht mehr an den Start schickte.

Wie dem auch sei: Es war eine Triumphfeier der Münchnerin Marina Kiehl im letzten Rennen vor der Weltmeisterschaft. Von einer Virusgrippe

befallen, hatte sie das Weltcup-Team des Deutschen Skiverbands für einige Tage verlassen und war in ihr Elternhaus nach München zurückgekehrt. „Das Rennen ist gestartet worden, also geht der Sieg wohl in Ordnung“, meinte Marina Kiehl nach dem dritten Weltcup-Erfolg ihrer Laufbahn. Und: „Die Bedingungen waren zwar nicht für alle gleich, aber auch ich hatte am Start mit starkem Wind und dann mit Nebel zu kämpfen, habe mich aber hinuntergeschlagen.“

Der in Bormio nicht auf dem Weltmeisterschaftsprogramm stehende Super-Riesenslalom scheint exakt ihren technischen Fähigkeiten zu entsprechen. In dieser Disziplin feierte sie im März 1984 in Mount St. Anne (Kanada) den ersten Sieg, in diesem Winter war sie bereits in Davos Dritte und in Pfronten Zweite, bevor sie nun in Arosa gewann.

Das ist die deutsche WM-Mannschaft für Bormio: Herren: Abfahrer Gattermann, Wildgruber, Wasmeier, Slalom: Beck, Frank Wörndl, Namberger, - Riesenslalom: Wasmeier, Hirt, Felbinger, Eder, - Kombination: Wasmeier, Gattermann, Wildgruber, P. Roth, Ersatz: Katrin Stotz, - Damen: Abfahrts: Kiehl, Müssenlechner, Gerg, Epple, Ersatz: Katrin Stotz, - Slalom: Epple-Beck, Müssenlechner, Gerg, Hächer, - Riesenslalom: Kiehl, Epple-Beck, Gerg, Hächer, - Kombination: Kiehl, Müssenlechner, Hächer, Deder.

# Toni Fischer schwer gestürzt „Ein Fahrfehler von mir“

Zum Alptraum für die Bobfahrer aus der Bundesrepublik Deutschland wird die Natureisbahn von Cervinia. Im Vorjahr war Michael Sperr vom SC Rießersee bei den Junioren-Europameisterschaft im dritten Labyrinth schwer gestürzt und lag 14 Tage im Koma. Jetzt erwachte er bei den Viererbob-Weltmeisterschaften den Oststadter Toni Fischer.

Während die „DDR“ trotz des Ausfalls des zweifachen Olympiasiegers Wolfgang Hoppe, der nach einem Trainingssturz von Arzt Startverbot erhielt, ihre Vormachtstellung durch Gold und Silber mit den Piloten Bernhard Lehmann und Detlef Richter unterstrich, baute Toni Fischer mit seinem nagelneuen Siorpses-Schlitten im dritten Lauf einen Totalschaden. Fischer stürzte in der Ausfahrt der „Curva Bianca“, jagte in die Abweiser-Breiter der Zielkurve und drehte sich anschließend um 180 Grad. „Ich dachte, wir fliegen oben aus der Zielkurve. Die Ursache war ein Fahrfehler von mir“, sagte der deutsche Doppel-Meister, der mit Prellungen am Oberschenkel und im Gesicht davokam.

Schwerer erwachte er Uwe Eisenreich, der mit Verdacht auf eine schwere Knieverletzung zum Arzt gebracht wurde. Bremser Markus Söhnge war zwar nach dem Sturz benommen, der Verdacht auf eine Gehirnerschütterung bestätigte sich jedoch nicht. Und Franz Nießner, der als Bremser mit Toni Fischer im Zweierbob Abgeber geworden war, erlitt eine Platzwunde an der Stirn.

Obwohl die Bahn durch die Sonneneinstrahlung im vierten Lauf noch schneller wurde, gab es in diesem Durchgang keinen weiteren Unfall. Im dritten Lauf war neben Fischer noch der Bob Japan I gestürzt, im vierten Lauf hatte der Österreicher Franz Paulweber einen Kippsturz vor der Zielkurve. „Gott sei

# Weissflog ganz gelassen

Der schmale Junge mit dem Kindergesicht zeigte keine Gefühle. „Nach meinem ersten Sprung war ich ganz ruhig. Ich weiß schon nach dem Training, daß mir die Schanze liegt.“ Gelassen kommentierte der 20-jährige Jens Weissflog aus Oberwesenthal in der „DDR“ seinen Triumph. Nach dem Olympiasieg in Sarajewo gewann er auch bei den nordischen Skiweltmeisterschaften in Seefeld das Skispringen, von der Normalschanze. Mit Weiten von 91 und 89,5 Meter und der Gesamtweite 225,3 distanzierte er deutlich seine Konkurrenten Andreas Felder (216,0 - 84,5/90,5) aus Österreich und Per Bergerud (214,6 - 84/89,5) aus Norwegen. Bergerud, wenige Tage zuvor Weltmeister auf der Großschanze geworden, avancierte mit diesem dritten Platz auf der Normalschanze zum erfolgreichsten Springer der Titelkämpfe in Seefeld.

Der insgesamt langweilige Wettbewerb wurde erst in der Schlussphase spannend, als die letzten zehn Springer von plötzlich einsetzender Thermik profitierten und mit weiten Sprüngen den Kampf um die Medaillen noch unerwartet interessant machten. Unter den 7000 Zuschauern kam sogar Stimmung auf, als die beiden Österreicher Andreas Felder und Ernst Vettori den bereits nach dem ersten Durchgang führenden Jens Weissflog attackierten. Felder zog seinen zweiten Sprung auf 90,5 m, konnte aber seinen schwachen ersten Sprung nicht ausgleichen.

Böiger Wind, der zu vielen Unterbrechungen zwang, ließ den Wettbewerb für viele Springer zur Gleichung mit einer Unbekannten werden. Der finnische Olympiasieger auf der Großschanze, Matti Nykänen, konnte sie ebenso wenig lösen wie der frühere tschechoslowakische Weltrekordist Chancengleichheit herstellen, die Kosten dämpfen und mehr Sicherheit garantieren.

Unter dem Strich steht für den DBSV ein Jahr vor der Weltmeisterschaft im Bundesleistungszentrum Königssee als beste Platzierung Platz acht im Zweierbob von Fischer/Nießner. Die Hoffnungen für die nächste Saison ruhen in erster Linie auf der Chancengleichheit, die durch die Einführung des Einheitsbobs (ab 1988) gewährleistet werden soll. Das endgültige neue Regelwerk wird am 1. März in Cortina d'Ampezzo ausgearbeitet. Dieser Einheitsbob soll Chancengleichheit herstellen, die Kosten dämpfen und mehr Sicherheit garantieren. DW.

# Wo ist Behle? - Im B-Kader. Und der Flachs blüht: Nur Tschad hinter unserem Ski-Wander-Verein

HANS ALT, Seefeld  
Für den Deutschen Ski-Verband (DSV) wurden die 35. Nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Seefeld (Österreich) die erfolgreichsten seiner Geschichte. Es gab zwei Weltmeistertitel in der Nordischen Kombination zu feiern. Dies wurde von den vielen deutschen Wintergästen auch ausgiebig gecelebriert. Meist so, als sei man selbst durch die Loipe gejagt oder hätte auf der Toni-Seelos-Schanze Sprünge von 90 Meter vorgelegt.

„Unsere Jungs sind Spitze“, sagte Hermann Weinbuch aus Berchtesgaden, als er den Titel in der Nordischen Kombination gewonnen hatte. Als dann auch seine Mannschaftskameraden Thomas Müller aus Oberstdorf und Hubert Schwarz aus Oberaufer gemeinsam mit ihm die Goldmedaille im Mannschaftswettbewerb der Kombinierten vor Norwegen und Finnland gewannen, hatte man schon wieder einen Grund zum Feiern.

Doch wie jede Medaille hat auch diese zwei Seiten. Zum einen steht da der Erfolg eines langjährigen, systematischen Aufbaus. Zum anderen aber machte Seefeld deutlich, daß im Skispringen und im Langlauf der Anschluss an die Weltspitze verloren gegangen ist. Über die deutschen Langläufer schrieb die „Tiroler Landeszeitung“ respektlos, sie sei eine „Ski-wander-Gruppe“ geworden. Sicher, denn was Jochen Behle und seine Mannschaftskameraden boten, kam einem sportlichen Offenbarungseid gleich. Der elfte Platz in der 4 x 10-km-Staffel - nur die Hobby-Langläufer aus Dänemark, Belgien, England, Kanada und Australien waren noch langsamer - veranlaßte BAL-Direktor Eduard Friedrich zu der Aussage: „So dick wollte ich mich gar nicht bestätigen.“ Und: „Nur Tschad war noch hinter uns.“ Unter Bundes-

trainer Detlef Nirschl, dem Friedrich Führungsschwäche vorwarf, wurde es in den letzten Jahren immer schlechter. Jochen Behle wird deshalb im B-Kader zurückgestuft und soll überdies seine Leistungsbeurteilung erklären.

Symptomatisch für die Situation waren die Aussagen nach dem 50-km-Lauf, vor dem es Ärger gegeben hatte. Delegationsleiter Dietrich Martin: „Während sich bei den Italienern und Schweizern die Leute um die Startplätze reißen, sind einige unserer Athleten froh, wenn sie nicht zu starten brauchen.“ Und Trainer Nirschl: „Es ist eine Unverschämtheit, wenn einer zur WM fährt, den Sitonen-Schritt nicht machen will und sich hier nur auf die deutschen Meisterschaften vorbereiten möchte.“ Gemeint war Jochen Behle.

Mit ausschlaggebend war, daß die deutschen Langläufer von der Entwicklung der Lauftechnik überrascht wurden. Vom alles entscheidenden Sitonen-Schritt hatte man zwar gehört, ihn aber nicht trainiert. „Noch zehn Tage vor den Weltmeisterschaften“, so ein Trainer, „wurde uns von Sportwart Dietrich Martin, Mitglied im Langlauf-Komitee der FIS, versichert, daß die neue Technik noch bei diesen Weltmeisterschaften stark eingeschränkt wird.“ Ein Trugschluss. Man lief und siegte auf nur mit Gleitwachs präparierten Skiern.

Auch im Frauen-Langlauf wird man nach neuen Wegen suchen müssen. „Ich sehe bei der augenblicklichen Situation für den deutschen Damen-Langlauf keine reelle Basis“, sagt Bundestrainer Albert Pitz. Karin Jäger bewies in Seefeld, daß sie noch einigermaßen mit der Weltelite Schritt halten kann, doch die 23-jährige denkt an Rücktritt. Karin Jäger: „Von der Sporthilfe bekomme ich im Monat 150 Mark, allein mein Zimmer kostet 200 Mark. Ich mag meinen Eltern nicht immer auf der Tasche liegen.“

Auch bei Ewald Roschers Skispringen ging nicht viel. Und angesichts der miserablen Leistungen taufen deutsche Schlachtenbummler die To-

ni-Seelos-Schanze in Seefeld in „Toni-Trostlos-Schanze“ um. „Ich glaube nicht, daß Roscher noch die Kraft hat, diese Truppe zu motivieren“, hatte BAL-Direktor Friedrich gesagt. Langläufer und Skispringer droht nun eine Kürzung der Sporthilfe.

Um aus der Misere herauszukommen, soll das erfolgreiche Konzept der Kombinierten und Biathleten künftig auch auf Langläufer und Springer übertragen werden. „Wir müssen dort genauso den Weg mit einem längerfristigen Aufbau einschlagen und diesen, wenn es sein muß, auch mit Sturheit durchboxen“, fordert Sportwart Dietrich Martin. Dabei schließt Martin personelle Konsequenzen nicht aus, obgleich er feststellt, daß „wir die Trainer, die wir haben, nicht in die Wüste schicken werden.“ Helmut Meyer, der leitende Direktor des Bundesausschusses Leistungssport (BAL). „Wenn man sich in Seefeld, quasi vor der Haustüre, blamiert, ist es nicht schlimm. Im eigenen Haus, bei der nächsten Weltmeisterschaft, 1987 in Oberstdorf, darf dies aber nicht passieren, sonst wird es noch viel schlimmer.“

Die Weltmeisterschaften wurden zu einem Triumph der norwegischen Ausnahmefahrerinnen Anette Bøe, die zweimal Gold, einmal Silber und einmal Bronze gewann sowie für den Schweden Gunde Svan und die Teams aus Norwegen und Finnland. Zwei Drittel der Medaillen gingen an diese beiden Länder. Norwegen, das in allen drei Disziplinen (Langlauf, Kombination, Springen) 15 Medaillen gewann, war mit fünf Titeln fast so erfolgreich wie 1982 bei den Titelkämpfen im eigenen Lande. Dagegen konnten die Finnen (neun Medaillen) ihren Erfolg von Sarjewe (13) nicht ganz wiederholen. Schweden viel etwas zurück, auch die „DDR“ verlor an Boden. Einen unerwarteten Einbruch erlebte die Sowjetunion. Rinken überraschte mit seinen starken Langläufern.

Die Konkurrenz war chancenlos. Deklassiert und schockiert mußte sie ohne nennenswerte Gegenwehr den totalen Triumph der norwegischen Ski-Langläuferinnen miterleben. In einem Rennen der Superlative machten die vier Norweginnen die Medaillenverteilung im 20-km-Lauf unter sich aus und belegten schließlich die ersten vier Plätze in folgender Reihenfolge: Grete Nykkelmo (59:19,1 Minuten), Britt Pettersen (59:37,5), Anette Bøe (59:43,5) und Brit Aunli (1:00,05,8).

Alle drei Medaillengewinnerinnen blieben im schnellsten 20-km-Rennen in der Geschichte des nordischen Skisports unter einer Stunde und bewiesen damit, daß die Grenzen im Skilanglauf längst noch nicht erreicht sind. Angesichts solcher Leistungen seufzte Karin Jäger (Hirschau): „Die anderen können sich total verausgaben. Ich schaffe das einfach nicht.“ Sie belegte als beste deutsche Läuferin Platz 21 und war um fünf Minuten langsamer als die Norweginnen, die von ihren zahlreichen Anhängern ausgelassen gefeiert wurden. Die 23-jährige Studentin Grete Nykkelmo aus Trondheim war bei Temperaturen um null Grad mit dem Startnummer zwei auf die Strecke gegangen und hatte zielstrebig einen Start-Ziel-Sieg herausgefahren. Nach ihren dritten Plätzen über 10 und 15 km enteilte sie sogar der zweimaligen Weltmeisterin Anette Bøe, die das höllische Tempo nicht durchhalten konnte und auch noch von Britt Pettersen überholt wurde.

Obwohl auch die Sowjetunion mit allen vier Läuferinnen auf den ersten neun Rängen vertreten war, zählte es ebenso zu den Verliererinnen des 20-km-Laufs wie die finnische Olympiasiegerin Marja-Liisa Kirvesmiemi. Den Sowjetrussen gelang es nicht, das norwegische Quartett zu sprengen, und Marja-Liisa Kirvesmiemi wurde gar nur Zwölfte. DW.



Hoch den Sieger: Weissflog, Ostwald (r.), Seewitz. FOTO: WERK

# Svan nicht zu stoppen

Gunde Svan war nicht zu stoppen. Mit perfekten Sitonen-Schritten enteilte der 23-jährige Modellathlet aus Schweden der Konkurrenz und absolvierte den 50-km-Skilanglauf in der fantastischen Zeit von 2:10:49,9 Stunden. Er glitt mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 22,9 km/h durch die Loipe und verzerrte den Ski-Marathon fast in einen Langstreckensprint. Im Kampf um seine zweite Goldmedaille bei den nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Seefeld verbesserte Gunde Svan die Bestzeit seines Landsmannes Thomas Wassberg um fünf Minuten und hatte auf den Zweiten, den Italiener Maurizio de Zolt, mehr als eine Minute Vorsprung.

„Endlich habe ich mein Ziel erreicht und auch einmal die 50 Kilometer gewonnen“, strahlte Svan, der das Rennen gut eingeteilt hatte. Schon nach sieben Kilometer lag er an zweiter Stelle, hatte bereits Thomas Wassberg überholt und nur noch den Russen Vladimir Sachnov vor sich, mit dem er 30 Kilometer lang wechselweise an der Spitze lag. Sachnov konnte das mörderische Tempo jedoch nicht durchhalten, wurde später nur Achter. Gunde Svan aber gab nach 30 Kilometer die Führung nicht mehr ab, obwohl das Rennen in der Schlussphase durch dichtes Schneetreiben noch kraftraubender wurde. Trotzdem entwickelte sich der Wettbewerb - dank der neuen Sitonen-Technik - zum schnellsten 50-km-Rennen, das je registriert wurde. Die ersten 40 Läufer waren alle schneller als der Weltmeister von 1982. Der hieß Thomas Wassberg und war mit dem erklärten Ziel nach Seefeld gereist, seinen Erfolg zu wiederholen. Doch Wassberg enttäuschte als 26. ebenso wie der Finne Jari Härkönen, der Weltmeister über 15 km. Die Hoffnungen Norwegens erfüllte nur Ove Aunli, der die Bronzemedaille gewann. DW.

„Endlich habe ich mein Ziel erreicht und auch einmal die 50 Kilometer gewonnen“, strahlte Svan, der das Rennen gut eingeteilt hatte. Schon nach sieben Kilometer lag er an zweiter Stelle, hatte bereits Thomas Wassberg überholt und nur noch den Russen Vladimir Sachnov vor sich, mit dem er 30 Kilometer lang wechselweise an der Spitze lag. Sachnov konnte das mörderische Tempo jedoch nicht durchhalten, wurde später nur Achter. Gunde Svan aber gab nach 30 Kilometer die Führung nicht mehr ab, obwohl das Rennen in der Schlussphase durch dichtes Schneetreiben noch kraftraubender wurde. Trotzdem entwickelte sich der Wettbewerb - dank der neuen Sitonen-Technik - zum schnellsten 50-km-Rennen, das je registriert wurde. Die ersten 40 Läufer waren alle schneller als der Weltmeister von 1982. Der hieß Thomas Wassberg und war mit dem erklärten Ziel nach Seefeld gereist, seinen Erfolg zu wiederholen. Doch Wassberg enttäuschte als 26. ebenso wie der Finne Jari Härkönen, der Weltmeister über 15 km. Die Hoffnungen Norwegens erfüllte nur Ove Aunli, der die Bronzemedaille gewann. DW.

Obwohl auch die Sowjetunion mit allen vier Läuferinnen auf den ersten neun Rängen vertreten war, zählte es ebenso zu den Verliererinnen des 20-km-Laufs wie die finnische Olympiasiegerin Marja-Liisa Kirvesmiemi. Den Sowjetrussen gelang es nicht, das norwegische Quartett zu sprengen, und Marja-Liisa Kirvesmiemi wurde gar nur Zwölfte. DW.



Anette Bøe feiert die 23 Jahre alte Grete Nykkelmo. FOTO: SVEN SIMON

# Norwegens Superlative

Die Konkurrenz war chancenlos. Deklassiert und schockiert mußte sie ohne nennenswerte Gegenwehr den totalen Triumph der norwegischen Ski-Langläuferinnen miterleben. In einem Rennen der Superlative machten die vier Norweginnen die Medaillenverteilung im 20-km-Lauf unter sich aus und belegten schließlich die ersten vier Plätze in folgender Reihenfolge: Grete Nykkelmo (59:19,1 Minuten), Britt Pettersen (59:37,5), Anette Bøe (59:43,5) und Brit Aunli (1:00,05,8).

Alle drei Medaillengewinnerinnen blieben im schnellsten 20-km-Rennen in der Geschichte des nordischen Skisports unter einer Stunde und bewiesen damit, daß die Grenzen im Skilanglauf längst noch nicht erreicht sind. Angesichts solcher Leistungen seufzte Karin Jäger (Hirschau): „Die anderen können sich total verausgaben. Ich schaffe das einfach nicht.“ Sie belegte als beste deutsche Läuferin Platz 21 und war um fünf Minuten langsamer als die Norweginnen, die von ihren zahlreichen Anhängern ausgelassen gefeiert wurden. Die 23-jährige Studentin Grete Nykkelmo aus Trondheim war bei Temperaturen um null Grad mit dem Startnummer zwei auf die Strecke gegangen und hatte zielstrebig einen Start-Ziel-Sieg herausgefahren. Nach ihren dritten Plätzen über 10 und 15 km enteilte sie sogar der zweimaligen Weltmeisterin Anette Bøe, die das höllische Tempo nicht durchhalten konnte und auch noch von Britt Pettersen überholt wurde.

Obwohl auch die Sowjetunion mit allen vier Läuferinnen auf den ersten neun Rängen vertreten war, zählte es ebenso zu den Verliererinnen des 20-km-Laufs wie die finnische Olympiasiegerin Marja-Liisa Kirvesmiemi. Den Sowjetrussen gelang es nicht, das norwegische Quartett zu sprengen, und Marja-Liisa Kirvesmiemi wurde gar nur Zwölfte. DW.

Obwohl auch die Sowjetunion mit allen vier Läuferinnen auf den ersten neun Rängen vertreten war, zählte es ebenso zu den Verliererinnen des 20-km-Laufs wie die finnische Olympiasiegerin Marja-Liisa Kirvesmiemi. Den Sowjetrussen gelang es nicht, das norwegische Quartett zu sprengen, und Marja-Liisa Kirvesmiemi wurde gar nur Zwölfte. DW.



BASKETBALL

Meisterschaft wird zum Spiel mit Protesten

dpa, Hagen

Die Zwischenrunde der deutschen Basketball-Meisterschaft der Männer - in ihrem Austragungsmodus ohne Hin- und Rückspiele - wird mangels sportlicher Höhepunkte immer mehr zur Plattform von Prozessen und Protesten. Nach dem weiterhin ungelösten "Fall Bamberg/Heidelberg" in der Gruppe B zeichnet sich auch in der bisher problemlosen Gruppe A eine handfeste Auseinandersetzung am grünen Tisch ab. Der mit dem SSV Hagen noch um die Teilnahme an der ersten Play-off-Runde konkurrierende TSV Bayer 04 Leverkusen reklamiert den Amateurstatus des von Hagen für die Zwischenrunde verpflichteten Amerikaners Graylin Warner, der als Nachfolger seines wegen Drogenproblemen gefeuerten Landsmanns Toone engagiert wurde. Der 23 Jahre alte schwarze Flügelspieler soll Leverkusen Ermittlungen zufolge, in den USA als Profi gespielt haben. Sollte sich der Verdacht bestätigen, droht den Westfalen nachträglich der Verlust der beiden siegreichen Zwischenrundenspiele in Osnabrück und in Köln, an deren Gewinn Warner maßgeblichen Anteil hatte.

Möglicherweise kann sich Leverkusens Einwand als unerheblich für den Einfluß auf den Kampf um Platz zwei erweisen. Denn Hagen konterte den Protest mit einem auch ohne Warner erzielten 63:62-Sieg über die Leverkusener. Bei 30:12 Punkten für Hagen - Leverkusen weist bei noch drei ausstehenden Spielen 24:18 Punkte auf - reicht den Westfalen ein Sieg, um trotz des drohenden Abzugs von vier Zählern den westdeutschen Erzrivalen im Rennen um die Teilnahme an der Play-off-Runde abzuhängen. Dennoch spielte Hagen gegen Leverkusen wegen des ungelösten "Falles Warner" unter Protest. Die Hagener wollen nun ihrerseits den Nachweis erbringen, daß Leverkusens Amerikaner Buzz Harnett im Sommer ebenfalls in den USA als Profi tätig war.

Die Play-off-Runde haben wie im Vorjahr bereits Titelverteidiger ASC Göttingen (34:6 Punkte) und der DTV Charlottenburg (26:14) in der Gruppe B, sowie der BSC Köln (36:6) in der Gruppe A erreicht.

LEICHTATHLETIK / Mögenburg sprang 2,30 m

Carl Lewis ausgepiffen, Zola Budd umjubelt

sid, Bonn

Eine Woche nach der enttäuschenden Premiere der Hallen-Weltspiele in Paris hielten sich die Leichtathleten immer noch zurück. Nur wenigen gelang es, mit Klasseleistungen auf sich aufmerksam zu machen. So erzielte Olympiasieger Carl Lewis bei den 78. Millrose Games in New York, seinem ersten Start in diesem Jahr, im Weitsprung ausgezeichnete 8,50 m, und Mary Decker (USA) sorgte mit 4:22,01 Minuten für das drittschnellste Hallen-Meilenrennen der Frauen aller Zeiten.

Doch ausgerechnet diese beiden Ausnahme-Athleten mußten sich von den 18 328 Zuschauern im Madison Square Garden Pfiffe gefallen lassen. Während Mary Decker, vor ihrem Sturz im 3000-m-Finale bei den Spielen in Los Angeles noch Liebling der Nation, schon beim Betreten der Bahn ausgebuht wurde, ließen die Fans bei Carl Lewis ihrem Unmut freien Lauf, weil dieser den Wettbewerb nach dem vierten Versuch vorzeitig beendete. Bereits bei seinem Olympiasieg in Los Angeles hatten ihn die Massen im Coliseum aus dem gleichen Grund gnadenlos ausgepiffen. Und so kritisierte Lewis nach dem Wettbewerb das Verhalten der Zuschauer. "Die Fans kommen nur, um Rekorde zu sehen. Das ist nicht gut für den Sport, weil die Anforderungen so hoch sind. Heute haben wir wieder gesehen, was dabei herauskommt. Weil keine Bestleistung erzielt wurde, steht morgen wieder in

der Zeitung, daß das Meeting nicht so gut war. Doch das stimmt nicht."

Carl Lewis und die meisten Fans wußten zu diesem Zeitpunkt noch nicht, daß noch ein US-Hallenrekord folgen sollte. Im Hochsprung der Männer steigerte Jim Howard die Bestmarks von Jeff Woodard um einen Zentimeter auf 2,34 m. Er bezwang dabei den Olympia-Zweiten Patrick Sjöberg aus Schweden (2,31).

Etwas zur gleichen Zeit lieferte Hochsprung-Olympiasieger Dietmar Mögenburg aus Köln mit 2,30 m in Simmerath einen glänzenden Saison-Einstand. Dahinter kamen Gerd Nagel (Oberursel) und Carlo Thränhardt (Köln) mit 2,26 m auf die Plätze zwei und drei. Hallen-Weltrekordler Thränhardt mußte anschließend zusehen, wie Mögenburg dreimal nur knapp daran scheiterte, seine Bestmarke um einen Zentimeter auf 2,38 m zu steigern. Bei den Frauen siegte die Wattenscheiderin Brigitte Holzpfel mit der persönlichen Hallen-Bestleistung von 1,94 m.

Mit viel Beifall bedacht wurde die in Südafrika geborene Weltklasse-Mittelstreckenläuferin Zola Budd bei den britischen Hallenmeisterschaften in Cosford. Die 18jährige, die erst kurz vor Olympia die britische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, stellte bei ihrem Sieg über 1500 m mit 4:11,20 Minuten eine britische Hallen-Bestleistung auf. Schon während des Rennens erhielt die zierliche Barfußläuferin vom begeisterten Publikum "Standing Ovation".

HANDBALL / Nur Lob für den TV Lützellinden

Tiefschlag für Meister Großwallstadt in Prag

sid/dpa, Prag/Frankfurt

Nur wenig Lob gab es für das Quartett des Deutschen Handball-Bundes (DHB) in den Viertelfinalspielen des Europapokals. Lediglich der Frauen-Bundesligaklub TV Lützellinden erreichte im IHF-Pokal, vergleichbar mit dem UEFA-Pokal im Fußball, nach einem überzeugenden 24:10 (Hinspiel 14:17) über FS Besancon das Halbfinale im Europapokal und schaffte damit den größten Erfolg in der Vereinsgeschichte.

Damit hat es sich dann auch an positiven Nachrichten, sonst gab es nur noch Niederlagen: Meister Großwallstadt scheiterte in der CSSR an Cup-Verteidiger Dukla Prag (15:24), Frauenmeister und Vorjahresfinalist Bayer 04 Leverkusen (18:24) gegen Spartak (Kiew) sowie der VfL Sindelfingen beim CSSR-Pokalvertreter Druzstevnik Topolnky (14:21) hatten wie schon in den Hinspielen keine Chance.

Nach dem 23:21 vor 14 Tagen in Eisenfeld rutschte der TV Großwallstadt auf dem glatten Prager Parkett mit 15:24 kräftig aus. Der deutsche Meister vermochte sich nicht wie im Hinspiel nach einem Formtief zu steigern und verlor ohne seinen Abwehrchef Ulrich Gnau (Knieoperation) und die leicht verletzte Paul, Damm und Müller auch die spielerische Linie. Der 22malige CSSR-Meister, fast identisch mit dem Nationalteam, geriet vor 1100 Zuschauern nie in Gefahr. Torwart Siegfried Roch und Peter Meisinger, der nach seinem Rück-

tritt vor knapp einem Jahr noch einmal das Trikot von Großwallstadt übergestreift hatte, gehörte noch zu den Besten.

Wenn überhaupt, dann hatten die 400 Schlachtenbummler aus Großwallstadt und Umgebung bestenfalls in den ersten 30 Minuten Hoffnung. Denn nach dem schnellen 8:3-Start der Prager verkürzte Großwallstadt bis zur Pause noch auf 8:10. Dann folgte jedoch ein krasser Leistungsabfall des deutschen Meisters. Dukla Prag steigerte sich in einen Spielrausch und zog über 13:8 und 20:9 unaufhaltsam davon.

Mit entscheidend für den klaren Erfolg der Prager war das taktische Geschick von Trainer Jiri Vicha. Der frühere Weltklasse-Torwart ließ Martin Schwalb und Michael Paul in Manndeckung nehmen. Damit waren die besten Großwallstädter ausgeschaltet. Auch der 64malige Nationalspieler Peter Meisinger konnte den Umschwung nicht herbeiführen. Der 30jährige Meisinger erzielte vier Treffer, doch bei der Abwehrarbeit war er meistens überfordert. Hier machte sich der Trainingsrückstand am deutlichsten bemerkbar.

Martin Schwalb und Michael Paul, gewöhnlich die Garanten für Tore, erzielten diesmal nicht ein einziges Feldtor. Sie scheiterten immer wieder an dem Weltklasse-Torwart Michail Barda. Und sie begingen noch den Fehler, immer flach zu werfen, doch so war Barda überhaupt nicht zu bezwingen.

SPORT-NACHRICHTEN

Rückrunde soll beginnen

Frankfurt (sid) - Die Vereine der zweiten Fußball-Bundesliga wollen am Wochenende (2./3. Februar) in die Rückrunde starten. Das ergab eine Umfrage des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) bei den 20 Vereinen, die ihre Plätze für bespielbar erklärten.

Überraschung im Pokal

London (dpa/UP) - York City, ein Klub der dritten Division, sorgte für die größte Überraschung in der vierten Runde des englischen Fußball-Pokals. Er schlug Arsenal London 1:0.

Angerer wieder in Form

Antholz (sid) - Biathlon-Olympiasieger Peter Angerer präsentierte sich bei seinem ersten Start nach überstandener Knieverletzung schon wieder in guter Form: Beim 10-Km-Weltcup-Rennen im italienischen Antholz lief er im Sitzen-Schritt in 31:14,2 Minuten und ohne Schießfehler auf den zweiten Platz.

Zindler: Bestes Ergebnis

Amersfort (sid) - Mit einem dritten Platz über 200 m Schmetterling (2:17,02) erzielte die Kölnerin Petra Zindler das beste Ergebnis für den Deutschen Schwimmverband beim internationalen Schwimm-Meeting im niederländischen Amersfort.

DSB rät zur Absage

Frankfurt (sid) - Der Deutsche Sportbund (DSB) hat dem Deutschen Rugby-Verband (DRV) wegen der von Südafrika praktizierten Apartheid-Politik von einer für 1985 oder 1986 geplanten Weltkampfreise nach Südafrika abgeraten.

Düsseldorf schied aus

Budapest (sid) - Der deutsche Tischtennis-Rekordmeister Borussia Düsseldorf schied durch eine 3:5-Niederlage im Halbfinale des Europapokals gegen den zweimaligen Cup-Gewinner BVSC Budapest aus. Dagegen erreichte der ATSV Saarbrücken nach einem 5:4-Sieg über Spartacus Budapest das Endspiel im ETTU-Pokal der Frauen.

Finale mit Top-Besetzung

Key Biscayne (sid) - Die beiden in der Weltrangliste führenden Tennisspielerinnen Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd (beide USA) be-

streiten erwartungsgemäß das Endspiel beim mit 250 000-Dollar dotierten Turnier in Key Biscayne (Florida). Für das Endspiel im Doppel qualifizierten sich neben Kathy Jordan/Elizabeth Smylie (USA/Australien) überraschend auch die beiden Sowjetrussinnen Chernenwa/Sawtschenko.

HSV siegte im Lokald Derby

Hamburg (sid) - Mit 1:0 durch ein Tor von Eric Soler gewann Fußball-Bundesligist Hamburger SV das Freundschaftsspiel gegen den Zweitligisten FC St. Pauli. Die beiden Hamburger Traditionsklubs standen sich zum 113. Mal in einem sogenannten Lokald Derby gegenüber.

Langer erlebt Formtief

Los Angeles (sid) - Auch in der zweiten Runde der "Los Angeles Open" fand der deutsche Golf-Profi Bernhard Langer (Ahnhausen) nicht seine gewohnte Form. Bei dem mit 400 000-Dollar dotierten Turnier spielte er eine 76er-Runde und rutschte auf den 32. Platz zurück.

Peter Solar überragte

Langen (sid) - Der aus der Tschechoslowakei stammende Peter Solar (28) war der überragende Gewichtheber beim Bundesliga-Kampf zwischen dem KSV Langen und SV Bayer Wuppertal (776,2-655,5). Im Superschwergewicht lagen seine Leistungen im Reich (185,0 Kg) und im Zweikampf (405,0 Kg) zwar über den deutschen Rekordmarken, doch können sie nicht als Deutsche Rekorde anerkannt werden, weil Solar noch nicht deutscher Staatsbürger ist.

300 Mark für Dosenwurf

Osnabrück (dpa) - Eine Ordnungungsstraße von 300 Mark plus 7,50 Verfahrenskosten muß der Basketball-Bundesligaklub BC Osnabrück für den Dosenwurf eines Zuschauers beim Zwischenrundenspiel gegen den SSV Hagen zahlen, der zu einer Spielunterbrechung geführt hatte.

Vergeer Europameister

Eskilstuna (sid) - Der Holländer Hein Vergeer wurde im schwedischen Eskilstuna Eisschnelllauf-Weltmeister im Großen Vierkampf. Der 23jährige stand bereits vor dem abschließenden 10 000-m-Finale als Sieger fest, da er die drei Rennen 500, 1 500 und 5 000 m für sich entscheiden konnte.

MOTORSPORT / Rallye Monte Carlo künftig unter der Regie des französischen Automobil-Bundes

Röhl auf glatten Straßen ohne Mühe zum ersten Ziel

sid, St. Etienne

Ohne Probleme erreichten der zweimalige Weltmeister Walter Röhl aus Regensburg und sein Münchner Beifahrer Christian Geistdörfer auf Audi Sport Quattro nach der Anfahrts-Etappe der 53. Rallye Monte Carlo das Zwischenziel in St. Etienne, und mit ihnen auch alle anderen Favoriten. Allerdings brachten die Straßen Frankreichs bereits einen Vorgeschmack auf die ersten Sonderprüfungen: Schnee und Glatteis machten die Fahrt auch für die Allrad-getriebenen Autos von Audi und Peugeot zu einer unangenehmen Rutschpartie. Dadurch scheinen auch Röhl's Chancen zu sinken.

Der französische Privatfahrer Dominique Gauthier gemeldet. Nach etlichen Absagen der 131 gemeldeten Teams waren am Sonntagmittag noch 115 dabei.

Ab 1986 soll die Rallye Monte Carlo unter voller sportlicher Kontrolle des französischen Automobilsport-Verbandes stattfinden. Dies entschied die Berufungskommission des Automobilsport-Verbandes (FIA) in letzter Instanz in Paris. Bislang wurde diese Rallye stets unter Federführung des Automobilclubs von Monaco (ACM)

gestartet. Mit dieser Entscheidung könnte ein neuer Konflikt um die berühmteste Rallye der Welt hervorgerufen werden. Als Hintergrund für den seit Wochen schwelenden Streit gilt, daß der Vorsitzende des französischen Verbandes, Jean-Marie Balestre, auch die Sportabteilung FISA im Automobilsport-Verband leitet.

Mit der neuen Entscheidung versucht die französische Organisation offenbar, den direkten Zugriff auf das Ereignis zu erlangen, der ihnen diesmal noch verwehrt wurde.



Bilanz der Zuverlässigkeit: Mercedes-Benz Nutzfahrzeuge Sieger Paris-Dakar 1982, '83, '84, '85.

Die siebente Langstreckenrallye von Paris nach Dakar ist entschieden. Zum 4. Mal hintereinander haben Nutzfahrzeuge von Mercedes-Benz bewiesen, daß Ausdauer und Zuverlässigkeit ihre Stärke sind. Kein Wunder also, daß viele Teams auf Serienfahrzeuge aus dem Hause Daimler-Benz gesetzt haben. Wer als erster unter den Besten ankommen will, braucht ein zuverlässiges Fahrzeug. 14000 km Härteprüfung,

Streß und volle Konzentration haben gezeigt, daß sich die Fahrer auf ihren Mercedes verlassen können. Und das gilt nicht nur für die Strecke Paris-Dakar. Die Placierungen der Mercedes-Benz Nutzfahrzeuge:

- 1. Mercedes-Benz
- 2. Mercedes-Benz
- 3. Mercedes-Benz
- 4. Mercedes-Benz
- 5. Mercedes-Benz
- 6. Mercedes-Benz
- 7. Mercedes-Benz
- 8. Mercedes-Benz
- 9. Mercedes-Benz



In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz. Ihr guter Stern auf allen Straßen.

JOURNAL

Erster Chamisso-Preis für türkischen Autor

AP, München Der Türke Aras Ören ist der erste Träger des mit 15 000 Mark dotierten Adelbert-von-Chamisso-Preises...

Darmstädter Akademie vergibt Frühjahrspreise

dpa, Darmstadt Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt hat ihre Frühjahrspreise der Übersetzerin Elisabeth Schnack aus Zürich...

Vier „Golden Globes“ für Formans „Amadeus“

AP, Beverly Hills Gleich viermal ist der Mozart-Film „Amadeus“ mit einem der begehrtesten Filmpreise, dem „Golden Globe“ der Auslandspresservereinigung von Hollywood...

Fellini dreht Film über Fred Astaire

AFP, Rom Federico Fellini beginnt heute in Rom Cinecittà mit den Dreharbeiten für seinen neuen Film „Fred e Ginger“...

Sailer Direktor der Frankfurter Alten Oper

AP, Frankfurt Der bisherige Hauptredaktionsleiter Theater und Musik des ZDF, Rudolf Sailer (54), tritt am 1. Februar sein neues Amt als Direktor der Alten Oper in Frankfurt an...

Spoleto im Zeichen des Fernen Ostens

M. v. Z. Spoleto Spoleto 28. Festival zweier Welten (26. Juni bis 14. Juli) steht nach der Eröffnung mit Puccinis „Fanciulla del West“ und Paisiellis „Barbier von Sevilla“ im Zeichen des Fernen Ostens...

Kenny Clarke tot

AFP, Paris Der Jazz-Schlagzeuger Kenny „Klook“ Clarke ist in Montreuil-sous-Bois bei Paris gestorben. Clarke war 71 Jahre alt...

Phädra und die sozioökonomischen Verhältnisse: Darmstadt spielt Per Olov Enquists „Verdunklung“

Antikes Öl gegen Juckreiz am Schenkel



Tragödie in schwedischer Psycho-Fassung: Christiane Pauli als „Fedra“ in der Erstaufführung von „Verdunklung“

Phädra, die Gattin des Theseus, verliebt sich in ihren Stiefsohn Hippolyt, den Jünger der keuschen Artemis, und wird von ihm abgewiesen. Bei Euripides bringt sie sich um und hinterläßt die Verleumdung...

einem Guß gegeben werden. Nur - daß das am Autor liegt, das kam in der dichten Abfolge verblüffender Reize niemandem zum Bewusstsein...

Pankraz, M. Krug und der falsche Eislersong

Eine der von Pankraz am höchsten geschätzten Anekdoten spielt zwischen dem Schauspieler Manfred Krug und dem Regisseur Bertolt Brecht. Beide übten einst, Anfang der fünfziger Jahre, in Ost-Berlin eine ländliche, sozialistische Aufbauschule von Strittmatter ein...

Freund der Poeten: Hermann Kesten wird 85

Manhattan und zurück

Mit der Vollendung des 85. Lebensjahres hat der aus Nürnberg stammende Hermann Kesten heute fast alle seine „Freunde, die Poeten“ überlebt...

Tragödin aus Leidenschaft: Maria Becker wird 65

Ein Hut für den Vamp

Der berufliche Start Maria Beckers war ungewöhnlich schwer. Als Tochter der einst bekannten Schauspielerin Maria Fein in Berlin geboren und in Wien aufgewachsen...

Schauspielern, sondern neben den besten Mimen aus Deutschland und Österreich, die unter Hitler nicht mehr spielen durften...



Romanischer Romancier: Hermann Kesten



Fuchtpunkt Zürich: Schauspielerin Maria Becker

Modemuseum Paris: Kleidung in der Literatur

Madame Bovarys Gäste

Hübsch war er, der Hut, der mir die Sicht auf die Bühne nahm! Ein wundervolles Exemplar, ein Hut von riesenhaften Ausmaßen, geschmückt mit Blumen, Bändern und Güschen...

Insel der Unseligen: Harry Kupfer inszeniert Leoš Janáček's „Katja Kabanowa“ an der Kölner Oper

Wenn die Wolga immer im Kreis herum fließt

Die Aufführung ist musikalisch so großartig wie szenisch desaströs. Janáček's „Katja Kabanowa“ wird vom Regisseur Harry Kupfer an der Kölner Oper geradezu hingehört...

Reinhard Zimmermann hier, in dem er plötzlich eine falsche Adolf-Luther-Lichtplastik auf der Hinterbühne enthüllt...

Reinhard Zimmermann hier, in dem er plötzlich eine falsche Adolf-Luther-Lichtplastik auf der Hinterbühne enthüllt. Dann glitzert und gleißelt es, und man sieht nicht mehr so genau...

MICHAEL STIEBERT

HELLMUT JAESRICH

CURT RIESS

REINHARD BEUTH

### U-Bahn-Schützen droht keine Mord-Anklage

SAD, New York  
Der als "Mörder" U-Bahn-Schütze bekannte Ingenieur Bernhard Goetz (37), dessen Fall nicht nur in den USA erregte Diskussionen über die Frage der Selbstjustiz ausgelöst hat, wird nach einem Spruch der Anklagekammer (Grand Jury) nicht wegen versuchten Mordes an vier jungen Männern belangt. Die Anklage wird lediglich auf illegalen Waffenbesitz lauten.

Vor seinem Beschluß sah sich das Gericht ein Videoband mit einem Geständnis des Angeklagten an. Darin bekannte Goetz, in Tötungsabsicht geschossen und erst dann das Feuer eingestellt zu haben, als die Munition ausging.

Staatsanwalt Robert Morgenthau erklärte später: „Der Gerichtsscheid gibt natürlich niemanden einen Freibrief, auf Leute zu schießen, die einen schießangesehen haben. In jedem künftigen Fall werden die Umstände wieder neu geprüft werden müssen.“ Er hoffe, die Öffentlichkeit werde „keine falschen Rückschlüsse“ daraus ziehen.

Die Anklage gegen Goetz umfaßt drei Punkte - das illegale Tragen einer geladenen Waffe am 22. Dezember, als er die Schüsse in der U-Bahn abgab, und den illegalen Besitz zweier weiterer Pistolen, die in seiner Wohnung gefunden wurden.

Goetz, in dem viele Amerikaner einen Art Helden sehen, der ein Fatal setze, befindet sich nach Hinterlegung von ungeschätzten 150 000 Mark Kaution auf freiem Fuß und muß sich zur offiziellen Anklageerhebung am 6. Februar vor Gericht einfinden. Auch ohne Mordanklage drohen Goetz als Höchststrafe sieben Jahre Gefängnis.

Der Anwalt von Goetz, Joseph Kerner, zeigte sich befriedigt über die Entscheidung der aus 23 Mitgliedern bestehenden Anklagekammer. Bei seinem Mandanten habe der Spruch „das Vertrauen in unser Rechtssystem“ gestärkt, sagte Kerner.

Mit Sicherheit wird die Entscheidung des Gerichts die erregte öffentliche Debatte über den Fall noch verstärken, da eine starke Minderheit glaubt, daß Goetz „überreagiert“ habe, als er vor Weihnachten in der New Yorker U-Bahn vier schwarze Jugendliche niederschloß, die ihn umringten und Geld von ihm forderten. Einer der vier ist seit den Schüssen querschnittsgelähmt und liegt seit 16 Tagen im Koma.

Das New Yorker U-Bahnnetz wird seit langem von einer Welle der Gewalt heimgesucht. Alltäglich ereignen sich in den Zügen Überfälle und andere Verbrechen, so daß selbst die New Yorker, die die Schüsse des Angeklagten verurteilen, seinen aufgestauten Zorn verstehen können. Goetz, ein selbständiger Ingenieur und Elektronikspezialist, war 1981 schon einmal überfallen und ausgeraubt worden, weil er sich nicht gewehrt hatte.



Baron Arnaud de Rosnay (links mit Blütenkranz auf der Südpazifik-Tour) galt in den siebziger Jahren als Playboy Nummer eins in der Pariser Gesellschaft. Der stets braungebrannte Hüne, der im November vergangenen Jahres vom chinesischen Festland entführt wurde, um auf dem Surfbrett Taiwan zu erreichen, hat sein Ziel nicht erreicht. Er ist im Südchinesischen Meer verschollen.

FOTOS: DPA

### Die letzte Fahrt eines großen Abenteurers

JOCHEN LEIBEL, Paris  
Arnaud de Rosnay ist verschollen. Am 24. November vergangenen Jahres startete der 38-jährige Adelige auf einem Spezial-Surfbrett vom chinesischen Festland Richtung Taiwan. Der 1,90 Meter große blonde Hüne hatte zehn Tage für die Überquerung angesetzt. Er kam nie auf der national-chinesischen Insel an. Amerikanische und chinesische Suchflugzeuge haben jetzt ihre Nachforschungen eingestellt. Der „Surf-Baron“ aus Paris gilt offiziell als verschollen.

Seine blonde junge Frau Jenna allerdings, Amerikanerin und Ex-Surf-

weltmeisterin, will jedoch auch zwei Monate nach dem Verschwinden ihres Mannes noch nicht an seinen Tod glauben. „Vielleicht hatte er Schwierigkeiten und wurde von einer chinesischen Dschunke an Bord genommen.“

Arnaud de Rosnay hatte sich erst in den letzten Jahren zu einem ernstzunehmenden Sportler gewandelt. Unvergessen sind in Frankreich seine Eskapaden als „enfant terrible“ der High Society. Er fuhr in einem schwarzen Rolls-Royce, aus dem er über Lautsprecher hübsche Mädchen auf der Straße zum Einsteigen auffor-



derte. Zum Tafeln bei „Maxim's“ erschien er mit einem Handkofferchen - darin war sein persönliches Tischbesteck - selbstredend aus Gold. Zu seinen engen Freundinnen zählten Brigitte Bardot, Bianca Jagger und Millionärstochter Isabelle Goldsmith.

Nebenbei arbeitete er als Star-Fotograf und bekam von der Zeitschrift „Vogue“ schon mit 18 Jahren ein Honorar von 10 000 Dollar im Monat. Der „tolle Baron“ - sein Bruder ist ein angesehener Wissenschaftler im Pariser Institut Pasteur - war immer schon ein hervorragender Geschäftsmann. So erlangte er, angehlich „aus-

Spaß“, das Gesellschaftsspiel „Metropolis“ (ähnlich „Monopoly“) und verkaufte davon an den König von Saudi-Arabien gleich sieben Exemplare aus purem Gold.

Schließlich entdeckte er bei einem USA-Besuch das Surfen. Ohne Begleitschiff überquerte er den Pazifik zwischen den Marquesas-Inseln und dem Tuamotuarchipel bei Tahiti. Surfer bezweifeln, daß Rosnay die 900-Kilometer-Fahrt tatsächlich durchgeführt habe. Die Authentizität der angeblichen Rekordleistung wurde nie bewiesen.

Dafür überquerte der Franzose

aber später die Behringstraße zwischen den USA und der Sowjetunion - und wurde von den Russen verhaftet, bevor man ihn im Sonderflugzeug triumphierend nach Moskau transportierte.

Die Solo-Fahrt im Südchinesischen Meer sollte der letzte große Abenteuer des Barons werden. Seiner jungen Frau, die ihm vor einem Jahr eine Tochter geschenkt hatte, hatte er versprochen, nach dieser Fahrt mit seinen „Wahnsinn-Unternehmungen“ aufzuhören. Doch Arnaud de Rosnay hatte nicht mehr die Zeit, „zahn“ zu werden. (SAD)

### Wechselbäder zwischen mild und kalt

dpa, Hamburg  
Launisch wie im April hat sich das Wetter in Deutschland am letzten Wochenende gezeigt. Während milde Meeresluft am Samstag für Temperaturen bis plus acht Grad sorgte, sackte gestern aufgrund eines Zwischenhochs mit kalter Polarluft die Quecksilbersäule binnen Stunden - so in Hessen - auf minus fünf Grad ab. Die von Regen, Schmelzwasser und Neuschnee vermischten Straßen verwandelten sich in der Nacht in eisglatte Bahnen. Gestern morgen kam es zu mehreren Unfällen mit Blechschaden. Der Kälteeinbruch ist jedoch nur von kurzer Dauer: Ein atlantisches Tief bewegt sich auf Deutschland zu und soll mildere Temperaturen mit Tauwetter bringen. Für West- und Norddeutschland kündigen die Meteorologen für heute vormittag noch Schnee an, der im Tagesverlauf in Regen übergehen soll. Bis zur Wochenmitte soll die Temperatur bis auf zehn Grad über Null im Rheintal klettern.

### Mysteriöse Blutat

AP, Offenbach  
In einem Einfamilienhaus in Rodgau-Jügesheim im Kreis Offenbach hat die Polizei gestern morgen drei tote Frauen mit Schußverletzungen am Kopf gefunden. Nach einem telefonischen Hinweis fanden Polizeibeamte das erste Opfer, eine 35-jährige Frau aus Maintal, hinter der Eingangstür. Unmittelbar neben ihrer Hand habe sich eine Pistole vom Kaliber 6,35 Millimeter befunden. Im Wohnzimmer lag die Leiche der 44-jährigen verheirateten Hausgeheuerin, in einem Raum des ersten Stocks deren 74-jährige Mutter. Über den maßstablichen Tathergang und mögliche Motive lagen gestern nachmittag noch keine gesicherten Angaben vor.

### Telefon angeschaltet

AFP, Tel Aviv  
Wegen unbezahlter Gebühren hat die staatliche israelische Telefongesellschaft am Wochenende 1000 Telefonleitungen der israelischen Armee zeitweilig abgeschaltet. Wie ein Sprecher der Gesellschaft mitteilte, belaufen sich die Telefonschulden des Verteidigungsministeriums gegenwärtig auf rund 35 Millionen Dollar. Von der Maßnahme waren jedoch Kommandostellen nicht betroffen.

### Erdbeben in Argentinien

AP, Mendoza  
Bei einem Erdbeben in Westargentinien sind am Samstag morgen sechs Menschen getötet und mindestens 150 verletzt worden. Dies teilte der argentinische Katastrophenschutz am Samstag mit. Das Epizentrum des Bebens lag bei der Stadt Godody Cruz nahe der Provinzhauptstadt Mendoza. Die schwersten Erdstöße hatten die Stärke sieben auf der Richterskala. In Godoy Cruz stürzten mehrere Gebäude ein, darunter das mehr als 100 Jahre alte Carmen-Krankenhaus. In Mendoza gab es keine Opfer.

### „Wunderofen“ aus Peine bleibt kalt

Umweltfreundliches Heizungssystem wird von Genehmigungsbehörden blockiert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover  
Die Sonntagsreden der Politiker in Sachen Umweltschutz und neue Technologien klingen in Richard Veters Ohren wie Hohn. Seit Jahren ist der Handwerksmeister aus Peine darum bemüht, die Zulassung für sein sich marktreifes Heizungssystem zu erlangen. Ebensolange aber währt sein Kampf mit den Behörden, werden immer neue Gutachten angefordert, die das Genehmigungsverfahren verzögern.

Veter, dessen Erfindung von Experten als ebenso einfach wie genial bezeichnet wird, steht gegen die Reize der Interessenten an seinem „Wunderofen“ ist groß. Immerhin sind bereits rund 300 dieser Anlagen installiert. An ihrer Funktionsfähigkeit gibt es nichts zu denken. Die Betreiber bestätigen ihre Wirksamkeit.

Dies gilt vornehmlich für die Heizkostenersparnis: Veters Ofen benötigt nur die Hälfte der Heizenergie konventioneller Anlagen. Für den Konstrukteur aber ist ein anderer Tatbestand sehr viel wichtiger. Das

System arbeitet überaus umweltfreundlich. Bereits Ende 1982 bescheinigte ihm der Technische Überwachungsverein in Hannover, daß der im Brennstoff enthaltene Schwefel zu über 92 Prozent zurückgehalten wird.

Wie ratlos die etablierte Lehrmeinung auf dieses Ergebnis reagieren kann, wird in einem Gutachten des Berliner Instituts für Bautechnik deutlich. Der damit beauftragte Sachverständige konnte „sich nicht erklären, wo die Masse des Schwefels geblieben sein könnte“. Weiter heißt es in dem Berliner Befund: „Daß Rauchgas durch Eindringen von Wasser vom Schwefeldioxyd befreit werden kann, widerspricht allen uns bisher erreichten Erfahrungen.“ Genau dies, so Vetter verhilbert, ist der Unterschied zwischen Theorie und Praxis.

In Gegensatz zu herkömmlichen Heizanlagen belüftet Veters die heißen Abgase, die sonst durch den Schornstein in die Luft geblasen werden, im geschlossenen System. Ein zusätzlicher Wärmetauscher kühlt die Abluft

soweit ab, bis sie kondensiert und auf diese Weise alle Schadstoffe bindet. Die verbliebene Abluft wird durch Sprühwasser verflüssigt und in einem Katalysator neutralisiert. Der geringe Rest, abgekühlt auf unter 30 Grad Celsius, wird über ein Kunststoffrohr nach außen geleitet. Ein Schornstein ist überflüssig.

In dringlichen Briefen an das zuständige niedersächsische Sozialministerium und andere Behörden bat Vetter in den vergangenen Monaten und Jahren um die Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens. Trotz Unterstützung der Industrie- und Handelskammer Braunschweig und der Stadt Peine blieb die Reaktion zurückhaltend.

In Hannover beruft man sich auf das ausstehende Gesamtgutachten des TÜV. Inzwischen hat der Fall Vetter Schlagzeilen gemacht. Die Tatsache, daß die bereits installierten Anlagen praktisch illegal weiterbetrieben werden, spricht für ein schlechtes Gewissen der Genehmigungsbehörden.

### LEUTE HEUTE

#### Mit Bedauern

Wegen eines Streites über die Einweihung eines neuen Rathauses hat Spaniens König Juan Carlos seine Teilnahme an den 1200-Jahrfeiern der arabischen Moschee in Córdoba abgesagt. Hintergrund der Geschichte: Der kommunistische Bürgermeister Córdoba, Julio Anguita, hatte gefordert, daß das Rathaus vom König persönlich eingeweiht werde. Andernfalls, so drohte er, würden die Feiern ohne ihn ablaufen. Der Monarch ließ daraufhin erklären, daß er „mit Bedauern“ seine Teilnahme absage. Doch das letzte Wort scheint noch nicht gesprochen zu sein. Der Bischof von Córdoba, José Antonio Infantes, der für die Organisation der Feiern verantwortlich ist, kündigte an, daß die offiziellen Festlichkeiten verschoben werden.

#### Unter Verschluss

Die Witwe des verstorbenen Schauspielers Richard Burton, Sally Hay, will nicht, daß die Tagebücher des Stars, die in einem Schweizer Banksafe liegen, veröffentlicht werden. Wie das amerikanische Wochenblatt

„National Enquirer“ weiß, schlug sie jetzt sogar ein Angebot von umgerechnet neun Millionen Mark aus, das ihr ein Verlag machte. Die Tagebücher des zweimaligen Liz-Taylor-Gatten Burton sollen so viele intime Details aus seinem Leben enthalten, daß ihre Veröffentlichung einen „Riesenscandal“ zur Folge hätte. Zahllose Leute, so Sally Hay, müßten sich „vor Scham und Schande“ verkrüppeln, falls die Tagebücher veröffentlicht würden.

#### Beim Abflug

Nona Summers, Londoner Modeschöpferin und Nachtclub-Chefin, ist auf dem Flughafen Heathrow von der Polizei festgenommen worden: Die 37-jährige hatte Kokain in der Reisetasche, als sie nach Amerika fliegen wollte. Frau Summers war unter anderem durch ihre Geschäftspartnerschaft mit Sir Winston Churchills Enkelin Charlotte Hambro, mit der sie in Chelsea vor Jahren ein Tanzstudio betrieb, in die Klatschspalten geraten. Vor gut sieben Jahren übernahm sie gemeinsam mit Ehemann Martin (45) - einem Kunsthändler - den „Regina“-Nightclub.

### WETTER: Schnee und Regen

Wetterlage: Die Ausläufer eines Tiefs westlich der Britischen Inseln überqueren Nordrhein-Westfalen. Sie führen milde Meeresluft heran.



27. Januar 1985, mittags  
Deutscher Wetterdienst

|           |      |            |      |
|-----------|------|------------|------|
| Berlin    | -2°  | Kairo      | 21°  |
| Bonn      | -1°  | Kopenhagen | -7°  |
| Dresden   | -2°  | Las Palmas | 18°  |
| Essen     | 0°   | London     | 1°   |
| Frankfurt | 2°   | Madrid     | 4°   |
| Hamburg   | -3°  | Mailand    | -2°  |
| Lissabon  | -5°  | Mallorca   | 15°  |
| München   | 0°   | Moskau     | -14° |
| Stuttgart | -1°  | Nizza      | 10°  |
| Algier    | 13°  | Oslo       | -16° |
| Amsterdam | -1°  | Paris      | 3°   |
| Athen     | 18°  | Prag       | -1°  |
| Barcelona | 11°  | Rom        | 10°  |
| Brüssel   | 2°   | Stockholm  | -16° |
| Budapest  | 4°   | Tel Aviv   | 25°  |
| Bukarest  | 3°   | Tunis      | 11°  |
| Helinski  | -25° | Wien       | 4°   |
| Istanbul  | 15°  | Zürich     | 2°   |

Vorhersage für Montag:  
Stark bewölkt bis bedeckt, im Bergland neblig-trüb und anfangs Schneefall, der rasch in Regen übergeht. Dabei früh und vormittags Schnee- und Eisglätte. Höchste Temperaturen um 5 Grad, auch im höheren Bergland Tauwetter. Tiefstwerte in der Nacht zu Dienstag um 2 Grad. Mäßiger bis frischer und böiger Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:  
Zeitweise Regen, weiterhin verhältnismäßig mild.  
Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:  
Berlin -2° Kairo 21°  
Bonn -1° Kopenhagen -7°  
Dresden -2° Las Palmas 18°  
Essen 0° London 1°  
Frankfurt 2° Madrid 4°  
Hamburg -3° Mailand -2°  
Lissabon -5° Mallorca 15°  
München 0° Moskau -14°  
Stuttgart -1° Nizza 10°  
Algier 13° Oslo -16°  
Amsterdam -1° Paris 3°  
Athen 18° Prag -1°  
Barcelona 11° Rom 10°  
Brüssel 2° Stockholm -16°  
Budapest 4° Tel Aviv 25°  
Bukarest 3° Tunis 11°  
Helinski -25° Wien 4°  
Istanbul 15° Zürich 2°  
Sonnenaufgang: am Dienstag: 8:08 Uhr, Untergang: 17:06 Uhr; Montagnachmittag: 11:14 Uhr, Untergang: 1:18 Uhr  
\*In MEZ, zentraler Ort Kassel

### J. R. oder Gentleman - das ist hier die Frage

SIEGFRIED HELM, London  
Ist J. R. ein Wohltäter der Menschheit, weil er seinen Fans Gelegenheit zum Abregieren aufgestauter Aggressionen gibt - oder ist er gemeingefährlich, weil seine Fans der Anstehungsgefahr durch den J. R.-Bazillus schutzlos preisgegeben sind?

Die Vorgänge, die sich in diesen Tagen in England bei der öffentlichen rechtlichen BBC und dem kommerziellen Fernsehen um die TV-Serie „Dallas“ abspielen, lassen nur eine Diagnose zu: Der (Un)Geist von J. R. hat England erobert. Seit die kommerzielle Anstalt „Thames Television“ der BBC den Straßennamen „Dallas“ wegschnappte, wo er schon seit sechs Jahren als Dauerbrenner wöchentlich 13 Millionen Zuschauer fasziniert, ist in England ein Fernsehkrieg ausgebrochen, und der wird nach allen Regeln von Strategie und Taktik geführt, wie J. R. sie oft genug vorzeigert hat.

Bei diesem Streit geht es um die Frage: Ist es zulässig, daß dieser Neureiche aus Texas die traditionsgeheilte Leitvorstellung vom englischen Gentleman mit Füßen treten darf? Genau wie J. R. hat „Thames“-Intendant Bryan Cowgill nach Ansicht von

BBC-Programmdirektor Michael Grade gehandelt, als er sich in die kurz vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen der BBC über den Ankauf weiterer 26 „Dallas“-Folgen einmischte und als knallharter Preistreiber die BBC um „ihren“ Superknüller brachte.

Zahlte die BBC bisher 104 000 Mark pro „Dallas“-Folge, so zahlt „Thames Television“ für die neue, 26teilige Serie 198 000 Mark pro Folge. Das ist ein neuer Rekord für den Ankauf amerikanischer TV-Serien in England. Cowgill, der schon vor diesem Coup in der Branche den Spitznamen „J. R.“ trug, sicherte sich bei der US-Vertriebsgesellschaft „World Wide“ gleichzeitig das Vorkaufrecht für alle künftigen „Dallas“-Folgen. „Das nenne ich Rowdytum“, wetteuerte BBC-Boß Grade, „eine hinterhältige, schätliche Geschäftemacherei“.

Inzwischen sieht es so aus, als habe der rüde Preistreiber seine Rechnung ohne den Wirt gemacht. Cowgill wurde zu John Whitney zitiert, dem Generaldirektor der IBA, der Aufsichtsbehörde aller 15 kommerziellen TV-Anstalten. Der warf ihm vor, gegen ein ungeschriebenes Gesetz verstoßen zu haben, das seit Jahr und Tag

praktizierte „Gentlemen's Agreement“ der öffentlich-rechtlichen BBC und der Kommerziellen, einander beim Programmkauf in den USA nicht in den Rücken zu fallen.

Cowgill hat „gewildert“. Damit hat er allen Programmekäufern die Preise verdorben. Er möge der BBC ihre Serie umgehend zurückgeben. Andernfalls werde man ihn auf seinem teuren Import sitzenlassen und die Übernahme von „Dallas“ durch die Partner zur landesweiten Ausstrahlung boykottieren. Dann sei die teure Serie nur noch in London zu sehen. Doch Cowgill denkt nicht daran, klein beizugehen: Die Werbesätze für die Hauptsendezeit bei „Dallas“ würden sicherstellen, daß er nicht in die roten Zahlen komme.

Inzwischen hat die BBC in diesem TV-Krieg eine neue Offensive gestartet, mit der Ankündigung, daß in der laufenden Serie noch anstehende Dutzend „Dallas“-Folgen aus dem Programm zu nehmen und erst im September weiterzumachen - just zu dem Zeitpunkt, wenn „Thames“ seinen so teuer eingekauften 26-Teller auf Publikum loslassen will. „Dallas“ kontra „Dallas“ also. Oder: „Dallas“ doppelt. J. R. würde sich in die

bisherige Freude die Hände reiben oh solcher Kämpfe bis aufs Messer. Ganz neue „Dallas“-Perspektiven eröffnen sich. Da hat sich ein Liebling der Ewings (bei Thames) gerade scheiden lassen, doch in der nächsten Folge (der BBC) ist er mit seinem alten Partner - noch oder wieder? - ein Herz und eine Seele.

Die auf Sex und Macht abgestellte Serie würde sich unversehens zur Gattung Situationskomödie mausern. Das würde „Dallas“ neue Zuschauererschichten erschließen. Denkbar wäre auch eine Massenflucht der „Dallas“-Fans, wenn ihre texanischen Lieblingsplötzlich im Gewand des absurden Theaters daberkämen. Es wird sicher noch einige Zeit vergehen, bis diese Partie zu Ende gespielt ist.

Edeltraut Pipping, Chefinkäuferin von Programmen aus der angelsächsischen Welt für die ARD, hütet das Geheimnis der deutschen „Dallas“-Preise wie eine Rheintochter den Nibelungenhort. In Deutschland halte man viel von Gentlemen und Ladies: „Der Denver Clan ist doch so etwas wie ein Markenzeichen des ZDF, wir würden nicht daran denken, hier als Konkurrent aufzutreten“, sagte sie uns. (SAD)

### Von der Kunst des Sammelns von Kunst: Sotheby's Kataloge.



Kunst sammeln heißt Kunst kennen. Wissen, was läuft auf dem internationalen Kunstmarkt. Die Kataloge von Sotheby's liefern Ihnen differenzierte und detaillierte Informationen über Angebote und Preise auf allen Sammelgebieten.

JA, ich möchte Abonnent bei Sotheby's werden. Bitte senden Sie mir ein Verzeichnis aller lieferbaren Kataloge.

Name: \_\_\_\_\_  
 (ggf. Firma): \_\_\_\_\_  
 Straße, Nr.: \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort: \_\_\_\_\_  
 Couper bitte ausschneiden und auf einer entsprechend beschrifteten Postkarte einwickeln lassen

Sotheby's Deutschland GmbH  
 Odeonsplatz 16 · 8000 München 22

**SOTHEBY'S**  
 FOUNDED 1744